





Dings gab auch dieser alte Parlamentarier seinem jungen Partei-  
genossen Galem in aller Offenheit eine schallende Ohrfeige durch  
die offene Erklärung, daß er, wenn er unter den Bedingungen wie  
Galem als gewählt proklamiert worden wäre, sein Mandat im  
Reichstage nicht ausüben würde.

Bei der Abstimmung über die Resolution verließ Herr v. Berghen  
mit einigen seiner Fraktionsgenossen den Saal, so daß er nicht  
gegen das einstimmige Votum der Wahlprüfungskommission und  
auch nicht für den sonderbaren Reichstagsabgeordneten Galem zu  
stimmen brauchte. Die Herren v. Liebert, der Reichsverbandsgeneral,  
Trendl und Warmuth dagegen blieben im Saal und stimmten als  
einzige Abgeordnete gegen das sonst einstimmige Votum des  
Reichstags.

Den Schluß der Donnerstagssitzung bildete der Beginn der Be-  
ratung über die Denkschrift über die Beamtenorgani-  
sation im Reichspost- und Telegraphenwesen. Es  
kam nur der Redner unserer Fraktion, Genosse Ebert, zu Wort.  
In einer Rede, die sachliche Klarheit und Schlagkraft der Argumente  
mit wohlthuender Kürze in Einklang zu bringen wußte, führte Ebert  
den Nachweis, daß trotz der pompösen Denkschrift in der Organi-  
sation des Beamtenwesens der Reichspost alles beim Alten bleiben  
soll. Die Denkschrift läßt sich lediglich von dem Gedanken leiten:  
wie schränkt man am wirksamsten die Personal-  
ausgaben zugunsten des Reichsäckers ein? Die  
Hoffnung der Beamten, besonders der Unterbeamten, daß durch eine  
neue Personalorganisation einigermaßen wieder gut gemacht werden  
würde, was bei der Befoldungsreform an ihnen gesündigt worden  
ist, erfährt durch die Denkschrift eine bittere Enttäuschung.

Am schlimmsten steht es um die Unterbeamten, denen  
jede Aussicht auf Aufsteigen in höhere Stellungen, jedes wirkliche  
Vorwärtkommen völlig abgeschnitten ist. Ebert zeigte dies durch  
einige wenige, aber sehr beweiskräftige Zahlen. Freilich wird die  
elende Lage der männlichen Unterbeamten fast noch überboten durch  
die Lohnverhältnisse, die man den 20 000 Postgehilfen zumutet.  
Unter der urchastigen Zustimmung unserer Fraktion brandmarkte  
Ebert die unerhörte Ausnutzung der weiblichen Hilfskräfte, denen  
teilweise zugemutet wird, mit 50-60 M. monatlich ihren Lebens-  
unterhalt zu bestreiten. Die Postverwaltung ist eben jedes sozialen  
Verständnisses bar, ihr einziger Lebenszweck ist — Plus-  
machen!

Am Freitag geht die Beratung über die Denkschrift weiter.  
Außerdem steht die Konkurrenzklause auf der Tages-  
ordnung.

## Die Zukunft der Aegäischen Inseln.

Zu den schwierigsten Fragen, die der Balkankrieg aufs  
neue aufgerollt hat, gehört die nach der Zukunft der Inseln  
im Aegäischen Meere, die bisher der türkischen Herrschaft oder  
wenigstens der Oberhoheit der Pforte unterworfen waren.

Für die hier in Betracht kommenden Fragen — denn  
es gibt deren fast so viele, wie man größere Inseln zählt —  
gilt fast noch mehr wie für die der Balkanhalbinseln, daß sie  
bloß auf eine Weise eine dauernde und endgültige Lösung  
finden könnten, dem Entwurf unserer Balkanengenossen und  
des Manifestes von Basel gemäß, indem nämlich alle Teile  
dieser Länder sich in einer föderativen Republik mit größter  
Autonomie der Teile zusammenschließen würden. Denn wenn  
die Balkanhalbinsel im allgemeinen ein Übergangsland  
zwischen Europa und Kleinasien bildet, das keine trennende,  
sondern vor allem eine einigende Rolle zu erfüllen bestimmt  
ist, so gilt dies in doppelter Weise für die Inseln des  
Aegäischen Meeres, besonders für die östlichen, jenseits von  
Stampalia, der westlichen der bisherigen ottomanischen  
Inseln.

Im heutigen Zeitalter des Imperialismus und der  
riesigen Flottenrüstungen liegt ihre Bedeutung haupt-  
sächlich auf internationalem Gebiet. Die soeben genannte  
Insel Stampalia bietet hierfür ein gutes Beispiel.  
Denn diese Insel breitet sich im Norden sowie im Süden in  
zwei derartig tiefe und geschützte Buchten aus, daß bereits  
während des russisch-türkischen Krieges von 1877-78 bei der  
englischen Admiralität der Gedanke aufkam, sie zu besetzen.  
Ein Rapport an die britische Admiralität aus der Zeit be-  
zeugt, daß die Insel die beste maritime Basis sei, die man  
im Aegäischen Meere besetzen könnte. England hat sich be-  
kauntern lassen nach dem russisch-türkischen Kriege anderswo  
„entschädigt“. Es okkupierte Cyprus, dessen Bevölkerung sich  
seit einiger Zeit in der größten Aufregung gegen die eng-  
lische Herrschaft befindet.

Stampalia ist nun nicht der einzige strategische Punkt  
ersten Ranges in diesem Meere, die durch die wirtschaftliche  
und politische Entwicklung immer mehr in den Mittelpunkt  
des Kampfes zwischen den großen Kapitalmächten hinein-  
gezogen werden. Dasselbe gilt auch für andere Inseln, wie  
z. B. für Rhodus (Rhodos), eine der größten und frucht-  
barsten, sowie für die berühmte Subada an der Küste Kretas.

Auch die Geschichte der Neuzeit liefert fräftige Beweise  
für die außerordentliche Bedeutung, die die Besetzung eines  
oder mehrerer Punkte in dem Archipel für eine Weltmacht  
im Konfliktfälle erhalten könnte. Im russisch-türkischen  
Kriege von 1770 wurde eine russische Flotte unter den  
Brüdern Orloff von Katharina II. ins Mittelmeer geschickt,  
um die Türkei auch im Süden anzugreifen. Die Russen be-  
mächtigten sich des größten Teils des Archipels von Lemnos  
bis Vlara. Ihr Hauptquartier befand sich auf Baros. Die  
ottomanische Flotte wurde vor Tchesme, gegenüber Chios,  
vernichtet. Kurz: die Russen waren zeitweilig die Herrscher  
im Aegäischen Meere. Damals war die englische Weltmacht  
infolge des Aufstandes der amerikanischen Kolonien dermaßen  
erschüttert, daß man bereits mit dem Untergang des britischen  
Reiches rechnete. Ebenso gewiß erschien dem europäischen  
Publikum damals der Untergang der ottomanischen Herr-  
schaft. Und hätte die Unzufriedenheit der griechischen Inseln  
infolge der russischen Miswirtschaft, die Unfähigkeit der  
russischen Befehlshaber, sowie die Anstrengungen der fran-  
zösischen Diplomatie nicht den Schicksal des Unternehmens  
verursacht, dann wären tatsächlich die Folgen des russischen  
Coups nicht zu übersehen gewesen. Ein allgemeiner griechi-  
scher Aufstand und die Besetzung der kleinasiatischen Westküste  
hätten bereits damals Russland den Zugang zum freien  
Meere, zum Mittelmeer verschaffen können. Diese historische  
Reminiszenz wird aber jedenfalls auch für England eine War-  
nung sein, sich einer Festsetzung Russlands im Aegäischen Meere  
frühtig entgegen zu stellen. Denn diese würde jedenfalls ein  
bedeutender Schritt sein in der Richtung der Beherrschung  
Anatoliens, die, wie bekannt, noch immer auf dem russischen  
Programm steht.

So kann also die Zukunft der Aegäischen Inseln von ent-  
scheidender Bedeutung für die Frage der Oberhoheit in  
Vorderasien werden, denn die russische Herrschaft im west-  
lichen Anatolien würde auch für die britische Weltmacht eine

Gefahr sein. Und jedenfalls würde die Besetzung irgend einer  
der Aegäischen Inseln durch eine westeuropäische Großmacht  
oder durch Russland die Rüstungen zur See noch mehr be-  
schleunigen, weil alle Großmächte in zunehmendem Maße ein  
Interesse daran haben, daß nicht eine Seemacht im östlichen  
Mittelmeer und an der anatolischen und syrischen Küste die  
herrschende wird. Italien hat während des Krieges mit der  
Türkei eine Anzahl der Inseln besetzt. Diese Okkupation hat  
anfangs bei den Bewohnern große Freude ausgelöst, die sich  
aber sehr bald in Unzufriedenheit verwandelte, als Italien  
die sofortige Bereinigung der okkupierten Inseln mit  
Griechenland nicht dulden wollte. Und als der Friedens-  
schluß von Dudy (18. Oktober 1912) kam, wurde es den Be-  
wohnern klar, daß Italien sie völlig im Stiche gelassen hätte:  
der Friedensvertrag bestimmte die Rückgabe der Inseln an  
die Pforte, sobald diese ihrerseits ihre Truppen aus den  
nordafrikanischen Provinzen zurückgezogen hätte. Italien  
konnte schwerlich anders handeln: der bleibenden Besetzung  
einer oder mehrerer Inseln durch Italien würden die übrigen  
Mächte nicht ihre Zustimmung erteilt haben und es war auch  
nicht möglich, die Inseln an Griechenland auszuliefern, weil  
Italien gerade nicht in den Balkankrieg mit einbezogen  
werden wollte.

Während des Balkankrieges haben die Griechen, deren  
Marine das Aegäische Meer beherrscht, nicht nur den An-  
schluß Kretas an Griechenland zustande gebracht, sondern auch  
mehrere Inseln okkupiert. Griechenland hat sich sogar dem  
Waffenstillstand im November nicht angeschlossen, weil es  
unter anderem auch Gelegenheit haben wollte, diese Okku-  
pation, besonders der großen Inseln Chios und Lesbos weiter  
fortzuführen.

Bekanntlich ist die Forderung der Balkanverbündeten  
nun ganz einfach die, daß sämtliche bisher ottomanische  
Inseln an Griechenland abgetreten werden sollen. In der  
Hauptfrage betrifft die Forderung die 24 größten Inseln, die  
die türkische „Inselprovinz“, sowie 10 Bistümer des Patri-  
archats zu Konstantinopel bildeten, und die zusammen eine  
Bevölkerung von rund 470 000 hellenischen Einwohnern, nebst  
ungefähr 24 650 Mohammedanern und etwa 4200 Juden  
zählen. Erwähnung verdient noch, daß die mohammedanische  
Bevölkerung bloß auf Lesbos zahlreich ist.

Dem Anschein nach liegt die Sache also ganz einfach:  
alle bisher ottomanischen Inseln könnten dem Willen der  
Bewohner gemäß sich einfach dem hellenischen Königreich an-  
gliedern, gerade wie dies jetzt zweifelsohne mit Kreta der  
Fall sein wird.

Näher betrachtet kommen jedoch sehr ernsthafte Bedenken,  
die sich dieser Angliederung widersetzen. Die östlichen Inseln  
sind kleinasiatische Küsteninseln, die geographisch und historisch  
immer zu Kleinasien gehörten. Sie bilden ethnographisch  
und national die Vorposten des Hellenismus und seine Ver-  
bindung mit den zerstreuten griechischen Bevölkerungsele-  
menten auf der westlichen Küste Kleasiens. Würden die  
östlichen Inseln von Kleinasien getrennt, so würde dadurch die  
Lage der hellenischen Bevölkerung auf dem Festlande, die sich  
nach der Meinung der besten Kenner der Verhältnisse in diesen  
Gegenden schon jetzt sehr schwierig gestaltet hat, noch be-  
deutend schlechter gestalten. Kurz: ein französischer Gelehrter,  
A. Reinach, der vor kurzem eine ausgezeichnete Studie über  
die Frage der griechischen Inseln veröffentlicht, kommt, nach-  
dem er das Problem von allen Seiten, geographisch, historisch,  
ökonomisch und ethnisch beleuchtet hat, zu dem Schlusse, daß  
die einzige vernünftige und befriedigende Lösung der Insel-  
frage die sei, daß das bisherige Inselwilajet in eine autonome  
Provinz unter türkischer Oberhoheit und mit einem christ-  
lichen Gouverneur verwandelt wird. Alle anderen Lösungen,  
auch die Angliederung aller Inseln an Griechenland werden,  
gerade wie auf dem Festlande der Balkanhalbinsel, in der  
Zukunft neue Schwierigkeiten, neue Reibungen, neue Kriegs-  
gefahren und neue Rüstungen zur Folge haben. Und so er-  
sehen wir, daß auch bei diesem Unterteil der Frage des nahen  
Orients die Lösung unserer Balkanengenossen und des inter-  
nationalen Manifestes von Basel die einzig mögliche ist, die  
einzige, die wirklich den Frieden bringen würde.

### Die Vermittlungsaktion.

Köln, 9. Januar. (B. G.) Die „Kölnische Zeitung“  
meldet aus Berlin: Die Botschafter der Mächte  
dürften sich heute im Besitz der Anweisungen befinden, die  
ihnen ihre Regierung für die Ausarbeitung der der Pforte  
zu überreichenden Kollektivnote haben zugehen lassen.  
Die gemeinschaftliche Redigierung dieser Kollektivnote wird  
sofort in Angriff genommen. Sollten die Arbeiten heute ab-  
geschlossen werden können, so würde die Vermutung des  
„Temps“ sich erfüllen können, daß die Kollektivnote Ende  
dieser Woche, vielleicht morgen, der Türkei über-  
reicht wird.

### Das Schicksal Adrianopels.

London, 8. Januar. Dem Reuterschen Bureau wird aus  
Konstantinopel gemeldet: Nach den letzten Mitteilungen  
hat England den Mächten einen Vorschlag gemacht, nach  
dem Adrianopel der Türkei erhalten bleiben soll unter  
der Voraussetzung, daß die Festungswerke geschleift  
und verschiedene weitere Beschränkungen wirtschaftlicher Art  
auferlegt werden. Der Vorschlag hat gute Aussicht auf An-  
nahme.

### Der Standpunkt Serbiens.

Paris, 9. Januar. Zu der Reutersmeldung, daß Ser-  
bien beschlossen habe, sofort nach der Unterzeichnung des  
Friedens die Truppen von der adriatischen Küste zurückzu-  
ziehen, erklärte der serbische Delegierte Rowakowitsch  
dem Sonderberichterstatter des „Matin“ unter anderem: Wir  
haben diese Gebiete unter großen Opfern an Gut und Blut  
besetzt. Da aber die Mächte erklärt haben, daß sie ein auto-  
nomes Albanien wünschen und nicht wollen, daß Serbien in  
den Territorialbesitz eines adriatischen Hafens gelange, so  
haben wir uns loyal gefügt. Wir haben gleichzeitig be-  
weisen wollen, daß wir in guten Beziehungen zu unseren  
mächtigen Nachbar Oesterreich-Ungarn leben wollen. Wir  
werden demnach nicht bloß die adriatische Küste, sondern auch  
alle westlich der Seen und des Dringeliegenden  
Gebiete räumen, weil diese dem künftigen Albanien  
angehören. Aber gleichzeitig erklären wir laut, daß die von  
unseren Truppen östlich des Drin besetzten Punkte wie z. B.  
Dibra, Prizrend usw. Serbien verbleiben  
sollen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Mächte unseren  
Standpunkt und unsere gerechte und lokale Politik unter-  
stützen werden.

### Die bulgarisch-türkische Besprechung.

Sofia, 9. Januar. Da der türkische Kriegsminister  
Rasim Pascha um eine Unterredung mit General  
Sawoff gebeten hatte, begab sich dieser nach Bagtschewoi.

Rasim Pascha war von dem Minister des Neuhern Koradun-  
ghian begleitet. Die türkischen Minister verlangten die Be-  
willigung der Verproviantierung Adrianopels,  
worauf Sawoff antwortete, diese Frage sei durch das Waffen-  
stillstandsprotokoll geregelt. Auch die Frage des Besizes  
Adrianopels wurde von den türkischen Ministern aufge-  
worfen. Sawoff erklärte dazu, daß diese Angelegenheit in die  
Kompetenz der Friedensdelegierten in London falle.

### Prochaska.

Wien, 9. Januar. Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, haben  
die Konsuln Prochaska und Taly die amtliche Beifügung er-  
halten, sich wieder auf ihre Posten in Prizrend und  
Mitrowiza zu begeben. Dort sollen ihnen die von Serbien  
verlangten und zugestandenen Ehrenbezeugungen er-  
wiejen werden.

## Die Aufnahme der sozialdemokratischen Stichwahltaktik.

Während sich die offiziellen Freisinnorgane einstweilen  
noch in Schweigen hüllen, liegt das Urteil einiger anderer  
liberaler Blätter bereits vor. So schreibt das „Berliner  
Tageblatt“:

„Der preussische Parteitag der Sozialdemokratie hat heute  
vormittag nach langen und gründlichen Debatten die von der  
Landeskommission vorgelegte Resolution über den Wahlrechts-  
kampf in Preußen einstimmig angenommen. Das war nach Lage  
der Dinge nicht anders zu erwarten. Aber es wäre ungerecht,  
nicht anzuerkennen zu wollen, daß auch die Vertreter einer dem  
Liberalismus freundlicheren Taktik ausgiebig zu Worte ge-  
kommen sind, und man wird besonders den Delegierten Bern-  
stein und Landsberg-Wogdeburg attestieren dürfen, daß sie ihre  
Auffassung sehr geschickt vertreten haben. Fast könnte man sich  
der etwas lehrerischen Meinung geneigen, daß hier zu viel Lärm  
um einen Eierkuchen vollführt worden sei. Denn so oder so:  
Auf die Zusammensetzung des kommenden Dreiklassenlandtages  
wird man auch mit der geschicktesten Resolution und mit der  
entschiedensten Agitation nicht viel ausrichten können. Solange  
das Dreiklassenwahlrecht in Preußen besteht, spielen die Kon-  
servativen und Liberalen mit vergifteten Karten. Kein Wunder,  
wenn sie unter allen Umständen gewinnen.“

Das gilt nicht bloß für die sozialdemokratische Partei, die  
sich selbst in ihren kühnsten Träumen nicht zu mehr als zwei  
Duzend Mandaten versteigt — zwei Duzend Mandaten unter  
343, während sie bei den Reichstagswahlen annähernd ein Drittel  
sämtlicher preussischer Wähler auf ihrer Seite hatte! Ganz  
ähnlich verhält es sich mit der Vertretung des liberalen Bürger-  
tums im Abgeordnetenhaus. Die Frage ist höchstens, ob der  
Fortschritt von drei auf vier, im allgünstigsten Falle auf fünf  
Duzend Abgeordnete steigt. Es galt bei früheren Wahlen schon  
als ein Erfolg, daß die konservativen Parteien nicht gerade für  
sich die Mehrheit im Abgeordnetenhaus erlangten. Auch bei  
den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus wird es sich  
wieder darum drehen, daß die Konservativen nicht aus sich  
heraus der preussischen Monarchie ihre Gesetze diktieren können.  
Aber an eine Erschütterung der blauschwarzen Mehrheit ist  
selbst im günstigsten Falle auch diesmal nicht zu denken. Die  
kompakte reaktionäre Mehrheit wird wiederkehren. Nicht „uns  
Ganze“ geht es, wie das letztemal bei den Reichstagswahlen,  
sondern nur um Nuancen. . . . Es gibt wohl auch nach sozial-  
demokratischer Auffassung einige Gegenwartsforderungen, die in  
Preußen verwirklicht werden könnten. Da ist die Hebung der  
allgemeinen Volksschule und ihre Befreiung von dem heute auf  
ihre lastenden Druck des Merkantilismus beider Konfessionen. Da  
ist die immer wieder versprochene und immer wieder hinaus-  
geschobene Reform der inneren Verwaltung und die Stärkung  
der Selbstverwaltung.“

Es kommt dazu, daß, wenn auch nicht in dem Wortlaut der  
Resolution, die heute auf dem sozialdemokratischen Preußen-  
tage angenommen worden ist, so doch in den Leuzerungen  
einzelner Vertreter sich die scheinbare Kluft zwischen Fortschritt  
und Sozialdemokratie nicht unerheblich vermindert hat. Selbst  
Herr Hirsch hat zugegeben, daß die fortschrittliche Volkspartei  
in den letzten Jahren in der Wahlrechtsfrage eine entschloßener  
Haltung gezeigt habe. Er hatte auch ganz recht mit seiner Be-  
merkung, daß, wenn die Fortschrittler den Reaktionär wählten,  
nicht die Sozialdemokratie, sondern der Fortschritt die Reaktion  
stärke. Worauf es schließlich ankommt, das ist, daß bei den  
kommenden Landtagswahlen zwischen Fortschritt und Sozial-  
demokratie Gegenseitigkeit geübt wird. Dafür sind wir von  
Anfang an eingetreten, und wir können nur wiederholen, daß  
uns hier der Schlüssel zu einer Verstärkung der Linken bei den  
kommenden Landtagswahlen zu liegen scheint.

Daß die jetzt vom Preuentage angenommene Resolution  
einem taktischen Zusammengehen zwischen Fortschrittler und  
Sozialdemokraten nicht durchweg günstig sei, das haben wir  
wiederholt ausgeführt, und wir brauchen es nicht zu wieder-  
holen. Aber man darf auch nicht so weit gehen, zu behaupten,  
daß sie eine solche taktische Verständigung geradezu verhin-  
dert. Es kommt noch mehr als auf eine theoretische Re-  
solution auf ihre praktische Anwendung an. So viel wir sehen,  
soll durch die angenommene Resolution nicht ausgeschlossen  
werden, daß auch Ausnahmen zugelassen werden, wo ihre strikte  
Durchführung sich als unmöglich erweist. Notwendig ist dabei,  
daß auch der Fortschritt der Sozialdemokratie gegenüber Ent-  
gegenkommen zeigt. Man darf erwarten, daß der Wille dazu,  
der zweifellos vorhanden ist, sich auch in entsprechenden Taten  
äußert. Geschieht es, dann wird zwar noch keine Garantie für  
einen neuen Kurs in Preußen geschaffen sein — das ist unter  
dem geltenden Dreiklassenwahlrecht ausgeschlossen — aber man  
wird auf eine Ubalanz rechnen können, die stärker und ent-  
schlossener als bisher dem Dreiklassenwahlrecht zu Leibe geht  
und seine Befestigung auch gegen den Willen der heute noch in  
Preußen allmächtigen reaktionären Kräfte erzwingt.“

Wir möchten zu dieser im übrigen ganz verständigen Auf-  
fassung nur bemerken, daß doch für die Entkerkalisierung  
der Volksschule und die Reform der inneren Verwaltung  
genau dasselbe gilt, was das „Berliner Tageblatt“ für die  
Wahlrechtsfrage selbst hervorhebt: daß nämlich auch hier die  
reaktionäre Mehrheit, zu der hier auch die Natio-  
nalliberalen gehören, einstweilen alle Trümpe in der Hand  
hat. Eine wirkliche Hebung der Volksschule und eine Reform  
der Verwaltung nach anderen Grundrissen als bestenfalls  
denen des Herrn v. Jellitz ist erst denkbar bei einem  
wesentlich umgestalteten Wahlrecht!

Die „Morgenpost“ bedauert natürlich gleichfalls, daß die  
Sozialdemokraten es abgelehnt haben, auf selbständiges Vor-  
gehen bei den Urwahlen zugunsten des Liberalismus zu ver-  
zichten. Immerhin gibt sie ihrer Meinung dahin Ausdruck:  
„Unbedingt wird gemeinlich innerhalb und außerhalb  
Pions, und über den alten Aberglauben der immer noch nicht



ganz ausgeforderten älteren Freisinnsschule, daß die Sozialdemokraten sozusagen die natürliche Pflicht haben, die Freisinnigen herauszubauen, sind gar keine Worte zu verlieren. Vom Profit raucht der Schwefel, und um schöner Freisinnigen willen, selbst wenn sie weniger reaktionär umflort sind, als etwa Vidhoffs und Schepps Augen, braucht sich die Sozialdemokratie kein Bein auszureißen. Es ist ihr nicht zu verdenken, wenn sie nicht unbelohnt die fortschrittlichen Kämpfer aus dem Wahlfeld holen will und einen deren Uebersturz an Mandaten in die eigene Tasche zu stecken wünscht. Wir unsererseits haben ungezählte Male hervorgehoben, wie unbillig es ist, von der Sozialdemokratie eine Ausnahme von dem Naturgesetz zu verlangen, daß einem das Heind näher liegt als der Red. Wir haben stets — und nicht ganz ohne Erfolg — den Freisinnigen zugeredet, den berechtigten Mandatsanspruch der Sozialdemokratie anzuerkennen; wir haben stets den Grundsatz „Leistung um Gegenleistung“ verteidigt; wir haben nicht weniger scharf als der Abg. Hirsch die Aengstlichkeit einerseits, die Annäherung andererseits in den Freisinnstreifen bekämpft; wir haben auch stets die Fortschrittler aufgefordert, bei der Auswahl der Wahlmänner auf Charakterfestigkeit und Unabhängigkeit zu achten. Aber wir haben auch stets vor einer Ueberstimmung des an sich vollkommen richtigen Gegenseitigkeitsprinzips gewarnt.

Nach ihrer Gewohnheit überaus dummes Zeug produziert dagegen die „Germania“:

„Der sozialdemokratische „Preußentag“ ist heute zu Ende gegangen, nachdem die Resolution der Landeskommission bezüglich der Taktik bei den Landtagswahlen unverändert angenommen war, freilich erst, nachdem der Abg. Hirsch erklärt hatte, daß die Resolution in der Schärfe nicht gemeint sei, wie sie von den „Genossen“ Bernstein und anderen aufgefaßt wurde, so daß der Landeskommission „eine gewisse Bewegungsfreiheit“ gegeben sei. Die Resolution ist demnach lediglich ein Kaufschuldschein, auf das die sozialdemokratische Partei, die sonst auf ihre Grundsätze und auf ihre Disziplin so sehr zu pochen weiß, nicht gerade stolz sein kann. Die ganze Taktik der preussischen Sozialdemokratie löst sich danach in einen Wahlkaufhandel mit den Freisinnigen und den Nationalliberalen auf; es wurde auch die Resolution der „Genossen“ aus Schleswig-Holstein abgelehnt, welche die Unterstützung der Nationalliberalen ausschließen und gegenüber den Freisinnigen besondere Skatellen verlangen wollte. Der Wortlaut der Resolution hat daher gar keinen Wert, er ist nur Sand in die Augen der unentwegten „Genossen“, in Wirklichkeit aber nur ein Schritt auf dem Wege zum rosfarbenen Grobblock in Preußen.“

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. Januar 1913.

### Wertlose Ablehnungen.

Wie es scheint, fürchtet man selbst in den Regierungskreisen eine schlechte Wirkung der allzu früh von der „Post“ ausgeplauderten Seeresvermehrungspläne und bemüht sich daher, die Angaben der „Post“ als nicht ganz zuverlässig und als übertrieben hinzustellen. Das Hirsch-Bureau erklärte noch gestern in vorgerückter Abendstunde die Meldung für unrichtig. Und ferner konnte am Donnerstag der „Berliner Lokalanzeiger“ in seiner Morgenausgabe schreiben:

„Soweit wir unterrichtet sind, dürften die Mitteilungen verfrüht sein. Daß ein Ergänzungsetat mit Forderungen zur Ausführung organisatorischer Lücken des Seewesens kommen soll, ist bekannt. Dagegen ist es unzutreffend, daß dieser Nachtragsetat in seinen Einzelheiten schon feststehen soll. Man wird daher gut tun, abzuwarten, zu welcher endgültigen Gestaltung der Nachtragsetats die noch nicht abgeschlossenen Vorarbeiten führen werden.“

Auf dem gleichen Ton ist ein offizielles Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ gestimmt. Auch hier wird versichert, die Angaben der „Post“ seien verfrüht, in mehreren Punkten wahrscheinlich auch übertrieben. Um den Eindruck, den eine neue Militärvorlage gerade im gegenwärtigen Moment hervorrufen muß, in etwas abzuwachen, versichert weiter die „Kölnische Zeitung“:

„Jedenfalls möchten wir schon jetzt der Ansicht entgegen treten, als ob augenblickliche Bedürfnisse der auswärtigen Politik neue militärische Forderungen nötig machten. Mit der gegenwärtigen politischen Situation würden die Änderungen und organisatorischen Verbesserungen, die in Frage stehen, nichts zu tun haben.“

Einen eigentlichen Wert haben jedoch alle diese Bestreitungen nicht. Es kann kaum mehr daran gezweifelt werden, daß die Regierung schon in nächster Zeit eine Seeresvorlage im Reichstage einbringen wird, die im wesentlichen den Angaben der „Post“ entspricht. Ein neuer großer Ueberlauf beginnt. Der Jubel der von den Gewehr-, Munitions- und Kanonenlieferanten ausgehaltenen Presse zeigt deutlich, daß diese Herren die Mitteilungen der „Post“ für richtig halten und auf neue Riesenprofite rechnen.

### Die Eröffnung des württembergischen Landtages.

Der Landtag ist heute vom König mit einer Thronrede eröffnet worden. Diese stellt zunächst den wohlgeordneten Zustand der Finanzen fest. Die Ausgaben für kulturelle und Wohlfahrtszwecke sind unablässig gestiegen. Durch die erfreuliche Weiterentwicklung des Verkehrs werden wieder bedeutende Aufwendungen verursacht. Als eine der vornehmsten Aufgaben bezeichnet die Thronrede die planmäßige Fortführung für alle Zweige des Unterrichts. Sie läßt weiter an die Anpassung des Körperschafts-Beamten-Pensionsgesetzes an das staatliche Beamtenrecht, verbunden mit der Instandhaltung für die im Dienst verunglückten Körperschaftsbeamten, ferner eine Erweiterung des Beförderungsrechtes der Gemeinden, eine neue Begeordnungsordnung, eine neue Ordnung der Gebäude-Brandversicherung und die Einführung eines Rechnungshofes. Zum Schluß spricht die Thronrede den Wunsch aus, daß unter den Segnungen des Friedens, der allein die Städte der Nation erholen könne, auch die Zukunft dem Volke in allen seinen Teilen Glück und Gedeihen bringe möge.

Ferner teilt das sozialdemokratische Pressebureau mit: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Württembergs hat sich konstituiert. Nachdem der bisherige Vorsitzende Tauscher wegen seines ungesunden Gesundheitszustandes gebeten hatte, von seiner Wiederwahl abzusehen, wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Genosse Keil, zum ersten, Genosse Dr. Lindemann zum zweiten Vorsitzenden und Genosse Heymann zum Schriftführer gewählt.

Zur Frage der Beteiligung an der Eröffnung des Landtages wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Fraktion beteiligt sich an der Sitzung zur Eröffnung des Landtages als einem in der Verfassung vorgeschriebenen staatsrechtlichen Akt. Der Tradition der Partei und der Absicht der Fraktion entsprechend wird sie sich an der von den Mitgliedern der Ersten und den bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer veranstalteten monarchischen Guldigung nicht beteiligen. Sie erklärt

sich damit einverstanden, daß die zu vereidigenden Fraktionsmitglieder den Eid am zweiten Sitzungstage leisten. (Bei der Eröffnung wird der Eid in die Hände des Königs, am zweiten Sitzungstage in die Hände des Alterspräsidenten abgelegt.) Alterspräsident der Zweiten Kammer ist Genosse Tauscher.

### Württembergischer Staatshaushalt.

Dem württembergischen Landtage ist heute nach seiner Eröffnung der neue Hauptfinanzenetat zugegangen. Der Finanzminister bezeichnet den Abschluß des Etats nicht als ungünstig, da es sich habe ermöglichen lassen, trotz der erheblichen Mehrforderungen das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Voraussetzung sei hierbei allerdings, daß in der wirtschaftlichen Lage eine Verschlechterung nicht eintritt. Der Staatsbedarf beträgt für 1913 118 828 521 M., für 1914 121 692 658 M. Gegen den Etatsjah von 1912 ist das ein Mehr von 7,5 bezw. 10,2 Millionen. Die Einnahmen sind veranschlagt für 1913 auf 119 050 073 M., für 1914 auf 122 018 620 M., wovon 63,1 bezw. 64 Millionen auf die Landessteuern fallen. Die Steigerung der Einnahmen wurde insbesondere durch Einstellung höherer Erträge bei den Verkehrsanstalten und bei den direkten Steuern erreicht. Im ganzen ergibt sich ein Ueberschuß von 230 552 M. für 1913 und von 325 962 M. für 1914. Es müssen aber für außerordentliche Bedürfnisse der Verkehrsanstalten und für die Landeswasserabfuhr Anleihen im Gesamtbetrage von 42 Millionen ausgegeben werden, die mit je 21 Millionen auf die beiden Jahre 1913 und 1914 verteilt werden sollen.

### Der elsass-lothringische Etat für 1913

schließt mit 7 588 622 M. ab und weist damit gegen 622 Vorjahr ein Mehr von zwei Millionen auf, die durch Verkauf von Staatsgut und die Höheransetzung von Steuererträgen gedeckt werden. Der Dispositionsfonds des Reichstatthalters ist um 30 000 Mark gekürzt. Der kaiserliche Gnadenfonds bleibt mit 100 000 M. unverändert. Um die Repräsentationskosten des Statthalters, die nach dem Beschluß des Landtages von 200 000 auf 100 000 M. reduziert werden sollten, wird sich wieder ein Kampf entspinnen, da die Regierung diese Position ungekürzt gelassen hat.

### Das Fahnenband.

Gegen die Wahl des Genossen Dr. Oskar Cohn in Nordhausen ist bekanntlich ein Protest eingelaufen, in dem u. a. auch darin amtliche Wahlbeeinflussung erblickt wurde, daß der Hauptmann eines Kriegervereins erklärt hätte, wenn Cohn gewählt wird, erhält der Verein das ersehnte Fahnenband, sonst aber nicht. In einem jetzt beim Reichstage eingelaufenen Nachtrag zum Wahlprotokoll wird nun behauptet, das Versprechen sei erfüllt, im September sei das Fahnenband von der Behörde dem Kriegerverein verliehen worden.

### Millionen-Geschenke!

Zu den Wunderlichkeiten der preussischen Steuerpolitik gehört die nach der Produktion berechnete Bergwerkssteuer. Diese Steuer wurde im Jahre 1906 außer Hebung gesetzt. Der Staat verzichtete, dem Drängen der Grubenbesitzer nachgebend, auf die Einnahme. Aber es erfolgte keine Aufhebung der Steuer, sie blieb also rechtswirksam. Manche Leute meinen, das sei geschicklich, um damit das Recht des Staates an den Bodenschätzen zum Ausdruck zu bringen. Aber nicht aus staatsrechtlichen Erwägungen ist die Aufhebung der Steuer unterblieben, sondern aus Rücksicht auf ein paar Privatpersonen. Aus bormärklichen Zeiten haben sich nämlich bei uns standesherrliche Privilegien der ehemaligen „Reichsunmittelbaren“ erhalten. Jedem der Staat nur die Steuererhebung aussetzte, blieb das Erhebungsrecht für einige Standesherrn bestehen. Es kommen hauptsächlich zwei Regalherren in Betracht: in Westfalen der klerikale Herzog von Arenberg, in Schlesien Graf Tiele-Windler. Diese Herren erheben die Bergwerkssteuern, auf die der Staat großmütig verzichtete, lustig weiter. Und da der Bergbau in stetiger Ausdehnung begriffen ist, steigt auch der Steuerbetrag von Jahr zu Jahr. Dem Herzog von Arenberg erbrachte sie im Jahre 1886 erst 379 M., im Jahre 1911 jedoch 1 480 950 M. In wenigen Jahren wird sie dem Herzoge mindestens 3 Millionen Mark jährlich in den Schoß werfen, denn gerade in „seiner“ Grafschaft Neudorf findet die stärkste Ausdehnung des westfälischen Bergbaues statt. Seit 1866 hat die herzogliche Familie aus den Bergwerksregalen bereits 17 1/2 Millionen Mark geschluckt. Eine besondere Ironie liegt darin, daß der Staat, der selber keine Bergwerkssteuer erhebt, als Bergbauteilhaber an die privaten Regalherren Steuern bezahlen muß. Die Gesamtsteuer für die Arenberge und der Anteil des Fiskus daran betrug in den letzten drei Jahren:

|              |            |               |              |
|--------------|------------|---------------|--------------|
| 1909 Fiskus: | 124 397 M. | Gesamtsteuer: | 1 378 429 M. |
| 1910         | 156 547    |               | 1 427 005    |
| 1911         | 190 188    |               | 1 480 950    |

Für anständige Löhne langt angeblich die Betriebseinnahme nicht, wohl aber für Millionen Geschenke an ganz überflüssige Herzöge.

### Eine sozialdemokratische Gegenbewegung in der „Jesuitenfrage“.

Die „Post“ und ähnlich einige andere bürgerliche Blätter bringen in Anknüpfung an eine am 6. Januar in Köln abgehaltene Versammlung, in der die Reichstagsabgeordneten Hofrichter und Erdmann über die Jesuitenfrage redeten, die Mitteilung, daß die rheinische Sozialdemokratie eine Gegenbewegung gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes plane. Die Mitteilung ist unrichtig. Beide Redner haben sich in entscheidender Weise für die Aufhebung des Jesuitengesetzes ausgesprochen und die Versammlung hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Sozialdemokratie wird getreu ihrer Tradition und ihrer Gegnerschaft gegen alle Ausnahmemaße selbstverständlich auch in Zukunft für die völlige Aufhebung des Jesuitengesetzes eintreten.“ Die Redner haben sich nur gegen die jetzige Behandlung der Frage durch das Zentrum gewandt und in diesem Sinne redet die Resolution von einer „aus listiger Verechnung hervorgegangenen Rache“.

### Die Parade der schlesischen Landwirtsbündler

wurde am Montag und Dienstag in Breslau durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, den schlesischen Ober-Agrarier aus dem Winkel im Beisein von dem Redakteur und Dichter Dertel und den übrigen Provinzial-Hauptlingen abgenommen. Von den übrigen Ober-Agrariern war niemand anwesend. Selbst Heydebrand fehlte. Dafür ging Dertel, der bekanntlich vorläufig noch den schlesischen Wahlkreis Oberg-Ramelsau im Reichstag vertritt, mit der äußeren und inneren Politik der Regierung und den linksstehenden Parteien „scharf ins Zeug“. Mit beidem Spott wurde von der Golly von ihm übergoßen, weil er in einem „jüdischen“ Wiener Blatt die türkische Armee gelobt hat. Dem Nachfolger des Herrn von Aiderlen-Waechter wünschte Herr Dertel einen harten Stoß und etwas von der Bismarckschen Gewaltpolitik. Aus dem Balkankrieg hat er nur das eine gelernt, daß das deutsche Volk wehrhaft bleiben muß, also rüsten muß. Deshalb forderte er nicht nur für jedes Regiment eine Maschinen-gewehr-Abteilung, sondern auch, daß die aus den vierten

Bataillonen gebildeten sogenannten kleinen Regimenter auf drei Bataillone gebracht werden usw. usw.

Die innere politische Lage ist nach Herrn Dertel unhaltbar. Er zieht deshalb einen christlichen Krieg einem fünfjährigen Frieden vor. Etel empfinde er vor den Liberalen und Nationalliberalen, besonders aber vor den Sozialdemokraten. Wenn er zu der Zeit, als der Sozialdemokrat Scheidemann den Kaiser im Reichstage beschimpft hätte, Kanzler gewesen wäre, dann wäre er nicht aus dem Reichstage gelaufen, sondern hätte Scheidemann gefaßt, was diesem Menschen gebühre. Der Regierung stelle er folgende Forderung an: In den Grundfragen „gut, bisweilen vorzüglich“, in der Ausführung „mangelhaft, zum Teil schlecht“. Wiederholt habe die Regierung gegen ihre eigenen Grundzüge gehandelt, namentlich was die Behandlung der Sozialdemokratie und den Schutz der Arbeitswilligen anbetreffe. Auch bei der Reichs- und Erbschaftsteuer habe die Regierung gegen ihre eigenen Grundzüge gehandelt. Mit einem Hinweis auf die Jahrhundertfeier wurde die Versammlung geschlossen.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Zum Wahlrechtskampf der ungarischen Arbeiterschaft.

Budapest, 9. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine Vertrauensmännerkonferenz der hauptstädtischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beschloß einstimmig, dem außerordentlichen Parteitag eine Resolution vorzulegen, die den allgemeinen Streik während der Verhandlung der Wahlreform im Reichstage fordert. Die Budapester Parteigänge bringen an der Spitze des Blattes einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft, durch den der allgemeine Streik nicht nur für die hauptstädtischen Arbeiter, sondern für die gesamte Arbeiterschaft des ganzen Landes für notwendig erklärt wird. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, die Agitation sofort zu beginnen und für den Streik einen Sparpfennig zurückzulegen, da der Streik voraussichtlich längere Zeit dauern werde.

Am Mittwoch fand in Budapest eine Arbeitlosenversammlung statt, an der nahezu 10 000 Menschen teilnahmen. Die Versammlung demonstrierte auch gegen das geplante Wahlrecht, da ein Paragraph in diesem Gesetz die Arbeitlosen entrechtet.

Die „Nepszava“ sollte sich am Mittwoch vor dem Geschworenengericht wegen mehrerer Artikel verantworten, in denen Tisza und Lukacs scharf angegriffen wurden. Da die letzten Prozeßprozeduren, insbesondere der Prozeß Julius Novacz, mit einem Freispruch endeten, lehnte es die Staatsanwaltschaft ab, die Prozeßprozeduren vor den Geschworenen zu verhandeln und zog in letzter Minute die Anklagen gegen die „Nepszava“ zurück.

## Aus Industrie und Handel.

### Deutschlands Hoheisenproduktion.

Die beiden größten Eisenproduzenten der Erde, die Italien und Deutschland, liefern dem Weltmarkt weit mehr als die Hälfte des gesamten Hoheisenbedarfs. Fast bis auf die Hälfte der Hoheisenproduktion kommt man auch, wenn man die Produktion Deutschlands, Englands und Frankreichs zusammenfaßt. Wie man aber auch die Zifferreihe betrachtet, immer ist das Ergebnis, daß der verhältnismäßige Anteil Deutschlands an der Eisengewinnung der Welt sehr kräftig wächst. Eine Entwicklung in diesem Sinn läßt sich nun schon durch zwei Jahrzehnte hin verfolgen:

| Jahr | Weltproduktion 1000 Tonnen | Deutsche Erzeugung in 1000 Tonnen | Prozentualer Anteil Deutschlands |
|------|----------------------------|-----------------------------------|----------------------------------|
| 1891 | 25,801                     | 4,641                             | 17,9                             |
| 1901 | 40,804                     | 7,880                             | 19,3                             |
| 1906 | 65,188                     | 12,293                            | 18,8                             |
| 1910 | 66,200                     | 14,704                            | 22,3                             |
| 1911 | 63,550                     | 15,557                            | 24,5                             |

Die deutsche Hoheisenproduktion hat im Jahre 1912 einen kräftigen Schritt in der Weltwirtschaft vorwärts getan. Nach den jüngst publizierten Nachweisen wuchs die Eisenerzeugung in den deutschen Hochöfen einschließlich Luxemburgs im Jahre 1912 auf 17 852 571 Tonnen; das bedeutet gegen das vorjährige Resultat eine Steigerung um 14,7 Proz. Unter diesen Umständen gewinnt die Frage an Interesse, wie die britische Eisengewinnung, vor allem auch, wie die Produktion der Vereinigten Staaten in der jüngsten Vergangenheit sich entwickelt hat. Der Anteil Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion stellte sich jeweils auf folgende Prozentsätze:

| Jahr | Großbritannien | Vereinigte Staaten |
|------|----------------|--------------------|
| 1891 | 29,2           | 32,6               |
| 1901 | 19,7           | 39,5               |
| 1906 | 15,9           | 30,4               |
| 1910 | 15,4           | 41,9               |
| 1911 | 15,7           | 37,8               |

Also Großbritanniens Hoheisenindustrie verliert in der internationalen Wirtschaft fast unaußhörlich an Bedeutung; schon Mitte der neunziger Jahre mußte England den zweiten Platz an Deutschland abgeben und hat ihn zweifellos für immer verloren.

### Reichsbank.

Der letzte Ausweis der Deutschen Reichsbank vom 7. Januar zeigt zwar gegen Ende Dezember eine erhebliche Besserung des Kontos, aber gegen den Anfang des Vorjahres ist die Reichsbank noch immer erheblich stärker belastet. Die Steuerpflicht der (ungedeckten) Noten betrug 555 Millionen gegen 330 Millionen im Jahre 1912. Der Betrag der angegebenen Noten steht um 228 Millionen höher als Anfang Januar 1912.

### Der englische Außenhandel im Jahre 1912.

Die Gesamtsumme des englischen Imports und Exports im Jahre 1912 stellt einen Rekord dar. Zum ersten Male erreichte der Import 700 Millionen Pfund Sterling, d. h. ungefähr 14 Milliarden Mark. Der Gesamtimport betrug im Jahre 1911 680 Millionen Pfund Sterling, im Jahre 1912 745 Millionen, er hatte also einen Zuwachs von 65 Millionen zu verzeichnen. Der Export erreichte im Jahre 1911 die Summe von 454 Mill., im Jahre 1912 487 Mill., die Zunahme betrug 33 Millionen Pfund Sterling. Während der Export von Fabrikaten um 23 Millionen Pfund zunahm, erhöhte sich gleichzeitig auch die Einfuhr, an der Deutschland hervorragend beteiligt ist, um nahezu 20 Millionen Pfund Sterling. Wenn trotzdem, wie schreibt der „Globe“, jährlich ungefähr 250 000 Engländer, hauptsächlich aus den arbeitenden Klassen, auswandern, so muß im hiesigen System Englands manches nicht in Ordnung sein. Die Löhne fallen tatsächlich, und die „Daily News“ behaupten, daß der Arbeiter in England heute schlechter daran ist, als vor neun Jahren. Der Lebensunterhalt ist so teuer geworden, daß die scheinbare Verbesserung der Löhne dadurch illusorisch wird. Der englische Arbeiter hat keinen Vorteil von der Verbesserung der Handelsbilanzen.

Elektrifizierung amerikanischer Bahnen. Auch in Nordamerika beginnt man, den elektrischen Betrieb für Eisenbahnen einzuführen. Als eine der ersten Gesellschaften will die Chicago, Milwaukee and St. Paul Railway Co. auf 450 Meilen ihres Besitzes den elektrischen Strom verwenden, und zwar auf der Hauptstrecke Chicago—Milwaukee—Pouepfouand.



# Gewerkchaftliches.

## Der Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaftsbewegung.

Das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen hat soeben durch den Genossen Legien einen Aufruf zur Unterstützung der Gewerkschaften in Serbien und Bulgarien erlassen, damit diesen ermöglicht wird weiter zu bestehen, ihre Gewerkschaftshäuser, ihre Presse zu erhalten und ferner die vom Kriege hart betroffenen Familien der Mitglieder zu unterstützen. In seiner Begründung des Unterstützungsgesuches weist der Genosse Pawlowitsch-Belgrad darauf hin, daß die Arbeit vieler Jahre verloren sein wird, wenn keine Hilfe kommt. Ungehobene Anforderungen werden gerade jetzt an die Gewerkschaften gestellt, während ihre Einnahmequellen vollständig versiegt sind. Der Genosse Dimitroff, der Sekretär einer bulgarischen Zentrale, berichtet des längeren über die Wirkungen des Krieges. Seine Ausführungen sind für alle Arbeiter lehrreich und seien in Uebersetzung hier wiedergegeben:

„Zu meinem großen Bedauern kann ich wegen der strengen Zensur, die sich auch auf die Privatkorrespondenz ausdehnt, meinen Genossen im Ausland nicht mit jenen Details dienen, die nötig wären, um ein völlig klares Bild über unsere Lage zu geben. Deshalb kann ich auch noch nicht über die Folgen schreiben, die der Krieg den kämpfenden Proletariern auf dem Balkan möglicherweise bringt.“

Am 30. September wurde die Mobilisierung angeordnet und am 18. Oktober begann der Krieg gegen die Türkei. Wer gebiet hatte und noch keine 46 Jahre alt war, mußte sofort ausrücken. Auch jene Reserveen wurden einberufen, die sich sonst erst im nächsten Jahre hätten stellen müssen. Vom männlichen Geschlecht wurden zur Militärdienstleistung nur jene nicht einberufen, die unter 18 Jahren oder zu alt zum Arbeiten waren. Die Angestellten und Arbeiter der Post, Telegraphen und Telefonanstalten, der Eisenbahnen und einiger Bergwerke wurden militärisiert, damit sie zur Arbeit gezwungen werden konnten.

Seit Beginn der Mobilisierung ruht jede Produktion. Nur für die Bedürfnisse der Armee wird noch gearbeitet. Sämtliche Schneider, Schuhmacher, Tischler und Schmiede, die nicht eingezogen sind, sowie auch Arbeiterinnen (!) sind verpflichtet, in den Werkstätten der Armeelieferungskommissionen ohne Bezahlung, nur für die Kost, zu arbeiten. . . . In verschiedenen Städten wurden die Lokalitäten der Arbeiterorganisationen ganz einfach in Werkstätten für Militärbehörden, in Magazine und Lazarett umgewandelt.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über Presse und Privatkorrespondenz (!) angeordnet. Alle Versammlungen wurden verboten, unsere Partei- und Gewerkschaftsblätter von der Behörde suspendiert, damit ja nicht die von den Bürgerlichen gemachte „patriotische“ Stimmung getrübt werde. Unter solchen Umständen ist die alte Tätigkeit unserer Gewerkschaften völlig unterbrochen. Sie können ihren Aufgaben um so weniger gerecht werden, als von den 10 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften höchstens 500 — mit Ausnahme der Post- und Angeestellten — zu Hause geblieben sind, und die sind arbeits- und verdienstlos. . . .

Den Gewerkschaften fällt jetzt die Aufgabe zu, die Organisten zu unterstützen sowie jene, deren Männer und Söhne auf dem Schlachtfeld gefandt wurden. Unbeschreiblich sind die Verzweiflung, das Elend, in dem unsere Arbeiter und ihre Familien jetzt dahinsinken. Dabei wird ihr Los immer härter, sowohl durch die außerordentliche Teuerung aller Lebensmittel wie auch durch den unerhittlichen Winter. Nur einige Angaben, um darzutun, in welcher unheimlicher Art man die Arbeiterfamilien plündert, während ihre Ernährer auf dem Schlachtfelde die Geschäfte der Prozentpatrioten besorgen und ihr Blut vergießen müssen: Ein Sad Mehl, der vor der Mobilisierung für 20 Kr. (für 75 Kilo) verkauft wurde, kostet heute 95 und 40 Kr. In gleichem Maße stiegen die Preise aller anderen Bedürfnisse. In einzelnen Gemeindegemeinden ist es durch die Intervention der sozialistischen Mitglieder gelungen, einige Selbsterhaltungen für die notleidenden Familien zu erwirken. So wurden in Sofia 50 000, in Warna 50 000, in Blodiv 30 000 Kr. bewilligt. Natürlich sind solche Unterstützungen völlig ungenügend, schon weil der größte Teil davon gar nicht zu jenen gelangt, für welche das Geld bewilligt wurde.

Die Gewerkschaften sind daher gezwungen, jene Mitglieder und Familien von Mitgliedern selbst zu unterstützen, denen die Gemeinde eine Unterstützung verweigerte. Ingesamt befinden die Gewerkschaften 30 000 Kr. Das aber war zur Linderung der Not kaum mehr wie ein Tropfen. Ohne Beihilfe der Genossen im Auslande sind wir daher außerstande, unsere Aufgabe weiter zu erfüllen.

Die Notwendigkeit, Geldmittel zu diesen Zwecken zu beschaffen, wird täglich größer, schon darum, weil man auf dem Schlachtfelde Hunderte von solchen Verwundeten aufweist, die Mitglieder unserer Gewerkschaften sind und für die wir etwas tun müssen. Die ärztliche Hilfe, mit der sie bedacht werden, ist absolut ungenügend. Mag der gegenwärtige Krieg enden wie er will, so viel ist jedenfalls sicher, daß unsere Arbeiterbewegung eine außerordentliche Erschütterung erlitten und große Opfer bringen muß. In diesen schweren Zeiten und in den über uns kommenden noch schwereren Tagen haben wir nur den einen Trost und die Hoffnung, daß wir auf die mächtige Unterstützung des internationalen Proletariats rechnen dürfen.“

### Berlin und Umgegend.

**Bildhauer!** Der Streik der Bildhauer bei der Firma Simbel u. Friedrichsen währt nun schon über 10 Wochen, trotzdem ist ein Ende desselben heute noch nicht abzusehen. Es handelt sich um die Forderung der Gehilfen, den Werkführer Gallasch von der Leitung der Bildhauerwerkstatt zu entlassen, da seine Art der Arbeit sowie seine persönlichen Eigenschaften und die ganz besonders schroffe Behandlung ihn nach den bisherigen Erfahrungen durchaus nicht zu einem Werkführer qualifizieren, noch dazu in einem Hause, das als eins der besten in Deutschland bezeichnet werden muß. Bereits vor circa 8 Jahren, kurze Zeit nach dem Austritt seines Vaters, begannen Differenzen, die nach längem Streik durch Verhandlungen beigelegt wurden und sich seitdem ständig wiederholt haben, so daß die dort beschäftigten 28 Kollegen Mitte Oktober der Firma durch die Organisation die obengenannte Forderung unterbreiteten, gleichzeitig um eine persönliche Aussprache über die Differenzen ersuchend. Aus dem erst nach mehreren Tagen einlaufenden Schreiben der Firma war zu entnehmen, daß die Chefs über die eigentlichen Ursachen im unklaren waren; gleichzeitig war bemerkt, daß Verhandlungen in den nächsten Tagen nicht möglich seien, da die Chefs dringend berufen müßten. Die Kollegen sahen hierin die Absicht, die Verhandlungen solange hinauszuziehen, bis die dringenden Arbeiten fertiggestellt wären und legten daher, als auf ein neues Schreiben

unsererseits keine Antwort der Firma erfolgte, am 26. Oktober die Arbeit nieder.

Wenn auch zugestanden wird, daß die Chefs durch Arbeiten stark in Anspruch genommen sind, so müßte doch die Zeit zur Information bei einer so wichtigen Frage unbedingt übrig sein. Das hatten auch die Gehilfen erwartet, da bisher alle Differenzen, die ja in keinem Betriebe ausbleiben, durch eine Aussprache erledigt wurden. Die Arbeiter werden von Kleinmeistern fertiggestellt, über die Herr Gallasch sonst nicht gerade liebenswürdig urteilt. Er scheint auch an den Arbeiten keine große Freude zu haben, denn nach seinen eigenen Worten war es ein „furchtlicher Mist“ und „Klogig teuer“. Vielleicht weiß er jetzt eingearbeitete und tüchtige Gehilfen zu schöpfen und werden wir daher den Streik solange fortsetzen, bis eine befriedigende Lösung erreicht ist. Im Streik stehen noch 21 Kollegen; 7 Kollegen, die erst kurze Zeit bei der Firma arbeiten, sind anderweitig in Arbeit getreten. Leider haben sich doch einige Bildhauer gefunden, die bei dem Bildhauer Westphahl, Wilmstr. 56, Streikarbeit anfertigen. Es sind dies die Gehilfen Fongler, Kochorg, Lügenburger, Kochow, Reichelt und Witten, außerdem noch einige Kleinmeister. Zentralverein der Bildhauer. Verwaltung Berlin.

**Achtung, Tabakarbeiter!** Da der Zigarrenfabrikant Vornkessel, NW., Waldstraße 39, seinen Arbeiterinnen zumute, billiger zu arbeiten als es der geltende Tarif besagt, so ist seitens des Herrn Vornkessel der Tarif durchbrochen worden. Die Arbeiterinnen lehnten die Zumutung ab und wurden darauf entlassen. Der Betrieb von Vornkessel ist gesperrt.

Der Zigarrenfabrikant Pflug, Reimendorfer Straße 71 I, hat den geltenden Lohnsatz ebenfalls durchbrochen. Der Betrieb ist gleichfalls gesperrt.

**Arbeiter, Raucher!** Kauft nur dort euren Bedarf an Zigarren ein, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist. Hebt Solidarität!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

### Deutsches Reich.

#### Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Nachdem am ersten Verhandlungstage die Forderungen beiderseits ausgetauscht worden waren, von denen die der Unternehmer wesentliche Verschlechterungen gegenüber den jetzigen Bestimmungen des Reichstarifvertrages enthalten und der Gehilfenorganisation das Recht eingeräumt wird, mit anderen Unternehmerorganisationen korporativ besondere Verträge abzuschließen, forderten die Gehilfen am Donnerstag eine bestimmte Erklärung über die Stellung des Arbeitgeberverbandes zur Erhöhung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Erklärung, welche die Unternehmer gleich nach Eröffnung der Sitzung abgaben, lautet:

„Wir haben die Forderungen der Arbeitnehmer geprüft und sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß auf die Lohnforderungen des freien Verbandes wegen der enormen Höhe (teilweise bis zu 40 Proz.) ein Angebot nicht gemacht werden kann.“

Wenngleich die Forderungen des christlichen und kirchlichen Dunderbüchsen Verbandes mäßiger sind, so wird in denselben die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Malergewerbes völlig verkannt, so daß sie die Grundlage für eine Verhandlung ebenfalls nicht bilden können. Es kommt hinzu, daß uns die Lohnforderungen erst am 8. Januar bei Beginn der Verhandlungen zur Kenntnis gelangt, unsere Mitglieder im Lande auf die Forderungen nicht vorbereitet und die Preisangebote für den größten Teil des folgenden Geschäftsjahres bereits abgegeben sind. Vertragmäßig hätten die Forderungen uns bereits am 15. August zur Kenntnis gebracht werden müssen; wir können unseren Mitgliedern erst die Lohnforderungen vorlegen, wenn der endgültige Wortlaut des Vertragschemas feststeht, um so mehr, weil in den vorliegenden Anträgen eine Reihe weiterer schwerwiegender finanzieller Belastungen der Arbeitgeber gefordert werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit müssen wir gegenwärtig ablehnen, weil der dadurch herbeigeführte Lohnausfall für die Arbeitnehmer so groß wäre, daß nur durch eine bedeutende Lohnerhöhung ein Ausgleich geschaffen würde. Im Baugewerbe sind zum Teil bedeutend längere Arbeitszeiten; wir können deshalb unseren Mitgliedern, die zum größten Teil in engerer Fühlung mit dem Baugewerbe arbeiten, erst dann eine Verkürzung empfehlen, wenn dasselbe eine einheitliche Arbeitszeitverkürzung eingeführt hat.“

Nach eingehender Beratung beantworteten die Vertreter der Gehilfenorganisationen diese Erklärung wie folgt:

„Aus der Erklärung der Arbeitgeber entnehmen wir, daß sie den Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeiten vollständig ablehnend gegenüberstehen. Die von den Arbeitgebern angeführten Gründe können uns von der Forderung auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung nicht abbringen, vielmehr haben wir die Ueberzeugung, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse geradezu auf eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeitnehmer im Malergewerbe drängen. Der Einwand der Arbeitgeber, daß die Forderungen bereits am 15. August 1912 von den Arbeitnehmerorganisationen ihnen hätte eingereicht sein müssen, ist formell unbegründet. Zur Erfüllung der im § 12 des R.T.V. enthaltenen Bedingungen waren wir jederzeit bereit und haben dies auch durch Schreiben Anfang November dem Arbeitgeberverband zur Kenntnis gebracht. Der Erklärung der Arbeitgeber, daß sie die Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung ihren Mitgliedern erst unterbreiten können, wenn das Vertragsmuster endgültig feststeht, entnehmen wir, daß sie keine Vollmacht besitzen, über diese Fragen zu verhandeln. Wir betrachten die Festsetzung der zukünftigen Höhe der Löhne und der Dauer der Arbeitszeiten als so wesentliche Bestandteile des gesamten Vertrages, daß sie nur im Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen geregelt werden kann.“

Damit waren die Verhandlungen in ein kritisches Stadium gelangt. Die Gehilfenvertreter betonten mit Nachdruck, daß ihnen mit einem leeren Tarifschema nicht gedient sei, wenn nicht zugleich im Zusammenhang damit auch über die wichtigsten Tariffragen, die Fragen der Lohnhöhe und der Dauer der Arbeitszeit abschließend verhandelt würde. Sie hielten jedes weitere Verhandeln für untunlich, wenn nicht mindestens ein Angebot der Unternehmer über diese Forderungen gemacht werde. Nach langen Auseinandersetzungen gaben die Unternehmer ihren strikten ablehnenden Standpunkt auf und erklärten sich bereit, über tarifliche Lohnerhöhungen zu verhandeln und ihren Mitgliedern solche zu empfehlen. Auch wollen sie für einzelne Orte über Arbeitszeitverkürzung verhandeln und deren Notwendigkeit prüfen. Ferner sollen, dem Antrage der Gehilfenvertreter entsprechend, nunmehr die Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit gleichzeitig und im Zusammenhang mit den übrigen Tarifbestimmungen verhandelt werden.

Hiermit waren die Parteien einverstanden. Die Verhandlungen wurden auf Freitag vertagt.

#### Die christliche Arbeitswilligenvermittlung geht weiter.

Bei der Firma Fonglet in Hilden bei Düsseldorf, wo die Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes im Streik stehen, sind 8 Ausgeperrte aus Wenden i. B. in Arbeit getreten. Es ist nachgemeldet, daß die Leute vom christlichen Metallarbeiterverband als Arbeitswillige vermittelt worden sind. Der zweite Lokalbeamte der Christlichen in Düsseldorf, Groß, hat die Leute persönlich unter dem Schutz von Polizisten und Gendarmen nach dem betriebligen Betrieb gebracht. Die Wendenen Ausgeperrten, die nach Stuttgart geschickt worden waren, haben, mit einer Ausnahme, die Arbeit in der „Sanitaria“ niedergelegt, als sie sich davon überzeugt hatten, daß sie Streikbruch begehen sollten. Den einen, der in der „Sanitaria“ blieb, nannten sie Judas und Verräter. Auf dem Bureau des deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart, wo man ihnen eine Unterstützung für die Rückreise gab, erklärten sie, sie hätten nichts davon gewußt, daß in der „Sanitaria“ Streik sei.

### Ausland.

#### Der Streik der Londoner Taxameterführer.

London, 7. Januar 1913. (Eig. Ber.) Der Kampf der Taxameterführer dauert unverändert fort und ein fröhliches Ende ist nicht voranzusehen. Wegen 12 000 Arbeiter, die Hälfte davon Hilfsarbeiter, wie Wagenpuffer usw., ferner Rechanter, sind direkt vom Streik betroffen, der auch indirekt anderen Berufs keine Wirkung fähig macht. Streikbrecher gibt es sehr wenige. Die Arbeiter sind gut organisiert und werden von den arbeitenden Kollegen, die ihre eigenen Wagen besitzen oder für kleinere Firmen arbeiten, die dem Verband der Arbeitgeber nicht angeschlossen sind, wirksam unterstützt. Die feststehenden Taxameterführer zahlen täglich 2 Schilling in die Streikkasse und erlauben den streikenden Kollegen, nachdem sie selbst genug verdient haben, für den bisher üblichen Bedingungen ihre Wagen auszufahren, damit wenigstens ein Teil der Streikenden etwas verdienen kann und die Streikkasse nicht in Anspruch zu nehmen braucht.

Wie der Kampf enden wird, ist schwer voranzusehen. Das Publikum fühlt die Abwesenheit der 6000 Taxameter kaum; es stehen ihm zu viele andere Beförderungsmittel zur Verfügung. Es ist heute ganz klar, daß es in London zu viel Taxameterdroschken gibt. Das geht auch aus den Angaben hervor, daß in manchen anderen englischen Großstädten die tägliche Bruttocinnahme eines Taxameters doppelt so hoch ist als in London. Dieser Punkt spielt zweifellos eine große Rolle in dem Streik, in dem jede Partei die Schuld auf die andere wälzen möchte. Es zeigen sich heute die Resultate des Grundungsversuchs, das eine Taxametergesellschaft nach der anderen entstehen ließ und den Markt zu Ruhen und Krawallen der Gründer mit Fahrzeugen überfüllte. Manche versichern auch, daß bei dieser Ueberfüllung des Marktes die Pflicht mitspielt, durch eine Einschränkung der Erwerbsmöglichkeit die kleinen Besitzer von der Straße zu verdrängen. Tatsache ist, daß kaum eine der größeren Gesellschaften Dividende zahlt. Das ist natürlich kein Grund, weshalb ihre Arbeiter umsonst arbeiten sollen; es wäre vielmehr ein zwingender Grund für die Gesellschaften, eine Sanierung ihrer Finanzen vorzunehmen. Aber es liefert den Unternehmern doch die plausible klingende Ausrede, daß sie die Preissteigerung des Benzins nicht tragen können. Auf der anderen Seite versichern die Benzinlieferanten, daß der Preis des Benzins wegen des ungeheuer gestiegenen Bedarfs in die Höhe gegangen sei, was natürlich nur eine kapitalistische Weichschönung der Operationen des Benzinmonopols ist. Der Preis des Benzins ist seit dem Abschluß des Vertrages zwischen den Taxameterführern und den Taxametergesellschaften um nicht weniger als 63 Proz. gestiegen.

Unter den Anregungen zur Lösung der schwierigen Frage finden sich Vorschläge über die Verwendung anderer Brennstoffe und die Ausdehnung des Eigentümersystems. Die „Times“ kommen heute darauf zu sprechen, daß die Zahl der Taxameterführer, die ihre eigenen Wagen besitzen, immer mehr wachse. Augenblicklich gibt es gegen 2000. Sie benutzen die Gelegenheit zu einem der periodisch wiederkehrenden bisshen Ausfälle gegen Karl Marx, dessen Theorien durch diese Erscheinung über den Haufen geworfen werden sollen. Sie vergessen jedoch, darauf hinzuweisen, daß die auf der Grundlage des Genossenschaftsbaus oder des Abzahlungsbaus entstehenden Einzelgüter nur deshalb florieren können, weil die großen Gesellschaften finanziell faul sind, weil die Gründer die Sache schon im voraus abgekauft haben, und daß sich auf den Trümmern der jetzigen Gebäude höchwahrscheinlich das alleinherrschende Monopol aufbauen wird. Und dann, was nützt den Einzelbesitzern ihre Selbständigkeit, wenn ihnen das Finanzkapital jederzeit in Gestalt des Benzinmonopols den Daumen auf die Kehle legen kann?

## Aus der Frauenbewegung.

### Das politische Recht der Frauen.

Der § 30 des österreichischen Vereinsgesetzes, der „Ausländer, Minderjährige und Frauenpersonen“ von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschließt, soll endlich fallen.

In der Nacht vom 28. auf den 29. Dezember hat das Abgeordnetenhaus die Novelle zum Vereinsgesetz angenommen, die den Ausschluß der Frauen von politischen Vereinen nicht mehr kennt. Mit einer großen Demonstrationssammlung der Wiener Genossinnen im April 1911 setzte der Kampf gegen den § 30 ein, der in Versammlungen und im Parlament von der Sozialdemokratie lebhaft fortgeführt wurde. Im Verlauf der parlamentarischen Kampagne erklärte ein „deutschradikaler“ Abgeordneter, daß ihm die Frauenbewegung die „schreckliche“ aller Bewegungen ist. Democh beschloß das Abgeordnetenhaus die Gleichstellung der Frauen durchzuführen. Das geschah im Frühjahr 1911, knapp vor der Auflösung des Parlaments. Also bleiben die „Frauenpersonen“ auch weiter von den politischen Vereinen ausgeschlossen. Im neugewählten Parlament unterbreitete die Regierung eine Novelle zum Vereinsgesetz; neben manchen Bestimmungen, gegen die die sozialdemokratischen Abgeordneten kämpften, enthält sie die Gleichberechtigung der Frauen. Freilich ist es im allgemeinen schlimm genug, daß erst Einundzwanzigjährige bürden politischen Vereinen angehören. Das trifft die männlichen Staatsbürger ebenso wie die weiblichen. Der Fortschritt, den die Regierungsnovelle bringt, besteht also vor allem darin, daß die Frauen nicht mehr schlechter behandelt, nicht mehr minder gewertet werden, als die Männer. Darin hat die Forderung der sozialdemokratischen Frauen einen Sieg errungen. Wenn der Parteitag so beschließen haben wird, werden nun die Genossinnen denselben politischen Vereinen angehören können, wie die Genossen. Die Genossinnen werden das neue Recht natürlich genau so ausnützen, wie die Genossen: zum Kampf gegen alle anderen sozialen und politischen Einschränkungen und zum verstärkten Kampf um das Frauenwahlrecht.

Das Herrenhaus hat noch zu sprechen. Da die angeordnete Novelle eine Regierungsvorlage ist, dürfte auch diese zur Verurteilung der vom Volke gewählten Abgeordneten vorhandene Körperkraft gegen die Gleichberechtigung der Frauen keine Verwendung erheben.

## Letzte Nachrichten.

### Die Türkei will nicht nachgeben.

Konstantinopel, 9. Januar. (Meldung des Wiener I. E. Telegraphenkorrespondenzbureau.) Die Bforte hat an ihre Botidaster im Auslande eine Firmlarnote gerichtet, worin diese verständigt werden, daß, falls die Balkandelegierten nicht bis Ende der Woche die Friedensvorschläge der Türkei annehmen, die ottomanischen Delegierten unverzüglich aufgefordert werden würden, nach Konstantinopel zurückzukehren. Die Bforte sei fest entschlossen, ihren Standpunkt hinsichtlich Adrianopel und der Inseln aufrechtzuerhalten, weil die Zugeständnisse bereits die äußerste Grenze erreicht hätten.

### Das Eingreifen der Vörschaffterkonferenz.

Konstantinopel, 9. Januar. (B. Z. B.) Die Vörschaffter der Großmächte sind heute zu einer Besprechung zusammengetreten, die sich mit der beabsichtigten Mitteilung an die Bforte beschäftigt und harmonisch verlaufen ist. Ueber das Resultat wird Stillschweigen beobachtet.

### Ein schwerer Unfall bei Schießübungen.

Southend, 9. Januar. (B. Z. B.) Bei Versuchen, die am Nachmittag in Shoeburgh mit einem großkalibrigen Geschütz vorgenommen wurden, ereignete sich ein Unfall, bei dem ein Kanonier getötet und der Hauptmann Treher sowie zwei Kanoniere schwer verletzt wurden.



Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 3. Berlin Rochet 10.-; Steffin f. Vinnenhoff. 118.20; 4. Weiningen I 1. Du. 125.70; 5. Ganan-Weinhäuser I. Du. 1811.20; 6. Köln Reg. 20.-; Höchst-Iltingen a Konto 1000.-; 7. Württemberg f. 11 Ar. I. Du. (Gannstatt 1274.70; Böblingen 278.16; Eßlingen 718.07; Calto 167.08; Vödingen 226.88; Crailsheim 11.52; Nalen 89.08; Nim 261.09; Emsbrunn 29.28; Eberbach 83.88; Hechingen 4. Du. 8.64; 1. Du. 7.28) Sa. 3144.93; 9. Berlin Aranzüberlauf v. d. Holl. d. Pa. Bestendary u. Pieper 7.80; 10. Falkenberg O/S A. 2. 8.-; 11. Veg. Oberhieslsten f. 9 Ar. I. Du. (Streußburg-Rosenberg 5.76; Oppeln 12.24; Cöfel-Großhieslitz 9.86; Gleiwitz-Subitz 30.80; Bentzen-Tarnowitz 106.62; Rattowig-Jabrze 84.68; Pleß-Mybnitz 9.-; Ratibor 24.-; Leobischitz 6.96) Sa. 289.17; Veg. Oberhieslsten f. Vinnenhoff. 85.55; 13. Borna, 14. f. d. Ar. a Konto 250.-; 14. C. D. Syd 20.-; v. Holl. d. Kunstschlosserei Wille, Neutöln 4.80; 16. Salzwedel-Gardelogen, 1. Du. 401.65; Halberstadt-Oberhieslsten, 1. Du. 589.11; 12. f. d. Ar. a Konto 1000.-; 17. Veg. Ostf. f. 6 Ar. I. Du. (Grünberg 106.88; Sagan 183.68; Briegau 122.28; Löwenberg 15.82; Gdrlitz 536.74; Mochberg 161.60) Sa. 1078.24; Berlin Dr. A. 100.-; 18. Berlin R. V. R. B. 87 8.-; Gust. Lehmann d. König 10.-; 20. Dresden f. Vinnenhoff. 10.-; 24. Bern V. 2. 50.-; 30. Anabe 3.-; Lust 5.-; 31. Neße-Schlachten-see 20.-; Oldenburg III, Delmenhorst 85.-; Berlin A. B. 50.-; S. D. 50.-; Hamburg I 2. Du. 4000.-; Hamburg II 2. Du. 5000.-; Hamburg III 2. Du. 20000.-; Denny, Argentinien 5.-; Gr. Berlin a Konto f. 8 Ar. 15000.-. Darunter: Alexander F. 6.-, Röner d. Marth 5.-, Honorar F. 3.-, Sparv. Vorwärts, Amerik. Kult. 6. Post. Reinholdstr. 14.73, Kruppe d. Stindt 2.60, Ref. Bernstein, 3. Akt. 6.-, Dameumantel-Ges. v. Arthur Simon 6.-, Vießig 1.-, Döppner 2.-, V. einem Reichreicher 3. Wohlfonds 5.-, Aug. d. Goffe 10.-, A. B. Wister 1.-, Abteilung 26 4.80, R. Gutenberg 27.80.

In der November-Drittung muß es unterm 5. statt 8. (Schledehoff) Ar. a Konto I. Du. 2200.- heißen; 6. (Schledehoff) Ar. a Konto I. Du. 2200.-.

Berlin, den 8. Januar 1913.

Für den Parteivorstand:

Otto Braun, Lindenstr. 3.

Wir haben unter Nr. 7618, A. Gerisch, F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postschalter Beträge bis 10000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Reichstag.

86. Sitzung Donnerstag, den 9. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Waderzapp.

Die Erspredung der Interpellation der Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) über den

Wagenmangel

wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Camp (Sp.): Die Hauptursache der Kalamität war nicht ein Mangel an Wagen, sondern sie lag in den baulichen Verhältnissen einiger Bahnhöfe, die freilich nicht von vornherein ungenügend ausgebaut waren, die aber den gesteigerten Bedürfnissen nicht mehr genügen. Der Eisenbahnverwaltung kann man daher keine besonderen Vorwürfe machen, da so ja baulichen Veränderungen und zur Durchführung eines Bauprogramms eine Reihe von Jahren gehören. Als die ersten Zeichen der Kalamität sich zeigten, hätten sofort die Bestimmungen über die Sonntagruhe außer Kraft gesetzt werden müssen, nicht erst später. Man könnte die Transporte, z. B. die Kohlenlieferungen für die Landwirtschaft, auf das Jahr verteilen, wenn man den Landwirten für die zu hoch, schon im Sommer, bezogenen Kohlen, eine angemessene Zahlungsfrist gewähren würde. In ähnlicher Weise könnte noch manches zur gleichmäßigen Verteilung der Transporte über das ganze Jahr geschehen. Man kann

Kleines feuilleton.

Der Rhythmus des Lebens. Wenn der Großstädter sein Selbstbewußtsein wärmen will, spricht er von seiner „Abgehehtheit“. Alle Verkehrshindernisse und Stimmungsbilder sind voll davon, und der Leser glaubt es zu seiner Genugtuung. Wahr ist es freilich nicht. Die Leute, denen außerhalb der Arbeitszeit acht bis zehn Stunden ihres wachen Tages zur Verfügung stehen, sind alles andere als geblüht; sie sind nur ungeduldet.

Dennoch hat die Epoche eine Leidenschaft hervorgebracht, die in der Tat der Sage von der Abgehehtheit recht zu geben scheint: die Leidenschaft der Schnelligkeit. Genauer betrachtet aber ergibt sich, daß diese Passion mit Zeitmangel und Zeitgewinn gar nichts zu tun hat: sie ist vollkommen selbständig und sich selbst genug. Ihr Symbol aber ist das Auto.

Aus dem Prozeß gegen den Schmiedebankier Sattler hören wir einiges über die Privatangelegenheiten des Angeklagten. Sie unterscheiden sich weder durch ihre Höhe noch durch ihre sonstige Art von dem, was zu allen Zeiten leidenschaftliche Rabalchere unter die Leute gebracht haben. Dreifache Wohnung, Perlensoliers, diamantbesetzte Spazierstöcke, imposante Schmelzrechnungen: das alles ist beim verurteilten Schläger von jeher üblich gewesen. Nur eins ist neu und des Bemerkens wert: Sattler hat in kurzer Frist 50000 M. an — Strafen für überschnelles Automobilsfahren gezahlt. Darin, vielleit nur darin, haben die modernen Freiheitskämpfer etwas, das sie von ihren Vorgängern unterscheidet. Diese Auswüchse des Nichts, diese Schatzgräber in der leeren Luft versehen vom Geldausgeben im Grunde so wenig wie vom Gelderwerb. Sie können sich weder breitspurig einrichten wie der gähe, nüchternen Geldmacher, noch reich ihre Phantasie zur Lebensführung des achten Versuchens — von einem Schönheitsakt schon ganz zu schweigen. Dafür aber haben sie — das Automobil. Die Schnelligkeit. Es war ein Zeichen von Tiefbild, als Otto Bierbaum in seinem Roman „Prinz Rudolf“ den verarmenden Gelden seinen Rest an Lebensgefühl in Kennwagenfahrten auszuatmen ließ. In der Tat ist das Auto die Sehnsucht und die Verführung aller dieser, denen zum Reichturnamen die Kultur fehlt. Sie haben es eilig und hasten darum die Lebensgüter, die Zeit brauchen. Sie haben den Traum, für dessen wohlthätige Einschränkung sie keinen Sinn haben. Sie möchten an vielen Orten zugleich sein: ihr Schnelllebensrausch wird ihnen gefährlicher als den Abenteuerern älterer Zeiten eine anspruchsvolle Geliebte. In dieser Passion und in dem Wunsche, qui angezogen zu sein, erschöpft sich, was ihre innere Mürhsigkeit unter Lebensgenuss versteht.

Was hat Filchner erreicht? Ueberraschend schnell ist Filchner, der Leiter der Deutschen Antarktischen Expedition, aus dem südlichen Ozean nach Wynoskires zurückgekehrt. Die Nachrichten

von der Eisenbahnverwaltung nicht verlangen, daß sie übermäßige Wagen vorrätig hält, die nur selten gebraucht werden, wenn etwa die Wasserstrassen versagen und den Eisenbahnen starke Transporte zubringen.

Abg. Rumm (Wirtsch. Vgg.): Auch die Sozialdemokraten müssen anerkennen, daß in dieser Frage die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammenfallen. Uebrigens hat man dieselbe Kalamität schon 1907 gehabt, aber aus den damaligen Erfahrungen leider nichts gelernt. Der Wagenmangel besteht nicht nur im Ruhrrevier, sondern bitteren Herzens wird schon so mancher von Ihnen auch den Wagenmangel bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft empfunden haben. (Heiterkeit.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Waderzapp betont gegenüber dem Abg. Bell u. a. nochmals, daß die gewaltige Steigerung des Eisenbahnverkehrs auch von den Interessenten nicht vorausgesehen sei. Auch die Vertreter von Handel und Industrie hätten ihre nachträglich befundene bessere Voraussicht seinerzeit nicht befolgt. Die große Wagenkalamität habe ich durchaus zugegeben, aber bei objektiver Prüfung der Ursachen kann ich nach wie vor die Schuld daran nicht der preussischen Eisenbahnverwaltung beimessen.

Abg. Dittmann (Soz.):

Die gestrige Beantwortung der Interpellation durch den Präsidenten des Reichseisenbahnamts war eine glatte und bedingungslose Kapitulation vor der preussischen Eisenbahnverwaltung. Sie hörte sich an, als sei sie vom preussischen Eisenbahnminister diktiert. Der preussische Vorisularismus hätte meines Erachtens auch von einem preussischen Minister gestern hier nicht unbedingter hervorgekehrt werden können, als es hier von dem Vertreter eines Reichsamts geschehen ist. Wenn Herr Waderzapp die Kompetenz des Reichstags zu einer eingehenden Erörterung der preussischen Eisenbahnverhältnisse zu bezweifeln versucht hat, so erinnere ich ihn daran, wie weitgehende Konsequenzen für das Reich Bismarck in den 70er Jahren aus den Bestimmungen der Reichsverfassung über das Reichseisenbahnwesen hergeleitet hat. Heute, nach vierzig Jahren, hat der Reichstag um so weniger Anlaß, sich einen Maulkorb anlegen zu lassen. (Sehr richtig!) Ich erhebe namens meiner Fraktion scharfsten Widerspruch gegen den Versuch, den Reichstag herabwürdigend zu stellen zu einer preussischen Ratione. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf den sachlichen Inhalt der Rede des Herrn Waderzapp trifft das zu, was die „Abenisch-Weßfälische Zeitung“ vom 15. November v. J. über frühere Ministererklärungen in dieser Sache schrieb: „Es ist bisher noch immer so gewesen: wenn der Minister im Reichstag interpelliert worden ist, hat er mit großen Haiseln paradiert, hat sich anscheinend reingewaschen, und es ist alles beim alten geblieben.“ Beides haben wir gestern auch wieder gehört. Das Argument, daß die Verkehrshindernisse nicht vorauszuhaben war, ist schon gestern genügend zurückgewiesen worden. Das hat schon Herr Budde vor sieben Jahren gebraucht, mit solch abgebrauchten Lebensbählern sollte man sich nicht mehr kommen. Auch ist es objektiv unklar, daß die Kalamität so plötzlich und unermutet heringebrochen sei, daß man keine Vorsichtsmaßregeln habe treffen können. Die „Abenisch-Weßfälische Zeitung“ hat in zwei Leitartikeln vom 18. und 20. Juli schon vom kommenden Wagenmangel gesprochen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in Essen schrieb am 20. August: „Wenn man sieht, daß in der verflochtenen Woche an einem Tage schon über 1000 Wagen gefehlt haben, so ist das ein sehr bedauerliches Zeichen.“ Dabei behauptete Herr v. Breitenbach noch im November, daß bis Anfang Oktober die Wagenstellung geradezu glänzend gewesen sei. (Hört! hört!) Als über die schweren Schäden überall in der Öffentlichkeit geklagt wurde, meinte der Minister im Reichstag: Ruhe sei die erste Bürgerpflicht. Das war logar der freikonserватiven „Post“ zu viel. Sie brachte unter dem 20. November einen ganz revolutionär klingenden Artikel, worin es hieß:

„Die nötige Ruhe bewahren ist schon gesagt, aber ob die betreffenden Kreise und insbesondere die Arbeiter, wenn es so weiter geht, die Ruhe behalten, möchte man sehr bezweifeln. (Hört! hört!) Glaubt der Herr Minister, die Arbeiter stehen sich mit dem schönen Wort „Ruhe“ abspelen, wenn sie einige Tage vor Weihnachten mit einem Lohnausfall von ein Viertel bis ein Drittel des Monatsverdienstes nach Hause gehen müssen! Bezahlt der Herr Minister mit dem schönen Wort „Ruhe“ den Arbeitern das Fleisch und das Brot, das sie infolge dieser Lohnausfälle nicht bezahen können.“

Das hätte auch in „Vorwärts“ nicht treffender gesagt werden können. Man sieht, selbst Scharfmacher können revolutionär sein, wenn ihr Profit bedroht ist! Wilhelm II. hat einmal erklärt: Schwere Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit zu hindern

über die wissenschaftlichen Resultate sind freilich noch zu kurz und lationisch, um bereits endgültig genüßigt werden zu können. So viel scheint aber sicher zu sein, daß Filchner trotz der Kürze der Zeit recht vom Glück begünstigt gewesen ist. Er hat unter 76 Grad 20 Minuten südlicher Breite und 80 Grad westlicher Länge Land entdeckt, das er Prinz-Regent-Quilpob-Land getauft hat, und zwar Land von sehr bedeutender Ausdehnung. Erstreckt es sich doch, wie getafelt wird, südwärts über rund 12 Breitengrade bis zu 79 Grad. Filchner drang also 400 Kilometer weiter südlich in der Weddellsee vor als seine Vorgänger. Noch interessanter ist beinahe der Nachweis einer diesem Kontinent vorgelagerten Eisbarriere, die Filchner Kaiser-Wilhelm-Land genannt hat. Die das im Weddellmeer von Filchner neu entdeckte Festland dem auf der entgegengesetzten Seite des Südpols liegenden Viktorialand entspricht, so fehlt auch auf der westlichen Seite der Antarktis nicht die Eisbarriere, wie sie in Ostantarktis in der berühmten Noghbarriere vorhanden ist. Kapitän Koh war an ihr im Februar 1842 bis zu 76 Grad 10 Min. südlicher Breite vorgedrungen; die Eisbarriere fehlte seinem weiteren Vordringen jedoch Schranken, und es dauerte sechs volle Jahrzehnte, bevor es wieder einem Forscher, dem Norweger Voragresbink, gelang, noch weiter nach Süden vorzudringen. Der Charakter der Barriere war dem norwegischen Südpolarforscher freilich noch nicht bekannt; Scholleton ernt spaltete der ungeheuren Mühen, die die Noghbarriere dem weiteren Vordringen entgegensetzte, und kam bis auf das eisbedeckte Hochland, das den Südpol umgibt. Hätte nicht Mangel an Nahrungsmitteln seinem weiteren Vordringen ein Ziel gesetzt, so hätte schon er sicherlich den Pol erreicht. So blieb diese Trophe dem Norweger Roald Amundsen vorbehalten, und er war es auch, der das Rätsel der Noghbarriere völlig enthüllte. Wir wissen jetzt, daß sich diese Barriere von festem Meereis, das hoch mit Schnee bedeckt ist, 700 Kilometer weit erstreckt, doch sie gleichfalls Hunderte von Kilometern weit nach Süden reicht, wo sie unmittelbar an das zumutvolle Hochland anstößt. Es handelt sich also um eine riesenhafte schwimmende Eisinsel von der Größe eines ausgedehnten Landes.

In Westantarktis, wo Filchner jetzt in der Weddellsee eine gleiche Barriere entdeckt hat, scheinen diese Verhältnisse ebenfalls vorherrschend. Als die Landung auf der Barriere durchgeführt wurde, sprengte nämlich eine Springflut mehrere Quadratkilometer ab, und die Station wurde mitgerissen. Diese wurde an Nord gerettet, das Schiff kam dann Anfang März in eine Drift. Man wird also keinbed annehmen können, daß auch dieses neu entdeckte Kaiser-Wilhelm-Land, das demnach gar kein Land, sondern nur eine riesige Eismasse ist, eine sehr bedeutende Ausdehnung besitzt, und sich in Süden an einem bisher noch nicht bekannten Punkt dem antarktischen Kontinent vorlagert. In Jahresfrist wird Filchner mit einem neuen Kapitän und ausgerüsteten Mannschaften wiederum nach Süden vordringen.

versucht! Nun, möge man doch jetzt die Schuldigen zur Verantwortung ziehen, die die Vergarbelter zum Feiern gezwungen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was den Eisenbahnen in den letzten Monaten zugemutet worden ist, das ist

die reine Menschenschilderei.

Die „Bergwerkszeitung“ schrieb am 20. November: Das Eisenbahnpersonal ist überanstrengt, die Leute, die aus dem geregelten Dienst heraus und in ungewisse Arbeitszeit hineinkommen, erhalten nichts Besonderes für die erhöhte Arbeit, denn die in Aussicht genommenen Prämien werden nur an einen Teil der Leute kommen, außerdem können vorübergehende Belohnungen in einer solchen Zeit dauernder Mehrarbeit nichts helfen. Die Leute sollen auch geübert sein über die Handhabung des Koalitionsrechts und die Folge soll eben eine passive Resistenz des Personals sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja sollte es nur für möglich, daß eine passive Resistenz spontan und sporadisch vorgekommen ist, nicht aber als allgemeine Erscheinung. Das eben zitierte Unternehmerorgan hat der Eisenbahnverwaltung wohl nur einen Schreck einjagen und sie zur Abhilfe zwingen wollen. Aber ich frage: wer hätte den Eisenbahnen das moralische Recht absprecken wollen, wenn sie wirklich zur passiven Resistenz übergegangen wären? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Allerdings sollte dieser Hinweis auf eine angebliche passive Resistenz vielleicht nur ablenken von einer der wirklichen Ursachen des Wagenmangels. Man spricht ja auch hier nicht davon. Die Frage meines Parteigenossen König, inwieweit es richtig sei, daß auch

vorberreitende Maßnahmen zur eventuellen Mobilmachung

schuld an der Verkehrsmisere gehabt haben, ist von Geheimrat Waderzapp völlig unbeantwortet gelassen worden, und der Abg. Schwabach glaubte, diese Vermutung damit widerlegen zu können, daß er sagte, es habe nur ein Mangel an offenen Wagen bestanden, zur Mobilisierung brauche man aber Gedulte. Das ist nun gar kein Beweis, denn im Mobilmachungsfalle wird man die Truppen nicht nur in gedeckten Wagen befördern. An den abgestrittenen Gerichten ist doch mehr daran, als man zugeben will. Die Sozialdemokraten tun alles, um einer Kriegspanik im Lande entgegenzuwirken, aber wir würden uns am Volk verständigen, wollten wir die bürgerliche Vogel-Strauß-Politik mitmachen und verschweigen, daß die Kriegslage eine Situation der letzten Monate die schweren Schädigungen durch die Verkehrshindernisse mindestens mitverschuldet hat. Die bürgerliche Presse, so das „Berliner Tageblatt“ und die von Büangel gegründete „Westdeutsche Volkszeitung“ in Hagen haben diesen Vermutungen Raum gegeben und das letztgenannte Blatt hat auch die Nothricht verzeihet, daß man bestrebt sei, die Hauptstrecken, die nach der französischen Grenze führen, von Güterzügen freizuhalten, damit im Fall einer Mobilmachung die Truppentransporte nach der Grenze rasch und ungehindert erfolgen können. Ein Blick auf die internationale Lage rechtfertigt diese Meinung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deutschland war und ist in Gefahr, von seinem Deutschnegenden Oesterreich in Kriegswirren hineingezogen zu werden. Warum geben die bürgerlichen Parteien und die Regierung nicht zu, daß es von dem militaristischen Standpunkt der Regierung aus ihre Pflicht ist, alles für die Mobilmachung vorzubereiten? 1904 hat der damalige Präsident des Reichseisenbahnamts, Schulz, hier erklärt, daß sich der vornehmste Teil der Tätigkeit dieses Amtes völlig der Öffentlichkeit entziehe, nämlich seine unablässige Sorge dafür, daß die deutschen Eisenbahnverwaltungen jederzeit in der Lage sind, den an sie gestellten militärischen Anforderungen zu entsprechen. Diese Aufgabe scheint das Reichseisenbahnamt völlig davon abzuhalten, sich um die Abwendung des übrigen Verkehrs durch die deutschen Eisenbahnen zu kümmern. Bedenkt man denn nicht, daß eine solche Verstopfung des ganzen Inkontinenterheinischen Industrievierecks, wie sie im Herbst bestand, gerade auch die militärische Transporthilfe der Bahnen ungemein erschweren muß? Die Regierung hätte damals von ihrem militärischen Standpunkt aus eine Gewaltmaßnahme treffen müssen, und diese Gewaltmaßnahme war offenbar die vier-tägige Verkehrsperre am Niederrhein. Ohne den militärischen Grund würde man die Entwirrung der Verkehrs-kalamität jedenfalls auf weniger radikalen Wege versucht haben, auf einem Wege, der den gesamten Handel und Verkehr nicht so außerordentlich geschädigt hätte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die diese gewaltige vier-tägige Verkehrsperre, so sieht zweifellos auch der Wagenmangel in Zusammenhang mit der Kriegsbereitschaft. Es kreuzten sich eben die Ansprüche des Wirt-

Ein Preis von 10 Millionen. Ein findiger Vertreter der chemischen Technologie wird vielleicht bald Gelegenheit erhalten, sich mit einem Schloze zum mehrfachen Millionär zu machen. Ein Mitglied des Senats der Republik Chile hat nämlich den Antrag gestellt, einen Preis in der Höhe von 10 Millionen Mark für die Erfindung eines Verfahrens auszugeben, mit dessen Hilfe man aus der sogenannten Salpêtre und ihren Rückständen den Salpeter herausziehen könnte. Die einzigartigen Salpeterlager in Chile, deren Ausbeutung die Haupteinnahmequelle für den Staat bildet, gehen einer Erschöpfung entgegen, die zwar noch nicht so nahe vor der Tür steht, wie es schon oft vorausgesagt worden ist, aber doch wohl spätestens in weiteren 50 Jahren eintreten wird. Die Aus-sichten würden sich bedeutend verbessern, wenn es gelänge, auch die unreineren Schichten, die neben salpeterminem Kalium eine größere Menge von Natrium und unlöslichen Stoffen enthalten und deshalb bisher kaum verwertbar gewesen sind, darauf zu behandeln, daß ohne zu große Kosten der Salpeter daraus gewonnen werden könnte. Der Wichtigkeit der Aufgabe entsprechend sind schon viele Versuche nach dieser Richtung angestellt worden, die aber noch immer nicht zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Für die Lösung des Problems einen Preis von 10 Millionen Mark auszugeben, bedeutet eine harte Verlockung, aber diese Maßnahme wäre durchaus gerechtfertigt, beträgt doch der Wert des in einem Jahr in Chile gewonnenen Salpeters rund 300 Millionen Mark ohne die Nebenerzeugnisse dieses Bergbaues.

Notizen.

Das Lebenswerk von Louis Corinth. Die Corinth-Ausstellung, die von Paul Cassirer in den Ausstellungs-räumen der Sezession veranstaltet wird, kommt Mittwoch, den 15. Januar zur Eröffnung. Man wird ungefähr 250 Werke zu sehen bekommen, darunter Bilder, die seit Jahren an Versteigerungen und Privatverkäufen sind. Dazu kommen die neuesten Arbeiten Corinths und einige ältere noch nicht bekannte Bilder.

Porträge. Der erste wissenschaftliche Abend der Humboldt-Akademie findet am Sonnabend, 8 Uhr abends, in der Aula, Georgenstr. 30/31, statt. Dr. Adolf Seiborn spricht über das Thema „Unsere heutige Kenntnis vom Ursprung des Menschen“.

Theaterchronik. Im Theater am Kollendorfer-Platz wird Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr bei keinen Preisen „Jugend“ aufgeführt.

Republikanische Staatsorgen. Die Regierung der neuen Republik China geht mit ihren Reformen gar ernstlich vor. Auch ist die Kleidung reglementiert, so kommen auch schon die Orden an die Reihe. Ein neuer „Orden der blühenden Reichthümer“ wurde gestiftet für gewerbliche und wissenschaftliche Verdienste. Es gibt davon viele Klassen (9) und mannigfache nährliche Arten der Anlegung (wie bei uns im jungen Europa, dessen Lorbeeren China nachahmt).



schäftslebens und des Militarismus. Ein Ausgleich zwischen ihren widerstrebenden Ansprüchen ist nur möglich, wenn die Eisenbahnverwaltung ihren voranschreitenden Rechnung trägt. Daran aber hat es vollständig gefehlt. Nicht einmal die Anprüche des Wirtschaftslebens sah sie vorher, und das Zusammenstoßen mit den erhöhten militärischen Anforderungen führte daher zu einem vollständigen Zusammenbruch. Diese erhöhten militärischen Anforderungen können aber keineswegs eine Entschuldigung für den Eisenbahnminister bilden. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen offensichtlich die militärische Seite der Frage nicht berühren, offenbar um den Militarismus nicht unpopulär zu machen. Um so mehr haben wir die Aufgabe, darauf hinzuweisen, wie schon die bloße Möglichkeit eines Kriegsausbruches unserem Wirtschaftsleben die schwersten Wunden schlägt. Das muß namentlich die Vergarbeiter auffallen, daß sie die Wehrmachtsbedürfnisse dieses Jahres dem organisierten Massenmord verdanken und die Entschlossenheit, für die Erhaltung des Friedens einzustehen, muß um so mehr wachsen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerlichen Parteien sind über diesen Grund des Wagenmangels wohl auf den Geheimkonferenzen in Westfalen unterrichtet worden, sonst wären längst hier im Reichstag mindestens von den Nationalliberalen Anfragen eingelaufen, ob die Kriegsbereitschaft in allen Punkten vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun sind hier wieder von Regierungstisch Versprechungen gemacht worden, es sollen umfassende Maßnahmen getroffen werden, um eine Wiederkehr solcher Katastrophen zu vermeiden. Preußen will sofort 60 Millionen verwenden für neue Gleise, neues Personal, neues Fahrmaterial. Die Reichsregierung hat sich, allein mir fehlt der Glaube. Anfangs wird wohl etwas geschehen, aber sehr bald geht das alte Lied wieder los. Man muß das Uebel an der Wurzel anfassen, und das preussische Eisenbahnwesen davon heilen, daß es den Finanzen zur Ausbeutung überliefert wird. Hunderte von Millionen werden in Preußen aus dem Verkehr herausgedrückt, nicht etwa um die unteren Steuerstufen freizulassen, sondern um die Junker und die Reichen möglichst zu schonen. Nicht die Bedürfnisse des Verkehrs, sondern die

### Erzielung hoher Ueberschüsse

ist der Zweck der preussischen Eisenbahnverwaltung. Würden in den letzten 6 Jahren nur je 50 Millionen Mark mehr für Bahnanlagen und Betriebsmaterial ausgegeben worden sein, so wäre die ganze Katastrophe vermieden worden, und trotzdem hätten noch Hunderte von Millionen als Ueberschüsse für die allgemeinen Finanzen abgeführt werden können, obwohl sie überhaupt nicht in die allgemeine Staatskasse hineingehören. Bei der Uebernahme der Eisenbahn durch den Staat wurde vom damaligen Minister Bamberger sehr dringend betont, daß die Eisenbahnen nicht Finanzzwecken dienen sollten, sondern dem Verkehr. Seine damaligen Ansprüche bilden die vornehmste Kritik der gegenwärtigen preussischen Eisenbahnpolitik, und ich empfehle sie dem Minister Reichensperger, damit er sie eingehend über seinen Schreibtisch hängt. Aber was ist aus den Versprechungen geworden. Die Geschichte der preussischen Eisenbahnverwaltung ist voll von den Scheitern gebrochener Versprechungen. Als der Finanzminister Riquelme von Herrn Götze einmal an die bei der Uebernahme der Eisenbahnen gegebenen Versprechungen erinnert wurde, sagte er, das hätten die Abgeordneten nicht glauben sollen, er wenigstens hätte es nicht geglaubt. (Heiterkeit.) Zum Schaden fügte er noch den Spott. Wir werden gut tun, an diese Riquelmschen Worte angeknüpft der jetzt wieder von der Regierung gegebenen Versprechungen zu denken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Auch Herr v. Rheinbaben hat als Finanzminister eine ganz verkehrte Eisenbahnpolitik getrieben. Ich erinnere an die schweren Angriffe, die gegen ihn im Herrenhause von Herrn v. Gwinner gerichtet wurden, durch die er gewissermaßen von seinem Posten herunterblamiert wurde. Herr v. Gwinner wies nach, daß dem Reichsminister v. Rheinbaben häufig das Maß über den Kopf gewachsen sei, Hochkonjunktur und Krisen zu verwechseln und demgemäß immer falsche Dispositionen zu treffen. Im Januar 1907 hatte er gesagt, daß die Aussichten günstig seien, dabei war 1907 das schlimmste Krisenjahr. Wie Herr v. Gwinner mit deutscher Anspielung sagte: „Der vom Geschäft etwas verstand“, hatte Anfang 1907 die Segel eingekraft. 1910 ging es dann umgekehrt. „Daher kommt es“, sagte Herr v. Gwinner, „daß wir sehr häufig unsere Vorstellungen für die Eisenbahnen, die sich auf Hunderte von Millionen beziffern, zu den teuersten Preisen machen und die Industrie nicht beschäftigen, wenn sie dringender Beschäftigung bedarf.“ Es mag ja sein, daß Herr Lenzke etwas mehr von Finanzpolitik versteht als Reichsminister v. Rheinbaben, aber in bezug auf das Eisenbahnwesen steht er auf feiner Aufgabe darin, möglichst viel Ueberschüsse für allgemeine Bedarfszwecke herauszuwirtschaften. Das steht.

### Im schärfsten Widerspruch mit der Reichsverfassung.

Der Artikel 13 sagt klar und deutlich: Das Reich hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahnverwaltung die Bahnen jederzeit mit Verkehrsmaterial so anrüstet, wie es das Verkehrsbedürfnis erfordert — also das Verkehrsbedürfnis, nicht die preussische Plasmacherei für den allgemeinen Staatsfiskus. Nach der Verfassung müssen die Einnahmen aus dem Verkehr im Interesse des Verkehrs Verwendung finden sowie im Interesse der Angestellten und Arbeiter. Ergeben sich denn noch Ueberschüsse, so sind die Tarife herabzusetzen. Gerade das ist der mächtigste Hebel des Verkehrs. Leider scheint man in Preußen die bisherige Eisenbahnpolitik bereuigen zu wollen. Ja man will nach einer Erklärung des Abg. Hirsch Ellen in der Steuerkommission die Ueberschüsse der Eisenbahn noch stärker für allgemeine Staatszwecke verwenden, um die Steuerzuschläge ganz oder teilweise aufheben zu können. Es ist höchste Zeit, dieser Politik von Reich wegen einen Riegel vorzuschieben. Zumal wenn man bedenkt, daß die Eisenbahnen vor einer gewaltigen technischen Revolution, vor der Elektrifizierung stehen, die große Mittel erfordern wird. Wer wirklich für eine großzügige Entwicklung des Verkehrswesens ist, muß dafür sorgen, daß die Macht der Junker in Preußen gebrochen wird, das heißt, daß das Dreiklassenwahlrecht beseitigt wird. Bei den kommenden Landtagswahlen wird dazu Gelegenheit sein. Erst wenn es gelingt, Preußen in einen modernen Verfassungsstaat umzuwandeln, in dem sich der Wille des Volkes durchsetzen kann, wird auch der preussische Partikularismus im Eisenbahnwesen zu überwinden sein und dann werden wir auch dazu kommen, das gesamte Eisenbahnwesen in Deutschland unter die einheitliche Leitung des Reiches zu stellen.

Schon vor Jahren haben wir hier Resolutionen beantragt, die die Vereinheitlichung der deutschen Bahnen und ihre Leitung durch das Reich verlangen. Man erwiderte, daß dies nicht weit genug gehe und die Eigentumsfrage unlösbar sei. Im Vorjahre aber hat Präsident Wodergapp sie als durchaus lösbar erklärt und nach früheren Erklärungen der Liberalen mühte sich um eine Weisheit des Reichstags für ein Reichseisenbahngesetz und Reichseisenbahnen vorhanden sein. Zeigen Sie Standhaftigkeit in dem Kampf gegen den preussischen Verkehrsminister. Wir sind, wie in allen Fragen der Kultur und des Fortschritts, bereit, auch hier voranzugehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wittke (natl.) schildert zahlenmäßig die durch den Wagenmangel hervorgerufenen Schädigungen der rheinischen Industrie.

Präsident Wodergapp: Gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Dittmann habe ich zu erklären, daß die Verkehrsbedingungen im Ruhrrevier weder in der Urkatastrophe noch in der Wirkung mit der politischen Lage irgend etwas zu tun haben. Diese Behauptung ist vollständig aus der Luft gegriffen. Die Störungen haben lediglich in der Zu- und Abfuhr der Güterzüge ihre Ursachen.

Damit schließt die Debatte. Die Wahlen der Abg. Schwabach (natl.) und Dr. Berr (Z.) werden für gültig erklärt.

Es folgt die Beratung einer Resolution der Wahlprüfungs-Kommission zur

### Wahl in Schwes.

Die Kommission ersucht in dieser Resolution den Reichskanzler, den Wahlkommissar in Schwes auf das Ungeschehene seiner Handlungsweise hinzuweisen. (Der Kommissar hat bei der Feststellung des Gesamtergebnisses eigenmächtig Verichtigungen vorgenommen, wodurch erreicht wurde, daß der Pole nicht für gewählt erklärt, sondern eine Stichwahl angeordnet wurde, in der der Reichsparteiler v. Halem siegte.)

Ministerialdirektor Lewald: Bereits vor Jahresfrist hat der preussische Minister des Innern dem Wahlkommissar in Schwes eröffnet, daß sein Vorgehen weder durch das Gesetz noch durch das Reglement begründet sei. Es ist also bereits im Sinne dieser Resolution gehandelt worden.

Abg. Dr. v. Laszewski (Pol.): Die Wahl in Schwes gibt schon seit vielen Jahren der Wahlprüfungs-Kommission Arbeit. Es handelt sich bei dem Vorgehen des Wahlkommissars um einen Eingriff in die Rechte des Parlaments, denn nur der Reichstag hat darüber zu entscheiden, welche Stimmen gültig oder ungültig sind. (Sehr richtig!) Es handelt sich auch nicht etwa um einen Rechenfehler, sondern um ein beabsichtigtes parteiliches Vorgehen des Wahlkommissars zum Nachteil der Polen. (Sehr richtig! links.) Nebenbei bespricht ausführlich die Wahlwahlen in Schwes, die sich im Anschluß an ein lärmendes Siegesfest der Halamisten abgepielt haben.

Vizepräsident Dove bittet nicht zu ausführlich auf dieses Siegesfest einzugehen, da dies der Wahlkommissar doch nicht hätte verhindern können. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. v. Laszewski: Nachdem die Wahlvorstände in den einzelnen Bezirken die abgegebenen Stimmen für gültig erklärt hatten, durfte der Wahlkommissar keine Stimmen mehr für ungültig erklären. (Lebhafte Zustimmung.) Das kann dann nur noch der Reichstag selbst. Auch das Verhalten des Wahlkommissars bei der Stichwahl war nicht einwandfrei. Der Gegenkandidat hieß Sah-Jaworski. Zettel, auf denen Sah nur mit einem „s“ geschrieben war, wurden kastriert, obwohl doch nicht zweifelhaft war, wenn die Wähler meinten. Das ist in 24 Wahlbezirken geschehen. (Hört! hört! links.) Bei der Hauptwahl aber waren alle diese Stimmen für gültig erklärt worden. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Es waren eben zwischen den Haupt- und Stichwahlen bestimmte Anweisungen vom Landratsamt in Schwes ergangen. (Hört! hört!) Das ist in dem Straßensprock zur Sprache gekommen und ein Gerichtsassessor, der als Zeuge vernommen wurde, hat gesagt, er trage Bedenken darüber auszusagen, es handle sich um dienstliche Angelegenheiten. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Von einem anderen Zeugen wurde aber befundet, daß das Landratsamt angeordnet habe, alle Stimmen mit „Sah-Jaworski“ für ungültig zu erklären. (Stürmisches Hört! hört! links und im Zentrum.) Die Vorgänge in Schwes haben nicht nur die Empörung der Polen, sondern auch der Deutschen herbeigerufen. (Sehr richtig! im Zentrum.) In einer deutschen Zeitung hieß es, daß in Schwes die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen werden, und daß unterliegt, wer die meisten Stimmen erhält. (Heiterkeit.) Und am Schluß eines Gedichtes heißt es:

„Und wenn's zu einer Nachwahl kommt,  
Sieg in Schwes wieder der Schwindel!“

Auch bei der letzten Nachwahl in Schwes sind wieder arge Verstöße vorgekommen. Ein deutscher Wahlaufsicht schließt mit den Worten: „Es gilt nicht die Gerechtigkeit, sondern den Sieg der Deutschen herbeizuführen.“ (Laute Pfuirufe bei den Polen.) Die Vorgänge in Schwes rechtfertigen ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Derben (Natl.): Zweifellos hat nicht der Wahlkommissar sondern der einzelne Wahlvorstand das Recht, Stimmen für ungültig zu erklären. Das hat der Kommissar auch nicht getan, er hat nur rechnerisch eine Verichtigung eintreten lassen. (Schallende Heiterkeit links.) Ihr Votum zeigt nicht gerade parlamentarische Fertigkeit. (Erneute große Heiterkeit links.) Der Kommissar hätte bemerken sollen, die Stimmen sind für ungültig zu erklären, aber er hätte das Resultat anders feststellen müssen. Der Reichstag hätte allerdings unbedingt die beiden Stimmen kastriert, es wäre also doch zur Nachwahl gekommen. Uebrigens haben mehrere polnische Beisitzer gegen das Vorgehen des Wahlkommissars keinen Widerspruch erhoben. (Hört! hört!) Ich bedaure das Vorgehen des Wahlkommissars, aber mala fide (mit böser Absicht) hat er nicht gehandelt. Was nun die Stichwahl anlangt, so war zweifellos die Kastrierung der Zettel mit einem „s“ unberechtigt. Auch wir wünschen nicht, daß einer von uns unberechtigt hier im Hause sitzt. Die Resolution ist überflüssig, da die Beamten nicht mala fide gehandelt haben und auch schon reifiziert worden sind. (Wavo! rechts.)

### Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich halte die Resolution durchaus nicht für überflüssig. Für die Herren in Schwes scheint doch eine recht nachdrückliche Belehrung am Platze zu sein. Gegen solche Korrekturen des Wahlergebnisses, die nahe an das Strafbare grenzen, muß auf das energigste vorgegangen werden. Gegen den Wahlkommissar kann zweifellos wegen Wahlfälschung vorgegangen werden. Die Unterlassung des Schüttelns der Urne durch Wahlvorsteher ist Nichtanerkennung eines öffentlichen Amtes. Der Wahlkommissar hat lediglich das Recht, zusammenzurechnen, aber nicht die Ungültigkeitserklärung von Hunderten Stimmen anzuregen. Der Reichstag mühte auf Grund des Artikels 27 der Verfassung Herrn v. Sah-Jaworski als gewählten Abgeordneten erklären — alles was seit der Wahl v. Sah-Jaworski am 12. Januar 1912 geschehen ist, auch die neueste angebliche Wahl v. Halem ist als auf Wahlfälschung beruhend ungültig und nichtig. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Polen.) Die Besuche des kandidierenden Landrats und seine Instruktionen bei den Wahlvorstehern sind die intellektuelle Veranlassung dieser Gesetzwidrigkeiten. Da aber hat der Reichskanzler die unerlässliche Pflicht, das Könige und zwar hier das Eingreifen des Staatsanwalts zu veranlassen. (Stürmische Zustimmung v. d. Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler muß sich an das Reichsjustizamt wenden und das Reichsjustizamt muß die Staatsanwaltschaft anweisen, das Erforderliche zu tun. Die Beamten in Schwes dürfen sich nicht gegen das Gesetz auflehnen.

Vizepräsident Pansche: Das dürfen Sie nicht sagen.

Abg. Stadthagen: Auch den Beamten gegenüber bleibt bei mir Logik Logik und Recht Recht.

Vizepräsident Pansche: Das ist Ihre Auffassung. Ich kann nicht dulden, daß Sie von den preussischen Beamten generell sagen, sie lehnen sich gegen das Gesetz auf.

Abg. Stadthagen: Das ist mir auch gar nicht eingefallen. Ich bedaure, wenn die Musik hier so schlecht sein sollte, daß man nach hinten nicht versteht, was ich nach vorn sage. (Heiterkeit.) Ohne Ansehen der Person muß die Staatsanwaltschaft vorgehen und wenn sie das ganze Landratsamt aufheben müßte. (Sehr gut! links.)

Die Konservativen verwalten sich gegen ein solches Vorgehen — ich konstatiere das! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren, die immer die Anwendung des Gesetzes fordern, sollen es erst mal bei ihren Freunden anwenden, namentlich hier, wo qualifizierte Wahl- und Urkundenfälschung vorliegt, die mit Ehrverlust die Schuldigen bedroht. Der Reichstag wird sich bei Prüfung der neuesten Wahl v. Halem seines Rechts, zu prüfen, was am 12. Januar 1912 gewählt wurde, zu erinnern haben. Heute kann er nicht mehr tun, als die Resolution annehmen, worum ich Sie dringend bitte, damit die Abwendung der gegebenen Gesetzverletzungen an den schuldigen Beamten erfolgt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten und Polen.)

Abg. Dr. Pflieger (Z.): Es liegt wohl nur eine Sachverständigkeit der Beamten vor. Immerhin hätte das Reichsamt des Innern schärfer vorgehen sollen. Wir wollen durch einstimmige Annahme

der Resolution dafür sorgen, daß solche Dinge in Zukunft vermieden werden. (Wavo!)

Abg. Reumann-Hof (Soz.): Jeder anständige Deutsche muß Empörung über diese Vorgänge empfinden. Solche Dinge werden wir hoffentlich nie wieder erleben. (Abg. Kopisch: Sehen Sie nach Hinterkommen!) Gerade die besondere Pflicht eines Wahlleiters ist es, für die Einhaltung des Gesetzes zu sorgen. Der Reichstag hätte in der Tat das Recht, noch jetzt Herrn v. Sah-Jaworski als den rechtmäßig gewählten Kandidaten zu proklamieren. Diese Frage wird bei der Prüfung der neuen Wahl zu erörtern sein. Der Regierung erwächst die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nur Leute zu Wahlkommissaren ernannt werden, bei denen solche Dinge ausgeschlossen sind. (Wavo! links.)

Vizepräsident Dr. Pansche: Nach dem amtlichen Stenogramm hat der Abg. Stadthagen vorher gesagt: So geht es einfach nicht weiter. Es ist notwendig, daß wir von der linken Seite einmal darauf hinweisen, es geht nicht so weiter, daß das Gesetz mit Füßen getreten wird. Es ist notwendig, daß gezielte Ordnung hier hineinkommt, daß diese Aufseher gegen die öffentliche Ordnung, daß diese Aufseher gegen das Strafgesetz sich dahinter verschließen, daß sie Beamte sind. Er wirkt also nicht speziellen Beamten Aufsehung gegen das Gesetz vor. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich halte meinen Ordnungsdrauf daher durchaus aufrecht.

Abg. v. Trampejnski (Vole): Es handelt sich hier einfach um eine von langer Hand vorbereitete Wahlmanöver. Herr v. Sah-Jaworski ist zweifellos im ersten Wahlgang gewählt, er wäre ohne die Massenfaszination von Stimmen auch in der Stichwahl gewählt; kurz, er ist zweimal gewählt, und das Ergebnis ist, daß Herr v. Halem hier sitzt. Warum hat denn im Schweser Straßensprock der Reichshandels die Auslage darüber verweigert — und zwar infolge Nichterteilung der Auslagegenehmigung durch den Landrat v. Halem —, was er mit den Wahlvorstehern verhandelt hat? Es wäre Anstandsspflicht des Herrn v. Halem gewesen, hier Aufklärung zu schaffen. Wäre die Neuwahl in Schwes nach unserer heutigen Debatte gewesen, der Landrat hätte niemals mehr als Kandidat auftreten können. Wir verlangen das Eingreifen der Staatsanwaltschaft. Freilich ist sie auch nicht eingeschritten, als mir seinerzeit 294 Stimmen abgemogelt wurden.

Damit schließt die Debatte.

Abg. v. Derben (Natl.) stellt in persönlicher Bemerkung gegenüber dem Vorredner fest, daß er bei der ersten Verhandlung der Schweser Affäre nur gesagt, er würde, wenn er unter solchen Umständen gewählt wäre, lieber nicht im Reichstag sitzen. (Hört! hört! links.)

Die Resolution der Kommission wird gegen die Reichs-

partei angenommen.

Es folgt die Beratung einer

### Denkschrift über die Reorganisation der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

Darin ist die Stärke des Postbeamtenheeres im Jahre 1910 auf 206.889 angegeben; es wird weiter über Löhne, Beförderung und Arbeitsleistung Auskunft erteilt.

### Abg. Ebert (Soz.):

Als der Reichstag seinerzeit die Denkschrift über eine Reorganisation des Beamtenkörpers bei der Reichspost wünschte, ging er zwar von der Voraussetzung aus, daß Arbeiten, die eine geringe Qualifikation verlangen, Beamten mit niedrigerem Gehalt übertragen werden, er hat aber dabei auch den Vorbehalt gemacht, daß die Interessen der vorhandenen Beamten bei der Regelung im vollen Maße gewahrt werden sollen. Die vorgelegte Denkschrift entspricht dem nicht. Eine Reorganisation der Personalverhältnisse bei der Post soll danach überhaupt nicht vorgenommen werden, weil die von 1900 sich bewährt habe. Ihr leitender Gedanke ist ausschließlich der finanzielle Effekt für die Reichspostverwaltung. Untere und mittlere Beamte, die gehofft hatten, daß bei dieser Personalordnung zum Teil das wieder gut gemacht werden könnte, was bei der Beförderungsdarstellung an ihnen gesündigt war, sind also durch die Denkschrift enttäuscht worden. Man hätte den Wünschen des Personals auf Verbesserung der so oft besprochenen schlechten Beförderungsverhältnisse Rechnung tragen müssen. Trotzdem hätte man noch erhebliche Ersparnisse machen können. Die Untere Beamten kommen auch in diesem Falle wieder in schlechteste weg. Bei den Personalreformen von 1900 und 1908 waren sie leer ausgegangen, weil man 1899 die sogenannten gehobenen Stellen für sie geschaffen hatte. Wir waren von vornherein gegen diese Reinerichtung und die Erfahrung hat uns recht gegeben. Das System bedeutet lediglich einen Vorteil für verhältnismäßig wenig Begünstigte. Die

### Unzufriedenheit in den Kreisen der Unterbeamten

über diese Einrichtung ist heute allgemein. Das Arbeitsgebiet der gehobenen Unterbeamten muß mehr erweitert werden. Jedem fähigen Beamten muß ermöglicht werden, sich empor zu arbeiten, die besonders Beschäftigten müssen freie Bahn erhalten, um sich auch über die Grenze ihrer Klasse bis zu den höchsten Stellen der Postkarriere eventuell emporzuarbeiten. Den Einwand der ungenügenden Vorbildung können wir nicht gelten lassen. Die englische Postverwaltung gibt jährlich 40.000 R. allein für Unterrichts-kurse ihrer Beamten aus. Bei uns geschieht derartiges überhaupt nicht. Die Tätigkeit der Geldbriefträger z. B. erfordert ein erhebliches Maß von Sorgfalt und Gewandtheit. Warum sollen solche Leute nicht auch in der Lage sein, Schalterdienste zu verrichten. Bei der Eisenbahn können Unterbeamte zum Telegraphendienst verwendet werden, warum nicht auch bei der Post. Wenn gehobene Unterbeamte mittlere Beamte vertreten können, müssen sie auch dauernd deren Stellen einnehmen können. (Sehr richtig!) Von 80.000 etatsmäßigen Unterbeamten sehen heute nur 17.000 in gehobenen Stellen. Hat ein Beamter die Prüfung abgelegt, so muß er jahrelang auf die Einstellung in eine etatsmäßige Stelle warten. Manchmal werden Beamte erst nach 20jähriger Dienstzeit zur Prüfung zugelassen. In solchem Alter fällt es ihnen natürlich schwer, sich in neue Dienstverhältnisse hineinzufinden. Man könnte fast auf die Vermutung kommen, daß hier ein System, eine gewisse Absicht vorliegt. Die Bezahlung der Unterbeamten ist heute geradezu jämmerlich. Gehobene Stellen werden nicht viel besser bezahlt, zumal die wenigsten ihr Endgehalt erreichen.

Die wesentlichste Erneuerung ist die Eröffnung der Postlaufbahn für Frauen. Wir fordern bei gleichen Leistungen gleiche Löhne für Mann und Frau. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), damit sie nicht zu Volkshüterinnen oder Konturistinnen werden. Nun aber beginnt man — namentlich bei den Postämtern III. Klasse — zahlreiche männliche Beamte durch Frauen zu ersetzen. Und wie das geschieht soll, das muß großes Aufsehen erregen. Man will alle nachgeordneten Beamten der Postämter III. Klasse unter Erspargung von 2,2 Millionen Mark durch Gehilfinnen mit 750 Mark Vergütung pro Jahr ersetzen. (Hört! hört! links.) Hier handelt es sich um eine unerhörte Lohnrückerei und Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte, wie sie selbst in privatkapitalistischen Betrieben kaum vorkommt. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten), da muß der Reichstag darauf dringen, daß wenigstens die elementarsten sozialen Pflichten nicht ganz vom Kapitalismus verschlungen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch das Los der mittleren Beamten ist nicht das Beste. Die feste Anstellung der Diätäre geht sehr langsam vor sich, die Assistentenstelle ist immer mehr die Endstation, es gibt doppelt soviel Anfangs- als Endstellen und Laufende vorläufig Angestellter warten auf das Definitivum.

Ersparungen, die man überall an den unteren Beamten machen will, können nun aber sehr wohl im höheren Dienst möglich sein. Man nimmt aber nur Rücksicht auf die Bedürfnisse des Reichspostamts, in keiner Weise ist von einer sozialen Fürsorge für die Beamten die Rede. Das ist um so verwirklichter, als die Reichspostverwaltung in dem diesjährigen Etat einen Ueberschuß von 113 Millionen Mark aufweist. Diese Ueberschusspolitik, die nur



aus der Steuerföhen der Besitzenden entspringt, haben wir stets auf das entschiedene bekämpft. Wir beantragen daher, die Denkschrift der Budgetkommission zu überweisen; dort muß ein Weg gefunden werden, wie man trotz der notwendigen Ersparnisse auch den sozialpolitischen Aufgaben gerecht wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf vertagt sich das Haus.  
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr pünktlich. (Kleine Anfragen, Fortsetzung der Beratung der Denkschrift, Konkurrenzklause, Jugendgerichte.) Schluß 6 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Reichstagswahl in Aussicht.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte am Donnerstag die Wahl des leiner Fraktion angehörigen, ehemals nationalliberalen Abg. Dr. Becker-Spremlingen, der in Alzen-Wingen gegen den freisinnigen Pfarrer Koresl gewählt ist, mit 9 gegen 5 Stimmen für ungültig. Tritt der Reichstag diesen Beschlüsse bei, so wird in Alzen-Wingen eine Nachwahl stattfinden haben. Bei der Hauptwahl im Jahre 1912 entfielen Stimmen auf Dr. Becker (natl.) 10848, auf Koresl (Sp.) 9372, auf Uebelung (Soz.) 2315.

Dann prüfte die Kommission die Wahl des Konservativen Abg. Siebenbürger, der im Wahlkreis Raugard-Regenwalde im ersten Wahlgang mit 12111 Stimmen gewählt wurde. Auf den nationalliberalen Kandidaten entfielen 4733, auf den Sozialdemokraten 1777 Stimmen. Von nationalliberaler Seite wurde Protest erhoben, weil die Wahl nach konservativer Manier gemacht worden ist. Als Wahlurnen dienten Pappschachteln, Suppenkühfeln und Zigarrenkisten. Die Wahlzelle bestand in einem Hölle aus einem Lattenverschlag, durch den man jeden Wähler beobachten konnte; in einem anderen Hölle hatte man einen Bettschirm verwendet; oben an der Decke war ein Spiegel angebracht. Freiber ist in Mengen gesendet worden. — Die Prüfung der Wahl wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

## Aus der Partei.

### Von der Parteipresse.

Die Thüringer Parteipresse hat mit Neujahr einige Änderungen erfahren. Es erscheinen jetzt im Agitationsbezirk Thüringen, dem 12 Reichstagswahlkreise der thüringischen Kleinstaaten angehören, 10 Parteizeitungen. Mit Neujahr sind hinzugekommen als neue Unternehmungen die „Eisenacher Volkszeitung“ und die „Vollzeitung für Schwarzburg-Sondershausen“. Erstere ist ein Kopfbblatt (mit selbständiger Lokalredaktion in Eisenach) der als weimarisches Landesorgan erscheinenden „Weimarischen Volkszeitung“, die jetzt in Jena in eigener Druckerei her-

gestellt wird. Bisher wurde sie im Ceraer Büchergeschäft der Leipziger Parteidrucker gedruckt. Letztere erscheint im Verlage der Parteileitung des Sondershäuser Wahlkreises und wird in der Erfurter Parteidrucker hergestellt. Dafür ist die als Kopfbblatt der „Tribüne“ erscheinende „Thüringen“, die früher für den 1. und 2. weimarischen und für den Sondershäuser Reichstagswahlkreis erschien, eingegangen.

Genosse Keil sendet uns eine Erklärung, in der er betont, daß selbstverständlich keine Rede davon sein könne, daß er der „Vorwärts“-Redaktion zumutet, zu seinen Gunsten Bestmeyer als württembergischen Korrespondenten abzugeben. Um nicht in den Verdacht zu kommen, als habe er die von Bestmeyer verfaßten Notizen über landespolitische Fragen für den „Vorwärts“ geschrieben, habe er seinem Freundeskreise mitgeteilt, daß der „Vorwärts“ auf seine Berichterstattung über württembergische Angelegenheiten verzichtet habe.

### Die sozialdemokratische Dumafraktion und die Presse.

Eine der wichtigsten Erregungssachen des verflossenen Jahres in Rußland bildet es, daß die Sozialdemokratie in der Tagespresse seinen Fuß gefast hat. Unter unglücklichen Mühen und Opfern haben die Petersburger Arbeiter es erreicht, daß an Stelle der früheren Monats- und Wochenzeitschriften, die bald unter dem einen oder dem anderen Namen erschienen, gegenwärtig zwei sozialdemokratische Tageszeitungen: „Pravda“ (Wahrheit) und „Luzsch“ (Zackel) in Petersburg erscheinen. Diese Blätter tragen aber keineswegs einen lokalen Charakter, sondern werden in Tausenden von Exemplaren in ganzen Reiche vertrieben.

Das einzig Anerkennliche bei dieser Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterpresse in Rußland ist, daß die Kräfte und Mittel für zwei Organe aufgewendet werden müssen, von denen das eine („Pravda“) die sogenannte „Bolschewistische“ und das andere („Luzsch“) vorwiegend die „Menschewistische“ Richtung vertritt. Mag die Gründung zweier besonderer Blätter angesichts des Nichtungslampes in der russischen Sozialdemokratie historisch berechtigt und erklärlich sein, so führt sie in der Praxis doch zu einer Verzettelung der Kräfte und zu manchen anderen Schwierigkeiten.

Die negativen Seiten dieses Zustandes haben die sozialdemokratische Dumafraktion, die, obgleich aus den Vertretern verschiedener Richtungen bestehend, die Einheit der Sozialdemokratie Rußlands vertritt, gleich nach ihrer Konstituierung veranlaßt, einen Weg zur gegenseitigen Verständigung anzubahnen. In ihrer Sitzung vom 28. Dezember hat die Fraktion folgenden Beschluß angenommen: „Mit Rücksicht darauf, daß die Einheit der Sozialdemokratie dringend notwendig ist, spricht die sozialdemokratische Fraktion der vierten Duma, als einzige Körperschaft, den dringenden Wunsch aus, daß an Stelle der beiden bestehenden Organe der Arbeiterpresse ein Organ ins Leben gerufen werde. Von diesem dringenden Wunsche der Einheit der Sozialdemokratie und der Vereinigung beider bestehenden Organe der Arbeiterpresse in ein für die Arbeiterklasse maßgebendes Organ ausgehend, macht die

sozialdemokratische Fraktion, als einem der erfindlichen und der Fraktion zugänglichen Mittel, ihren Mitgliedern den Vorschlag, sowohl der „Pravda“ wie dem „Luzsch“ als Mitarbeiter ihre Unter-  
schriften zu geben.“ Fast sämtliche Mitglieder der Fraktion haben dieser Aufforderung bereits Folge geleistet. Von den beiden genannten Blättern hat sich die „Pravda“ zunächst noch nicht äußert. Die Redaktion des „Luzsch“ aber schreibt, sie wisse zwar wohl, daß es auf dem Wege zur Einigung noch viele Hindernisse zu überwinden gebe, sie begrüße aber die prinzipielle Erklärung der Fraktion als ein Zeichen, daß die Meinungsverschiedenheiten die gemeinsame praktische Arbeit nicht hindern können und sollen, und daß eine solche gemeinsame Arbeit auch in einem gemeinsamen Blatte möglich wäre.

Die „Donau-Wacht“ ergeht sich erneut in Stillübungen gegen den „Vorwärts“, die nur beweisen, daß sie unsere Notiz „Der Oberzensor in Ulm“ entweder nicht verstanden hat oder nicht verstehen will. Wir glauben, auch im eigensten Interesse der „Donau-Wacht“ selbst, am besten zu tun, wenn wir unsere Leser mit dem Gerede des Blattes nicht weiter beunruhigen.

Ein Sozialdemokrat als erster Stadtverordnetenvorsitzer. In der Stadtverordnetenversammlung zu Satzgerode wurde der Genosse Liebe zum Stadtverordnetenvorsitzer gewählt.

Die Stadtverordneten von Dessau wählten den Genossen Deiß zum stellvertretenden Vorsitzer.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Rathenow wurde das zur Wahl stehende Mandat von unserem Genossen Friesede behauptet. Der Wahlkampf wurde mit noch nicht dagewesener Festigkeit geführt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Aus den Gefilden Schlesiens.

Die Parteiorganisation und die Parteipresse im niederschlesischen Bergarbeiterkreis Waldenburg hat im verflossenen Jahre an gerichtlichen Strafen 4 Monate 7 Wochen Gefängnis und 1460 M. Geldstrafe zu verzeichnen. Von diesen Strafen entfallen auf das seit fünfviertel Jahr bestehende Parteiorgan, die „Schlesische Bergwacht“, 3 Monate Gefängnis und 1085 M. Geldstrafe.

Marktpreise von Berlin am 8. Januar 1913, nach Ermittlungen des Königl. Vorkaufbüros. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,78 bis 19,80, mittel 19,74—19,76, geringe 19,70—19,72. Roggen, gute Sorte 17,36—17,38, mittel 17,18—17,22, geringe 17,10—17,14 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,40—18,00, mittel 16,70—17,30, geringe 16,00—16,60. Hafer, gute Sorte 18,80—20,30, mittel 17,90—18,70 (jezt Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldeböhen, weiße, 36,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbdl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karpen 1,40—2,40. Halm 1,60—3,20. Sandbar 1,40—3,60. Dachte 1,60—2,60. Barische 1,00—2,40. Schlei 1,60—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Kredit 3,25—24,00.

„... Ich hoffe mich durch das öfentliche Überprüfen von unkonventionellen Dingen nicht kömpfen, sondern von Lösungen immer noch profitieren zu können.“  
Ihrer mich wird hoffentlich pfunden...“

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| <p><b>Todes-Anzeigen</b></p> <p><b>Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 1. Berl. Reichstagswahlkreis.</b><br/>Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Genosse <b>Karl Haase</b> am 8. Januar plötzlich verstorben ist.<br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.<br/>Um rege Beteiligung bittet<br/>204/1<br/>Der Vorstand.</p>  | <p><b>Arbeiter-Wanderverein Berlin</b><br/>Verein zur Förderung des Wandersports unter den organisierten Parteigenossen Groß-Berlins.</p> <p>Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, den Mitgliedern mitzuteilen, dass unser lieber Wandergenosse <b>Karl Haase</b> 1/1 am 8. Januar durch den Tod aus unseren Reihen geschieden ist. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen lieben Kameraden, einen eifrigen Förderer unseres Vereins. Durch seinen geraden Charakter hat er es verstanden, sich die Liebe und Achtung sämtlicher Mitglieder zu erwerben und werden wir ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.</p> <p><b>Der Vorstand.</b><br/>Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt und bitten wir unsere Mitglieder, unserem Genossen das letzte Geleit zu geben.</p> | <p><b>Todes-Anzeige.</b><br/>Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Onkel und Schwager, der Bäcker <b>Hugo Nitzschke sen.</b> am 8. Januar (am) entschlafen ist.<br/>Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 1/4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.<br/>Um stille Beileid bittet<br/>Im Namen der Hinterbliebenen:<br/><b>Hugo Nitzschke jr.</b></p> | <p><b>Zentralverband der Bäcker und Konditoren.</b><br/>Hierdurch unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 8. d. Mts. unser langjähriges Mitglied, der Bäcker <b>Hugo Nitzschke</b> im Alter von 73 Jahren verstorben ist.<br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>Die Beerdigung findet Sonntag, den 11. d. Mts. nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.<br/>Rege Beteiligung erwartet<br/>10/1<br/>Die Verwaltung.</p>   | <p><b>Turnverein „Fichte“.</b><br/>Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Turngenosse <b>Ludwig Krolewski</b> (Mitglied der 1. Männerabtl.) am Mittwoch, den 8. Januar, nach langer Krankheit verstorben ist. 16 Jahre war er ein treues Mitglied des Vereins.<br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle der Freiwilligen Gemeinde, Pappelallee 15/17, aus statt.<br/>Rege Beteiligung erwartet<br/>186/1<br/>Der Vorstand.</p>                                 |  |
| <p><b>Verband der Schneider u. Schneiderinnen.</b><br/>Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege <b>Karl Haase</b> am 8. Januar im Alter von 49 Jahren verstorben ist.<br/>Der Verstorbene war eines der ältesten Mitglieder der Berliner Filiale und hat an der Förderung derselben stets regen Anteil genommen. Er gehörte in früheren Jahren wiederholt abwechselnd der Ortsverwaltung oder der Kommission an, bis er bei der Übertragung des Hauptverbandes nach Berlin von der Berliner Mitgliedschaft in den Vorstand gewählt wurde. Wiederholt hat die Berliner Mitgliedschaft den Verstorbenen zu den Verbandstagen delegiert.<br/>Alle, die ihn kannten, haben seinen aufrichtigen und ehrlichen Charakter zu schätzen gelernt.<br/>Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.<br/>Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.<br/>162/8<br/>Die Ortsverwaltung.</p> | <p><b>Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis Petersburger Viertel. Bez. 553 II.</b><br/>Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schriftfeger <b>Artur Krüger</b> gestorben ist.<br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Jan., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Archhofes, Landsberger Allee, aus statt.<br/>Der Vorstand.</p>  | <p><b>Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.</b><br/>Am Dienstag verstarb unser Genosse, der Schriftfeger <b>Karl Kleinfeldt</b> Streifher Str. 7, Bezirk 608.<br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des alten Sophien-Archhofes, Eingang Bergstraße, aus statt.<br/>Um rege Beteiligung ersucht<br/>224/7<br/>Der Vorstand.</p>                          | <p><b>Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.</b><br/>Am 8. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Bäcker <b>Hugo Nitzschke sen.</b> Kastanienallee 21, Bezirk 599.<br/><b>Ehre seinem Andenken.</b><br/>Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des südlichen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.<br/>Um rege Beteiligung ersucht<br/>224/8<br/>Der Vorstand.</p>  | <p><b>Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscheherren Deutschlands.</b><br/><b>Filiale Berlin III.</b><br/>Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, die Näherin Kollegin <b>Martha Kramer</b> Alma Gebr. Vorkardt am 8. Januar im Alter von 16 Jahren verstorben ist.<br/><b>Ehre ihrem Andenken!</b><br/>Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Jan., nachmittags 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.<br/>Um rege Beteiligung ersucht<br/>Die Ortsverwaltung.</p> | <p><b>Deutscher Metallarbeiter-Verband</b><br/>Verwaltungsstelle Berlin.<br/><b>Nachruf.</b><br/>Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner <b>Willi Balla</b> gestorben ist.<br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>110/10<br/>Die Ortsverwaltung.</p>  |
| <p><b>Verband der Buch- und Stein-druckerei- Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.</b><br/>Ortsverwaltung Berlin.<br/>Am Dienstag, den 7. Januar, verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied <b>Ernst Retzlaff.</b><br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 2/3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshain aus auf dem Bartholomäus-Archhof in Weichen-see, Falkenberger Straße, statt.<br/>Die Ortsverwaltung.</p>  | <p><b>Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.</b><br/><b>Nachruf.</b><br/>Am 6. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Werkzeugmacher <b>Hermann Kupfer</b> Nagareichstr. 11.<br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>Die Beerdigung fand am 9. Januar in Döbels (Königreich Sachsen) statt.<br/>224/6<br/>Der Vorstand.</p>   | <p><b>Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.</b><br/><b>Nachruf.</b><br/>Am 6. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Werkzeugmacher <b>Hermann Kupfer</b> Nagareichstr. 11.<br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>Die Beerdigung fand am 9. Januar in Döbels (Königreich Sachsen) statt.<br/>224/6<br/>Der Vorstand.</p>   | <p>Nach kurzem Krankenlager verstarb am 8. d. Mts. unser langjähriges Vorstandsmitglied, Herr <b>Hugo Nitzschke.</b><br/>Wir betrauern in dem Dahingegangenen einen in jeder Hinsicht humanen Herrn.<br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>Die Beamten der Orts-Krankenkasse für das Bäder- und Konditor-Gewerbe.<br/>Sage allen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Alma Kar Haase, den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, und den Mitgliedern des Hauses Wiesenstr. 31 herzlichsten Dank für die innige Teilnahme.<br/><b>Wwe. Reißner</b><br/>nebst Kindern. 727</p> | <p><b>Deutscher Holzarbeiter-Verband.</b><br/>Zahlstelle Berlin.<br/>Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler <b>Adolf Schulz</b> Treptow, Darger Str. 118, im Alter von 51 Jahren gestorben ist.<br/><b>Ehre seinem Andenken!</b><br/>Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 10. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, auf dem Reuen Kreuzbier Gemeindefriedhof in der Kiehlstraße statt.<br/>Um rege Beteiligung ersucht<br/>77/10<br/>Die Ortsverwaltung.</p>   | <p><b>Dankfagung.</b><br/>Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Bekannten, besonders der Löwen-Druckerei Abteilung 2, dem feinsten Wahlkreis und dem Verbande meinen besten Dank.<br/><b>Wwe. Döhling</b><br/>nebst Kindern. 727</p> <p><b>Dankfagung.</b><br/>Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters<br/><b>Paul Hartmann</b><br/>sage ich hiermit allen Beteiligten meinen aufrichtigen Dank.<br/>224<br/>Fran Helene Hartmann.</p> |







Stadtverordneten-Versammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Januar 1913, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige erste Sitzung der Vertretung der Berliner Bürgerschaft im neuen Jahre hat nach dreiwöchentlicher Pause eine ungewöhnlich umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen. Zunächst ist die Rekonstitution der Versammlung für das Jahr 1913 zu vollziehen.

Vorsicher Mischelet eröffnet die Sitzung mit einem freundlichen Neujahrsgruß an die Kollegen und mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, in das die Versammelten lebhaft einstimmen. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion betreten erst nach dem Kaiserhoch den Sitzungssaal.

Hierauf gibt der Vorsicher den Vorsitz an seinen Stellvertreter Cassel ab.

Stadtv. Brade (R. L.) spricht als Senior der Versammlung dem abtretenden Bureau, insbesondere aber dem trotz seiner 78 Jahre noch so jugendlich frischen Vorsicher Mischelet den Dank für die Geschäftsführung im verflochtenen Jahre aus.

Vorsicher-Stellvertreter Cassel erwidert namens des bisherigen Vorstandes.

Hierauf spricht die Versammlung zur

Wahl des Vorsitzers.

Die Wahl erfolgt durch Namensaufruf und Stimmzettel. Das Ergebnis ist die Wiederwahl des Vorsitzers Mischelet mit 97 von 106 Stimmen; unglücklich sind 6, zersplittert 3 Stimmen.

Stadtv. Mischelet (den Vorsitz übernehmend): Sie haben mir von neuem die Ehre erwiesen, mich zu Ihrem Vorsicher zu wählen. Ich werde mich möglichst bemühen, mich dieser Ehre würdig zu zeigen. Im Vertrauen auf Ihre Nachsicht und Unterstützung nehme ich das Amt an. (Beifall.)

Wahl des Vorsicher-Stellvertreters.

Stadtv. Bruns (Soz.): Im Auftrage meiner Freunde schlage ich den Kollegen Heiman vor. Ich darf auch in diesem Jahre bei dieser Gelegenheit wiederholen, daß sich dieser Vorschlag nicht gegen die Geschäftsführung und gegen die Person des Stadtv. Cassel richtet; ich darf im Gegenteil aussprechen, daß wir mit seiner Geschäftsführung durchaus zufrieden sind. Ich wiederhole aber auch, daß meine Freunde den parlamentarischen Anspruch erheben zu müssen glauben, daß wir die zweite Stelle im Vorstand einnehmen.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Auch wir sind mit der Geschäftsführung des Kollegen Cassel durchaus zufrieden und schlagen ihn deshalb zur Wiederwahl vor.

Stadtv. Cassel wird mit 87 Stimmen wiedergewählt; 81 Stimmen erhält Stadtv. Heiman (Soz.); 2 Jettel sind weiß.

Stadtv. Cassel nimmt mit Dank die Wahl an.

Durch Zufall wählt die Versammlung die bisherigen Beisitzer Gerike (Fr. Fr.), Liebenow (R. L.), Frid (R. L.) und Bruns (Soz.), sowie die Vorsicher-Stellvertreter Alt (R. L.), Brade (R. L.), Schulze (R. L.), Pfannkuch (Soz.) einstimmig wieder.

Nach Abschluß der Vorstandswahl erfolgt die feierliche Einführung und Verpflichtung des neuen besoldeten Stadtrats. Dasselbe durch den Oberbürgermeister Bernuth. Das neue Magistratsmitglied wird darauf auch vom Stadtv. Bruns, dem Vorsicher mit warmen Worten willkommen geheißen.

Für die ordentlichen Sitzungen wird auch für dieses Jahr der Donnerstag bestimmt; ebenso Beginn wie bisher um 5 Uhr. Die bestehenden ständigen Ausschüsse werden bekräftigt, ebenso die 1912 eingesetzten Ausschüsse und gemischten Deputationen, die ihren Auftrag noch nicht erledigt haben.

Dem Verein „Neue Freie Volksbühne“ will der Magistrat zur Förderung der Errichtung des geplanten eigenen Theatergebäudes am Bülowplatz im ehemaligen Scheunenviertel eine Hypothek von 2 Millionen Mark gewähren.

Stadtv. Labowitz (R. L.): Wir haben diese Vorlage mit großer Freude begrüßt und sind dem Magistrat sehr dankbar, daß er durch Gewährung von städtischen Mitteln die Ausführung des Gedankens eines eigenen Gebäudes für die so verdienstlich wirkende „Neue Freie Volksbühne“ fördert, so daß diese nicht mehr auf die Gönnerschaft anderer Theater angewiesen ist. Ein Risiko läuft die Stadt, soweit ich die Situation übersehe, nicht. Weniger gefällt mir der gleichzeitige Vorschlag einer weiteren Frühlingsgewährung an die Herren, die uns seinerseits das Scheunenviertel abgekauft haben. Wird ein Ausschuh beschloffen, so wird ja diese Frage noch näher geprüft werden.

Stadtv. Dohrenfurth (Fr. Fr.): Wir sind in diesem Spezialfall für die Gewährung einer städtischen Hypothek, halten aber die Vorlage in einigen Punkten noch der Klärung für bedürftig und beantragen Ausschuhberatung.

Stadtv. Cassel: Wir haben die Sache in der Fraktion noch nicht beraten können. Wir haben wie der Vorredner Interesse an der Beschleunigung der Bebauung des Scheunenviertels. Ueber Einzelheiten der Vorlage bestehen aber unabweisbar große Meinungsverschiedenheiten, wir sind deshalb für Ausschuhberatung.

Stadtv. Burm (Soz.): Auch wir begrüßen die Vorlage als ersten Schritt auf einem neuen Wege. Aber gerade weil dieser Schritt etwas zu zögernd vorgenommen wird und zu unsicher ist, haben wir unsererseits auch Ausschuhberatung gewünscht. Mein vom Standpunkt des Grundstücksbesizers läßt sich die Frage nicht beurteilen. Beweis haben wir darauf zu achten, daß das Terrain auch praktisch aufgeschlossen wird; wir halten auch ein Theater dafelbst für eine ganz nützliche Sache, wenn wir uns auch einen großen Einfluß auf die Bebauung usw. davon nicht versprechen. Uns interessiert in erster Linie der Umstand, daß die Stadt sich bereit erklärt, einem Kunstsinstitut entgegenzukommen. Es wird hier aber nur ein Schritt getan. Mehrere Berliner Vororte haben längst eigene Stadttheater, von den Provinzhauptstädten ganz abgesehen; da muß doch auch die Frage erwogen werden: warum sollen wir nicht in Berlin ein eigenes Theater haben? Wenn Berlin nicht selbst ein Kunstsinstitut übernehmen will, ließe sich denn nicht wenigstens ein städtisches Gebäude errichten, das den Bühnen zur Verfügung gestellt würde? Es ließe sich dabei auch das Bedürfnis nach einem großen Konzertsaal erwägen. Die „Neue Freie Volksbühne“ und auch die „Freie Volksbühne“ nehmen die künstlerischen Interessen der ärmeren Klassen, des kleinen Mannes, wahr; da wäre die Frage der Bewilligung einer städtischen Subvention zu erwägen. Von einer Rentabilitätsberechnung im einzelnen ist uns bisher auch nichts vorgelegt worden. Was finge die Stadt mit dem Theater selbst an, wenn die Rinsen nicht mehr gezahlt würden? Die Prüfung in einem Ausschuh kann erfolgen, ohne daß die Sache selbst dadurch verschleppt wird.

Stadtv. Cassel: In der Vorlage handelt es sich in keiner Weise um Uebernahme von Theatern oder um Subventionierung, sondern bloß um ein Darlehen. Handelte es sich um etwas anderes, so würden meine Freunde dagegen sein. (Zustimmung.) Der baldige Annahme der Vorlage wünscht, wäre gut, solche weiteren Pläne nicht damit in Verbindung zu bringen.

Stadtv. Mommsen: Herr Burm hat der Vorlage mit seiner Rede einen arg schlechten Dienst geleistet. Uns bedrogen nur die Vertragsänderungen mit den Eigentümern des Scheunenviertels zu dem Antrag auf Ausschuhberatung. Ueber eigene städtische Theater, Konzertsäle usw. sind hier die verschiedensten Meinungen vertreten. Damit darf man den Ausschuh nicht bedrängen. Die Vorlage geht an einen Ausschuh.

Den Magistratsantrag, dem Frauenverein gegen den Alkoholismus die Aufstellung einer Erfrischungshalle vor dem Bahnhof Friedrichstraße auf der Schlingel in der Georgenstraße widerständig zu gestalten, hat der eingesetzte Ausschuh mit 8 gegen 5 Stimmen abzulehnen empfohlen. Den Bericht über die Ausschuhberatung erstattet Stadtv. Heiman (R. L.).

Stadtv. Berndt: Es handelt sich hier um ein gemeinnütziges Unternehmen zur Bohnheit der Bevölkerung. Solche Bestrebungen verdienen tatkräftige Förderung. Die Stadt hat dem gleichen Verein bereits 1910 einen Raum auf dem Spreewaldplatz zur Verfügung gestellt. Die Rechenschaftsberichte des Vereins sind durchaus einwandfrei. Die Bedenken der Ausschuhmehrheit gegen den vorgeschlagenen Platz werden vom Magistrat nicht geteilt, auch nicht in offshetlicher Beziehung. Der Zeitpunkt, wo das Hauschen wieder entfernt werden muß, weil der Bahnhof erweitert wird, liegt noch sehr fern.

Stadtv. Dr. Anauer (R. L.) tritt namens der Mehrheit seiner Fraktion für die Genehmigung ein. Von einer Verjauchung der Gegend durch das Hauschen könne nicht die Rede sein. Für eine Erfrischungshalle dieser Art sei gerade an der geplanten Stelle ein sehr starkes Bedürfnis.

Stadtv. Wengels (Soz.): Trotz der schönen Rede des Magistratsvertreters erlaube ich Sie um Ablehnung der Vorlage. Ich habe Ihnen vor längerer Zeit auseinandergesetzt, wie die Gesellschaft mit ihren Angeestellten verfährt. (Aufse: Na!) Ja, das scheint Sie nicht zu interessieren. Aus den Berichten, die wir bekommen haben, war zu ersehen, daß die Angestellten sehr geringe Gehälter bekommen; über die Arbeitszeit steht nichts darin. Ich habe die Verhältnisse persönlich untersucht; die Angestellten bekommen 70 M. monatlich mit Abzügen und haben Arbeitszeit bis zu 10 1/2 Stunden täglich. Wenn in den Berichten gesagt wird, es gebe Gehälter bis zu 120 und 130 M., so haben diese Sätze nur einzelne von mehreren hundert Angestellten. Wenn eine Gesellschaft, die in Wohlthat macht, ihren Arbeitern so erbärmliche Löhne mit solcher langen Arbeitszeit gibt, dann sind auch Sie verpflichtet, unter diesen Umständen auf einen Wandel hinzuwirken. Der Kampf gegen den Alkohol, den wir ja alle wollen, zwingt die andere Seite zu großen Opfern. Die kleinen Gast- und Schankwirte müssen darunter leiden; ein großer Teil von diesen kann nicht einmal mehr zurecht zahlen. (Wachsende Unruhe in der Mehrheit.) Soweit darf es nicht gehen, daß man auf der einen Seite Wohlthatigkeit übt und andererseits die Angestellten der größten Ausbeutung überläßt. Wir wollen nicht, daß in Berlin sozialistische Zustände eingeführt werden von einer Gesellschaft, die sich als Wohlthatigkeitsgesellschaft gibt. Unsere Wünsche sind doch nicht unerfüllbar; wir sind im Gegenteil sehr bescheiden, wie immer. (Heiterkeit.) Ist die Gesellschaft schlicht gestellt, so mag sie um eine höhere Subvention bei uns eintommen.

Stadtv. Georoldt (Fr. Fr.) ist über die Stellungnahme des Vorredners erstaunt. Mit einer Subvention könne der Verein nichts anfangen; er müsse für seine Ziele Propaganda machen, und das könne er nur an Mittelpunkten des Verkehrs. Der Platz an der Georgenstraße sei auch gar kein Schandplatz. Die Freie Fraktion würde für die Vorlage stimmen.

Stadtv. Jubeil (Soz.): Es ist das Bestreben der Stadtverwaltung wie der Stadtdeputation seit Jahren, alle kleinen Plätze so weit irgend möglich mit Baum- und Schmuckanlagen zu versehen. Gäßchen wie das hier beantragte, tragen zur Verschönerung solcher Anlagen wahrhaftig nicht bei. Was Wengels über die Arbeitszeit und Entlohnung der Angestellten des Vereins mitgeteilt hat, entspricht Wort für Wort strikte der Wahrheit. Die Angestellte auf dem Spreewaldplatz hat den Tag über kaum zehn Minuten zum Ausruhen. Von den 120-130 M. muß sich die Angestellte ihre Dienstkräfte halten und bezahlen. Wir können doch nicht kulturelle Bestrebungen unterstützen, die durch solche Ausbeutung wieder zu nichte gemacht werden. Nur wenn der Magistrat eine Untersuchung der Arbeits- und Wohnverhältnisse zuläßt und die Subvention eventl. zu erhöhen bereit ist, so würden wir für die Vorlage stimmen können.

Stadtv. Sonnenfeld (R. L.): Die nach der Meinung einzelner unzulängliche Anzahl der Gesellschaft kann doch kein Grund für die Ablehnung sein. Wie soll sich der Magistrat zur Kontrollinstanz einer solchen Unternehmung aufwerfen? Eventl. hat ja die Polizei schon das Recht des Eingreifens. An der Lage der Angestellten wird doch durch die Ablehnung der Vorlage nichts geändert.

Stadtv. Jubeil: Wir halten dafür, daß in diesem Falle die Kultur der Aufzuehrung der Arbeiterverhältnisse gleichen Schritt halten muß mit der Kultur der Bekämpfung des Alkohols.

Stadtv. Mommsen: Wenn wir bei jeder noch so kleinen Vorlage alle diese Fragen aufwerfen, können wir die städtischen Geschäfte überhaupt nicht führen.

Der Ausschuhantrag wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Das aus Anlaß des Baues des Orhafens nötig gewordene Abkommen mit der Stadtgemeinde Berlin-Lichtenberg hat mit einigen mehr reaktionellen Modifikationen die Zustimmung des niedergesetzten Sonderausschusses gefunden, für den Stadtv. Dahn (R. L.) referiert.

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion nach den Ausschuhträgen.

Auf dem von der Stadt angekauften Teile des Exerzierplatzes an der Schönhauser Allee sollen Spielplätze angelegt werden. Der Magistrat sucht dazu die extracurriculäre Bewilligung von 300 000 M. nach, wovon 120 000 M. in den Etat für 1913, 80 000 M. in den für 1914 eingestellt werden sollen.

Die Versammlung stimmt zu.

Der Vierte Internationale Kongreß für Physiotherapie tagt vom 28. bis 30. März d. J. im Reichstagsgebäude. Er wird circa 1000 Teilnehmer zählen. In den Festräumen des Rathauses soll ihm ein Empfang dargeboten und dafür ein Betrag von 8000 M. bereitgestellt werden. Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Zwei weitere Anträge Arons (Soz.) sind darauf gerichtet:

1. den Magistrat zu ersuchen, den Mitgliedern der Versammlung einen Ausweis über ihre amtliche Eigenschaft zur Benutzung bei Recherchen u. dgl. auszustellen;

2. den Magistrat zu ersuchen, den Mitgliedern der Versammlung und des Magistrats freie Fahrt auf allen Linien der städtischen Straßenbahnen zu gewähren.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Wir müssen unserer Verwunderung Ausdruck geben, daß ein solcher Antrag wie der erste noch notwendig ist. Wir haben keine Ausweise für die Armenverwaltung und für die Grundigentumsdeputation, auch nicht für die Stadtverordneten als Personen. Sehr oft kann man dadurch in die eigentümlichsten Situationen kommen, namentlich bei Recherchen; die Alten sind da meistens ein geeigneter Ausweis. Charlottenburg und andere Städte haben diesen Ausweis längst. In einer Stadt wie Berlin kann der Stadtverordnete nicht einmal in seinem Bezirk bekannt sein, denn die Einwohner wechseln so oft. Unsere Magistratsmitglieder besitzen, jodelt ich weiß, eine solche Karte auch noch nicht; es wäre ein Aufwachen, wenn für beide zugleich ein solcher Ausweis geliefert wird.

Vorsicher Mischelet zeigt den Ausweis, wie er in Charlottenburg ausgefertigt wird, der Versammlung vor und erklärt seine Bereitwilligkeit, die Sache eventuell ebenso zu handhaben.

Stadtv. Galland (R. L.): Quader Jahre ist es ohne solche Karte gegangen. (Heiterkeit.) Aber an und für sich habe ich ja nichts dagegen. Herr Hoffmann wirkt zweierlei durcheinander; als Mitglied einer Deputation ist man Magistratsbeamter. Das Recht

der Kontrolle steht auch nicht dem einzelnen Stadtverordneten, sondern der Versammlung als solcher zu. Recherchen kann man nicht auf Grund einer solchen Karte, sondern bloß kraft Auftrags der Versammlung vornehmen. Wir brauchen aber den Magistrat nicht zu behelligen, wir brauchen sie uns nur vom Vorsicher ausstellen zu lassen; das beantrage ich hiermit.

Stadtv. Hoffmann: Nach der Erklärung des Vorsichers können wir ja damit auch zufrieden sein. Herr Galland meinte, hundert Jahre sei es so gegangen; aber Herr Galland, es ist ja auch beinahe hundert Jahre ohne Sie als Stadtverordneter gegangen! (Stürmische Heiterkeit.)

Stadtv. Galland: Einen wirklichen, tatsächlich berechtigten Kern hat das Verlangen nach einer Legitimationskarte nicht.

Stadtv. Gwald (Soz.) führt einen Fall an, wo er als Mitglied der Grundigentumsdeputation und in seiner Eigenschaft als Kurator eines städtischen Gebäudes bei einem Arbeiter ganz erheblich angeklagt sei, weil er eine solche Legitimation nicht hatte.

Vorsicher Mischelet erklärt nunmehr offiziell, den Mitgliedern eine solche Legitimation ausstellen zu wollen.

Der Antrag wird darauf zurückgezogen.

Den zweiten Antrag begründet ebenfalls

Stadtv. Hoffmann: Eine ganze Reihe Städte haben bereits die Einrichtung, die wir hier für uns und für die Magistratsmitglieder wünschen. Der Stadtverordnete im Dienste einer Großstadt hat ohnehin viel Zeitverlust und viel Geldopfer zu bringen. Die eben beschlossene Legitimationskarte könnte einfach auch für die Straßenbahnen in Geltung gesetzt werden.

Stadtv. Dr. Preuß: Die Verkehrsdeputation wird sich mit der Frage schon in ihrer nächsten Sitzung beschäftigen. Neuerdings soll nun aber der Düsseldorf'er Bezirksauschuh auf Grund des Kleinbahngesetzes und der Städteordnung die Erteilung solcher Freikarten als unzulässig erklärt haben. Auf Erkundigung habe ich erfahren, daß dies betrefis der Stadt Mülheim tatsächlich geschehen ist. Dann würde erst eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts abzuwarten sein. Die Beschlußfassung über den Antrag wäre daher wohl zunächst zu verlagen.

Stadtv. Cassel tritt der letzteren Anregung bei, gibt aber seiner durchaus abweichenden Rechtsauffassung Ausdruck, daß in der Gewährung von Freikarten eine Befolgung der Stadtverordneten absolut nicht zu erblicken sei.

Stadtv. Labowitz spricht sich in demselben Sinne aus.

Stadtv. Mommsen: Meine Freunde stehen fast einstimmig auf dem Standpunkt, daß es nicht gerechtfertigt ist, den Stadtverordneten Freikarten zu gewähren. Unsere Abkommens auf der „Großen Berliner Straßenbahn“ dienen ausschließlich dem Verkehr zwischen der Wohnung und dem Arbeitsplatz des Reisenden in der Gemeinde.

Stadtv. Hoffmann: Man kann hier doch nicht von Willkürlichkeit, nicht von der Verschaffung eines Vorteils reden. Da müssen wir ganz einschließen protestieren. Wir müssen, wenn wir unseren Arbeitern gerecht werden wollen, fast täglich in der ganzen Stadt herumtauschieren. Eher noch könnte gegen die Karte für die „Große“, als gegen die Karte für die städtischen Bahnen, die doch eine städtische Einrichtung sind, Einwendungen erhoben werden. Den Standpunkt des Herrn Mommsen weisen wir so lange zurück, bis jeder von uns ein eigenes Auto hat. (Heiterkeit.)

Stadtv. Cassel: Von der Befriedigung privater Bedürfnisse ist hier tatsächlich keine Rede. Ob die Kosten groß oder klein sind, die erlegt werden sollen, darauf kann es nicht ankommen. Wir treten doch auch dafür ein, daß den Abgeordneten freie Fahrt auf Eisenbahnen gewährt wird. Die überwiegende Mehrheit meiner Fraktion ist für die Annahme des Antrages gewesen. Jetzt muß natürlich dem Verlangen nach Zustimmung gegeben werden.

Es wird so beschloffen.

An die Kirchengemeinde Rosenthal soll eine der Stadt gehörige, im Ostbezirk Rosenthal belegene Fläche von 0,8 Hektar zum Preise von 24 000 M. pro Hektar zur Vergrößerung des Friedhofs verkauft werden. Die Parzelle liegt direkt am Bahnhof der Industriebahn Tegel-Friedrichshagen.

Stadtv. Hoffmann bemängelt verschiedene der Bedingungen, unter denen der Verkauf erfolgen soll. Ganz besonders bedenklich sei die Klausel, daß die Parzelle bei späterem Bau des zweiten Gleises der Bahn wieder abgetrennt werden solle; die Gemeinde brauche bloß Gräber dort anzulegen, um auf 40 Jahre die Zurückgabe zu verhindern.

Stadtv. Alberti tritt diesen Bedenken entgegen.

Stadtv. Hoffmann warnt dringend die Versammlung, die Vorlage mit diesem Passus anzunehmen. Verträge schlicke man so ab, daß sie für alle Teile gültig sind. Gebt man die Fläche ohne Einschränkung fort, so könne man nicht hindern, daß die Friedhofsverwaltung schon am nächsten Tage anfangen, auf dieser Fläche zu beerdigen.

Der Antrag auf Ausschuhberatung wird angenommen.

Zur Kenntnisnahme vorgelegt ist die Uebersicht über die Klassenfrequenz in den Gemeindeschulen am 1. November 1912.

Stadtv. Anauer (R. L.): Es ist erfreulich für uns, konstatieren zu können, daß die Zahl der fliegenden Klassen weiter abgenommen hat; ebenso erfreulich auch, daß die Zahl der Mietschulen im Sinken begriffen ist. Bedauerlich dagegen ist die Tatsache, daß einige Schulen im Zentrum der Stadt wiederum vor der Frage der Auflösung stehen, obwohl einige Klassen einen kleinen Zuwachs der Frequenz aufzuweisen haben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Da uns die Uebersicht über die Frequenz erst Montag abend bezug. Dienstag früh zugegangen ist, beantragen wir Vertagung dieser Beratung.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Die 1910 ausgehobene Vorrichtung über die Festsetzung eines Mindestverbrauchs von 300 Kubikmeter jährlich für die Abnehmer von Gas durch Automatazähler soll wieder eingeführt werden.

Stadtv. Linde (Soz.): Es ist sehr merkwürdig, daß das, was vor zwei Jahren beseitigt wurde, jetzt auf Antrag des Magistrats wieder ausgenommen werden soll. Damals hat der Magistrat darauf hingewiesen, daß der Ausfall ein sehr minimaler sein werde. Das Mindestquantum ist auch in der Tat so gering, daß es nur selten unterschritten wird. Für die Verbraucher, welche nicht 25 Kubikmeter monatlich verbrauchen, wird es große Scherereien geben; es sind hauptsächlich die ärmeren Leute, denen der Magistrat durch seinen Antrag zugleich einen Vorwurf macht. Außerdem werden bei Mängelmessern ohnehin circa 25 Pf. pro Kubikmeter mehr erhoben. Zu einer Uenderung liegt gar kein Grund vor; gerade weil die vielen Scherereien aufgehört haben, ist die Zahl der Mängelmessern so gestiegen; ihre Anzahl beträgt jetzt ungefähr 115 000. Wir bitten, es bei dem bisherigen Verfahren zu belassen.

Stadtv. Benatz: Damals betrug der Jahresdurchschnitt über 500 Kubikmeter, das war für die Verwaltung immerhin noch ganz vorteilhaft. Es hat sich jedoch seit 1910 herausgestellt, daß manche Abnehmer gar keinen Verbrauch entwickeln. Der vorgeschriebene Mindestverbrauch ist kein unbilliges Verlangen; wenn hier nicht bald ein Miegel vorgehoben wird, wird der Mißbrauch noch größer werden.

Stadtv. Julius (R. L.): Ich halte es für ratsam, nicht so radikal vorzugehen. Der nur Stufe und Stufe oder zwei Stufen und Stufe hat, kann nicht 300 Kubikmeter verbrauchen. Prüfen wir die Sache in einem Ausschuh!

Stadtv. Jacoby (R. L.): Die ganze Automaten-Einrichtung ist unrentabel, wenn wir den Magistratsantrag nicht annehmen. Früher brauchte man nicht so sehr darauf zu sehen, aber jetzt geht es mit den Einnahmen rückwärts, und tatsächlich wird mit der Einrichtung Unfug getrieben. Manche Damen haben sich den Auto-



maten stellen lassen, lediglich um sich morgens und abends die Haare zu drehen. (Zuruf: Woher weißt Du! Große Heiterkeit.)

Stadt. Dinge: Wir haben Bureau mit Gasmaschinen, wo für ganze 60 Pf. monatlich Gas konsumiert wird. Daß Hunderttausende verloren gehen, ist eine ganz unbewiesene Behauptung. Für Münzgas nehmen wir jährlich 5 Millionen ein. Um Genaueres über den zahlenmäßigen Ausfall zu hören, sollten wir in einen Ausschuss gehen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss. Eine weitere Vorlage bezweckt, die Gemeindebeschlüsse von 1897/98 und 1900 betr. die bei Unfällen städtischer Arbeiter zu gewährenden Unterstützungen mit der Reichsversicherung in Einklang zu bringen.

Die Vorlage gelangt ohne Diskussion zur Annahme. Für die Vorlage betr. die Errichtung von Bauten und den Bau eines Anschlußgleises auf den städtischen Gütern im Etatsjahr 1913 wird die Einsetzung eines Ausschusses beschloffen.

Hierauf steht zur Beratung die Magistratsvorlage wegen Aufhebung des Brauabgabenerlasses und Einführung einer Biersteuer und einer Steuer für Kinematographentheater, Spezialitätentheater, und Zirkusvorstellungen und Tanzlustbarkeiten.

Mit Rücksicht darauf, daß es bereits 9 Uhr geworden ist, beschließt die Versammlung die Absehung des Gegenstandes von der heutigen Tagesordnung.

Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen von untergeordneter Bedeutung, schließt die Sitzung gegen 11 Uhr.

## Erffa übertrumpft!

Welche Rechtebefugnisse sich mancher Gemeindevorsteher anmaßt, erhellt eine Gerichtsverhandlung, die am Dienstag, den 7. Januar, vor dem Amtsgericht in Potsdam stattfand.

Angeklagt war der Gemeindevorsteher Genosse Willendorf aus Schenkenberg bei Großbeeren (Kreis Teltow) wegen Hausfriedensbruchs. Der Gemeindevorsteher Eichelbaum hatte den Strafantrag gestellt.

Der Sachverhalt war folgender: In einer Sitzung der Gemeindevorstellung sollten die Ergänzungswahlen zum Steuerzuschuss vorgenommen werden. Bevor diese vorgenommen wurden, erbat der Angeklagte das Wort zur Geschäftsordnung. Dies wurde ihm vom Gemeindevorsteher nicht erteilt. Als er sich nochmals zur Geschäftsordnung meldete, erklärte ihm der Gemeindevorsteher, daß er den Mund halten solle. Dagegen protestierte W. und erklärte, daß er das nicht brauche. Der Gemeindevorsteher forderte ihn daraufhin auf, den Raum, in dem die Gemeindevorstellung tagte, zu verlassen. Dieser Aufforderung kam W. nicht nach. Damit sollte das Delikt des Hausfriedensbruchs gegeben sein. Eichelbaum machte von dem Vorfall dem Landratsamt Mitteilung. Er erhielt zur Antwort: „Es war Ihr gutes Recht, den W. wegen seiner Widerspenstigkeit zum Verlassen des Versammlungsraumes aufzufordern. Er hat sich zweifellos des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. Dadurch, daß Sie die Abhaltung der Sitzung der Gemeindevorstellung in Ihrer Privatwohnung gestattet haben, haben Sie sich Ihres Hausrechtes nicht begeben.“ Es wurde ihm weiter mitgeteilt, daß ein Ortsstatut gegen die Mitglieder der Gemeindevorstellung wegen ordnungswidrigen Benehmens auf Ausschluß aus der Versammlung auf gewisse Zeit nicht besteht. Diese Antwort ist um so ungeheurer, als die Beweisaufnahme ergab, daß von einem „ordnungswidrigen Benehmen“ überhaupt die Rede gar nicht sein konnte. Vielmehr wurde durch die Zeugenvernehmung festgestellt, daß, obgleich der Beklagte bis zum Schluß der Sitzung im Versammlungsraum verblieb, diese ohne Störung ihren Verlauf nahm und ruhig zu Ende geführt wurde.

Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung. Zur Sache selbst führte Rechtsanwalt Steinmann als Vertreter des Beklagten noch an, daß dem Gemeindevorsteher überhaupt das Recht bestritten werden muß, strafantragsberechtigt zu sein. Die Sitzung fand in einer Wirtschaft statt und war von der Besitzerin für die Zwecke zur Verfügung gestellt. Verdrängt zum Strafantrag ist nur der Träger des Hausrechtes selbst, also in erster Linie der Eigentümer, eventuell der Mieter. Ein Mietverhältnis war aber nicht vorliegend, da der Raum nur zur Verfügung gestellt war. Wegen Mangel eines Mietverhältnisses könne also nur die Eigentümerin als strafantragsberechtigt gelten, selbst wenn der Gemeindevorsteher das Hausrecht gehabt hätte. Im übrigen sei der Raum nicht dem Gemeindevorsteher persönlich, sondern der Gemeindevorstellung zur Verfügung gestellt worden. Die Gemeindevorsteher seien also Mitberechtigte an dem Räume gewesen. Eichelbaum hatte kein Recht auf ausschließliche Geltung seines Willens in dem fraglichen Raum. Der Angeklagte konnte sich so wenig eines Hausfriedensbruchs schuldig machen, wie dies ein Miteigentümer tut, der auf Beschluß der Mehrheit der anderen Miteigentümer den gemeinschaftlichen Raum nicht verläßt. Angeschuldigter weilt kraft eigenen Rechts in dem Raum, damit entfällt der Hausfriedensbruch. Solcher liege auch deshalb keineswegs vor, weil dem Angeklagten das Bewußtsein fehlte, widerrechtlich in dem Raum zu verweilen. Das Vorgehen des Gemeindevorstehers erinnere an die Forderung des ehemaligen Abgeordneten von Oldenburg-Januschau. Dieser verlangte einen Leutnant und 10 Mann zur Wiederherstellung der „Ordnung“. Eichelbaum habe das Verfahren noch vereinfacht und in die Tat umgesetzt. Nach parlamentarischem Brauch mußte dem Beklagten das Wort zur Geschäftsordnung erteilt werden. Es würde zu einem Zustande völliger Rechtsunsicherheit führen, wenn ein gewählter Vertreter der Bürgerschaft dadurch, daß er das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, aus dem Sitzungsraum verwiesen werden könnte und an der Ausübung seiner Rechte verhindert würde.

Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers. Es sprach den Angeklagten frei.

## Gerichts-Zeitung.

Wie ein Volksschullehrer rechnen lehrt.

Gegen den Berliner Volksschullehrer Arnold Wenzlaw hatte auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Landgericht das Strafverfahren wegen Körperverletzung unter Außerachtlassung der Aufmerksamkeit, zu der er vermög seines Berufs verpflichtet sei, eingeleitet. Er stehe im Verdacht, am 20. März 1911 durch Schläge mit einem Rohrstock die Körperverletzung des Schülers D. verursacht zu haben. Der Knabe war geächtigt worden, weil er in der Rechenstunde eine vorgeschriebene Rechenaufgabe nicht nachsprechen konnte.

Der Lehrer selber erklärte: Der Schüler habe den Satz, obwohl er ihn ihm habe zehn- bis zwölfmal vorgesprochen lassen beziehungsweise selber vorgesprochen habe, nicht richtig nachgesprochen. Er habe angenommen, der Schüler handle aus Trost so. Er habe ihm deshalb zunächst drei Schläge über das Gesicht gegeben, indem er ihn über einen Stuhl legte. Als der Junge den Satz dann nicht nachsprach, habe er ihn über die Bank gelegt und zwei weitere Schläge verabreicht. Und schließlich habe er dem Jungen, der sich bücken mußte, drei weitere Schläge gegeben. Inzwischen habe er ihn nur „angeklippt“, nicht aber geschlagen. Der Junge habe schließlich den Satz dreimal hintereinander richtig aufgesagen können, woraus sich ergäbe, daß er es vorher nur nicht gewollt habe.

Die Ausfagen anderer Schüler über die Zahl der Hiebe gingen auseinander. Zwei von ihnen wollten mitgezählt haben. Einer von diesen rechnete 60 Hiebe in ganzen heraus. Ein anderer 30. Ein Schüler sagte, es seien 30 schwere und leichte Hiebe gewesen. Einer wollte 10 schwere Hiebe erkannt haben.

Dr. Lindemann, von dem die Eltern den Knaben untersuchen ließen, stellte unter anderem starke blutrinneartige Streifen über dem linken Schulterblatt fest. Auf dem Gesicht fand er 12 Striemen. Sein Gutachten ging dahin, daß auf Grund der gefundenen Merkmale angenommen werden müsse, daß der Knabe äußerst anbauend und heftig geächtigt worden sei. Wenn man die Schläge in ihrer Gesamtheit nehme, dann komme man zu dem Resultat, daß sie eine Schädigung in physischer und psychischer Beziehung hätten herbeiführen können.

Der Schularzt, der erst zehn Tage später den Knaben untersuchte, fand noch eine talergroße grünliche Verfärbung des Hauptschulterblattes. Eine Ueberschreitung der zulässigen Züchtigung nahm er insofern an, als die Schläge Stellen trafen, die für Schläge nicht geeignet sind.

Bevor es zur Verhandlung vor dem Strafrichter kam, erhob das Provinzial-Schulkollegium zugunsten des Lehrers den Konflikt, indem es Einstellung des Verfahrens beantragte. Es nahm an, daß der Lehrer in pädagogischer Hinsicht allerdings zu weit gegangen sei. Dafür sei er auch mit einer Ordnungsstrafe von 20 M. bestraft worden. Eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse könnte aber nicht angenommen werden, weil eine Gesundheitschädigung nicht hätte eintreten können und unstrittig ja auch nicht eingetreten sei.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte jedoch dieser Tage den Konflikt für unbegründet und entschied demgemäß, daß dem Strafverfahren sein Fortgang zu geben sei. Es wurde ausgeführt: Durch die preussische Kabinettsorder vom 14. Mai 1825 sei das Züchtigungsrecht der Lehrer dahin eingeschränkt, daß es nicht bis zu einer Mißhandlung ausgedehnt werden dürfe, die der Gesundheit des Kindes auch nur im entferntesten schädlich werden könne. Hier habe nun zwar eine direkte Schädigung nicht stattgefunden. Aber nach der ganzen Art sei die Züchtigung hier eine solche gewesen, daß eine Gesundheitschädigung nicht ausgeschlossen war. Darum liege eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse vor. Das Strafverfahren habe also seinen Fortgang zu nehmen.

Die durch die Anklage des Provinzial-Schulkollegiums begünstigte Prügfelfreiheit wird also selbst dem Oberverwaltungsgericht zu bunt.

## Eine Anklage wegen Mordes

beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt. Aus der Untersuchungsbefragung wurde der 29jährige Arbeiter Artur Haack vorgeführt. Er ist beschuldigt, am 12. November v. J. seine Ehefrau erschossen zu haben, und zwar soll er, wie die Anklage annimmt, die Tat mit voller Ueberlegung ausgeführt haben. Als Offizialverteidiger ist dem Angeklagten der Rechtsanwalt Martin Kantorowicz vom Gericht gestellt worden. Die Anklage wird vom Staatsanwalt Dr. Rosenfeld vertreten.

Die Verhandlung entrollte ein Bild einer unglücklichen Ehe, deren Zerrüttung nach Angaben der Anklage auf eine gewisse Arbeitslosigkeit des Angeklagten zurückzuführen ist. Der Angeklagte hatte seine Frau, die schon ein älteres vorerbliches Kind hat, am 8. Mai 1911 geheiratet. Die Ehe war von Anfang an nicht glücklich, da der Angeklagte, der schon am Hochzeitstage arbeitslos war, sich auch in der Folgezeit überhaupt keine Mühe gab, sich Arbeit zu verschaffen. Die Frau war deshalb gezwungen, ihre bisherige Arbeit als Näherin bei einer Damenkonfektionsfirma in der Kronenstrasse beizubehalten, bei der sie pro Woche circa 30 M. verdiente. Von diesem Verdienst mußte sie längere Zeit hindurch den Unterhalt bestreiten. Ihren Arbeitskollegen, bei denen sie als einfache, stille und fleißige Frau in großer Achtung stand, gegenüber beklagte sie sich häufig über die Arbeitslosigkeit ihres Mannes, der ihr die ganze Sorge für den Unterhalt überlasse. Einige Monate nach der Hochzeit beklagte sie sich auch häufig darüber, daß sie von ihrem Mann außerdem auch noch mißhandelt werde. Als sie eines Tages von einem Ausfluge heimkehrte, sah sie zu ihrem Schrecken, daß ihr Mann während ihrer Abwesenheit die sämtlichen Möbel, trotzdem sie auf Abzahlung entnommen waren, verkauft hatte. Auf ihre Bitten gab ihr ihr Mann von dem Erlöse die Summe von 120 M., die sie sofort an den geschädigten Möbelhändler zahlte. Dieser Vorfall hatte zur Folge, daß die Frau zu ihren Eltern, dem Schuhmachermeister Schmidt zog, der mit seiner schon betagten Ehefrau in der Schöneberger Straße 24 wohnte. Als sich der Angeklagte auch hier mißliebig machte, wurde ihm von seinen Schwiegereltern das Haus verboten.

Der Angeklagte selbst behauptete von Anfang an, daß die Schuld an der Zerrüttung seiner Ehe nicht ihm, sondern seiner Schwiegermutter beizumessen sei, die unter Ammenbung aller möglichen üblen Mittel seine Frau gegen ihn aufgehetzt habe. — Die Anklage behauptet dagegen, daß der Angeklagte, auch nachdem seine Frau schon bei ihren Eltern wohnte, wiederholt versucht habe, von ihr Geld zu erlangen. Er soll ihr wiederholt, wenn sie von ihrer Arbeitsstätte kam, auf der Straße aufgehalten haben und ihr einmal sogar auf dem Köpffplatze die Handtasche weggerissen haben, in der er Geld vermutete. Da der Angeklagte mit immer stärker werdenden Drohungen verlangte, seine Frau solle wieder mit ihm zusammenziehen, kaufte sie sich aus Angst vor den Drohungen einen Revolver, der ihr jedoch später von ihrem Bruder wieder abgenommen wurde. Als dem Angeklagten dies erzählt wurde, soll er, wie behauptet wird, geäußert haben, daß sie alle kommen könnten, sie würden dann eben alle etwas abtragen. Am 10. November ließ sich die Frau von den Bitten des Angeklagten erweichen und besuchte in Begleitung ihres Kindes mit ihm den Zirkus. Auf seine drängenden Bitten hin erklärte sie sich aus bereit, wieder mit ihm zusammenzuziehen. Am nächsten Tage wurde ihr diese Zusage jedoch wieder leid. Sie schrieb an ihren Mann einen Brief, in dem sie ihm erklärte, daß es ihr unmöglich sei, nochmals mit ihm zusammenzuziehen. Als der Angeklagte diesen Brief erhielt, kaufte er sich in einem Waffengeschäft an der Spandauer Brücke einen Revolver, den er sofort von dem Verkäufer mit scharfen Patronen laden ließ. Sodann schrieb er an seine Mutter und an seine Schwiegereltern — Abschiedsbriefe, in denen er bat, neben seiner Frau beerdigt zu werden. Mit diesen Briefen in der Tasche erwichen er am Abend des 12. November in der Wohnung seiner Schwiegereltern. Es kam hier zwischen den Schwiegereltern und der Frau und ihm selbst zu einem erregten Wortwechsel. Als die Frau bemerkte, daß er immer frampfhafter die rechte Hand in der Jackentasche hielt, wurde sie plötzlich von einer dunklen Ahnung gepackt und lief hülflos aus dem Zimmer. Ehe der Angeklagte daran gehindert werden konnte, lief er hinterher und gab auf seine in einer Ecke lauende Frau drei Schüsse ab, welche die Frau sofort töteten, da eine Kugel, wie die Obduktion ergab, die große Schlagader durchbohrt hatte. Der Angeklagte richtete die Waffe dann gegen sich selbst, verletzte sich aber nur unbedeutend an der linken Schläfe.

Von Rechtsanwalt Martin Kantorowicz wird der Beweis dafür angetreten, daß der Angeklagte die Tat in einem Zustande furchtbaren Aufregung begangen habe, die durch die fortgesetzten Schlägen seiner Schwiegermutter herbeigeführt worden sei. Für die Verhandlung sind zwei Sitzungstage angelegt worden. Ueber den Ausgang der Verhandlung, die bislang durch Vernehmung des Angeklagten ausgefüllt wurde, werden wir berichten.

## Die Ehrenmänner des Staatsanwalts.

Bei einem am Mittwoch vor dem Breslauer Schwurgericht verhandelten Revolverattentat wurde einem als Zeugen benannten Kellner Namens Erdmann von einem anderen Zeugen zum Vorwurf gemacht, daß er Spießdienste bei der Breslauer Polizei verrichte. Der Gerichtshof nahm davon, vielleicht mit Rücksicht, gar keine

Notiz. Anders der Staatsanwalt. Dieser fühlte sich berufen, das unsaubere Gewerbe der Polizeispießel noch mit folgenden, mit erheblicher Stimmte gesprochenen Worten zu beschönigen:

„Meine Herren Geschworenen! Es ist hier dem Zeugen Erdmann nachgesagt worden, er wäre als Polizeispießel tätig gewesen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß Erdmann ein Ehrenmann ist, dem man in jeder Beziehung glauben kann. Es ist meines Erachtens durchaus nicht unehrenhaft, wenn jemand der Polizei Spießdienste leistet. Ja, gerade der Umstand, daß Erdmann diese Dienste der Polizei geleistet hat, spricht nicht gegen, sondern eher für seine Ehrenhaftigkeit.“

Die Breslauer Polizei kann auf diese Rechtfertigung der Polizeispießel stolz sein. Erst vor wenigen Wochen wurde ein solcher „Ehrenmann“ vom Breslauer Schwurgericht wegen Raubmordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Und die Kosten für diese staatsanwaltlichen „Ehrenmänner“ bezahlen die Steuerzahler.

## Aus aller Welt.

### Dreifacher Mord in der Mark.

Der mysteriöse Leichensund auf einem Gute bei Ringenwalde, über den wir in unserer gestrigen Nummer berichteten, hat eine furchtbare Aufklärung gefunden. Die beim Aufräumen einer niedergebrannten Strohmiete aufgefundenen halbverlohten Leichname sind als die des Steuererhebers und Gutbesizers Kalitz und seiner Frau aus Ortzig festgestellt worden. Die Nachforschungen auf dem Besitztum des Kalitz führten zur Auffindung eines dritten Leichnams, eines Dienstmädchens. Die drei sind von einem polnischen Knechte, der seit 14 Tagen auf dem Gute beschäftigt war, ermordet worden. Die beiden Kinder des ermordeten Ehepaars wurden in ihrem Schlafzimmer lebend angetroffen. Sie waren von dem Mörder verschont worden, jedoch hatte er sie durch Drohungen eingeschüchtert, damit sie nicht um Hilfe riefen.

Wie die gerichtliche Untersuchung und die Vernehmung der Kinder ergab, hat der Knecht zuerst den Besitzer im Stall erschlagen, dann ist er in die Schlafstube der Eheleute eingedrungen und hat die Frau im Bett ermordet. Um seine Flucht einige Zeit zu verdecken, erschlug er später noch das Dienstmädchen in einem abseits gelegenen Verschlage. Die Leichen des Gutbesizers und seiner Frau schleppte er nach der in der Nähe des Gutshofes stehenden Strohmiete und steckte diese an. In der Wohnung der Ermordeten sind die verschiedenen Schränke, darunter ein Geldschrank, erbrochen und beraubt worden.

Den Namen des Knechtes, der aus Protoschin stammen soll, kennt man nicht, da er bei seinem Dienstantritt keinerlei Papiere bei sich hatte. Es wird vermutet, daß der Mörder in Gemeinschaft mit mehreren Komplizen gehandelt hat, denn die Kinder sagten bei ihrer Vernehmung aus, daß sie im Nebenzimmer die Stimmen von drei oder vier verschiedenen Personen gehört hätten.

Wie ein Telegramm des Wolffschen Telegraphen-Bureaus aus Briesen meldet, ist am Donnerstagnachmittag um 6 Uhr in dem Dorfe Graben bei Grohneudorf in der Nähe von Briesen der Knecht des Bauernhofbesizers und Steuererhebers Friß Calies ergriffen worden, der diesen, dessen Ehefrau und das Dienstmädchen des Ehepaars, Anna Philipp, in Ortzig ermordet und dann die Flucht ergriffen hatte. Der Mörder heißt Heinrich und nennt sich auch Ditto Schöne.

### 80 000 Mark veruntrent.

Ein Opfer verheerter Spekulationen ist der Bankdirektor Kurt Müller aus Schlettstadt geworden. Müller, der Vorsitzender der Schlettstadter Filiale der „Allgemeinen Etschischen Bankgesellschaft“ ist, wurde nach einer Revision der Bücher verhaftet, da nach vorläufiger Schätzung ein Fehlbetrag von 80 000 Mark festgestellt wurde. Müller führte ein einfaches und bescheidenes Leben und hat sich durch seine Spielleidenschaft ruiniert. Nachdem er durch unglückliche Spekulationen sein eigenes Vermögen verloren hatte, vergriff er sich an den ihm anvertrauten Geldern. Die Bankgesellschaft der Bank erleidet keinen Schaden, da die Gesellschaft die Verluste deckt.

### Ein jugendlicher Raubmörder.

Der 16½-jährige Kaufmannslehrling Wejoldt in Plauen im Vogtland, der seinen 16-jährigen Lehrkollegen Kurt Gade ermordet und ihn eines Betrages von 850 M., den Gade für seinen Chef von der Post geholt hatte, beraubte, hat jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt. Wejoldt ist seinem Lehrkollegen am Vormittag des 4. Januar gefolgt, hat ihn mit dem Gelde nach dem Keller seiner Wohnung gelockt und mit einem verborgenen Beil erschlagen. Darauf nahm der junge Mörder den Toten und legte ihn in eine Kiste, die er mit einem Saß Kartoffeln füllte. Das Geld versteckte er einstweilen in einem Korbhaufen.

Der jugendliche Mörder war, wie unser Zwickauer Parteiblatt mitteilt, eifriges Mitglied der bürgerlichen Jugendbewegung und besaß die dort Ehrenposition. Er soll beim Jungdeutschlandbund der beste Schütze gewesen sein und auch die Kassegeschäfte mit erledigt haben. Hierbei hat er Veruntreuungen begangen und deshalb ist bei ihm der Plan herangereift, sich auf andere Weise Geld zu beschaffen. Schon vor kurzem fand er ein Portemonnaie mit dem Inhalte von 40 M., die er in seinem Interesse verwendete. Außerdem soll er noch ein eifriger Leser der „Nac-Barricade“ gewesen sein. In dem Erschlagenen aber verlor die Arbeiterjugend ein strebsames Mitglied, der seiner Aneignung wegen von allen sehr geachtet wurde.

Läge der Fall umgekehrt, daß der Mörder der freien Jugendbewegung angehört hätte, dann würde die bürgerliche Presse sicherlich ein furchtbares Geheul über die Verrohung der arbeitenden Jugend durch die freie Jugendbewegung anstimmen. So aber geht sie schweigend über die Tatfache hinweg.

### Meine Notizen.

Schweres Eisenbahnunglück. Bei der Einfahrt eines Güterzuges in den Bahnhof Prenzlau entgleiste Donnerstagmorgen ein Gepädwagen und stürzte um. Dabei wurde der Vater Sohn aus Posenwall getötet. Ein Hilfsbremser erlitt eine schwere Quetschung des rechten Fußes.

Seine patriotische Begeisterung schwer blühen muß ein Knecht aus dem Dorfe Porogell bei Brieg in Schlesien. Er nahm den Sabel eines auf Urlaub befindlichen Soldaten und wollte damit seine militärischen Kenntnisse als ehemaliger Soldat beweisen. Dabei schlug er an die über ihm hängende Spirituslampe, deren Inhalt sich über ihn und einen in der Nähe stehenden Wassererschlag. Beide glühten sofort Feuerfäden und erlitten so schwere Brandwunden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

In der Grube verschüttet. Auf dem Schacht 3 der pfälzischen Grube Frankholz wurden drei Bergleute und ein Bergführer durch herabfallendes Gestein verschüttet. Ein 27jähriger verheirateter Bergmann wurde noch längerer schwerer Arbeit als Leiche geborgen. Die drei anderen wurden an Druif und seinen Lebensgefährlich verletzt in das Knappschichtlazarett gebracht.



# PEEK & CLOPPENBURG

Gertraudtenstraße 25-26-27 □ BERLIN □ Roßstraße 1-la-2

Nur bis Montag, den 20. Januar

## Inventur-Verkauf

zu vorteilhaften, niedrigen Preisen.

Zum Verkauf kommen fast nur **tadellose Restbestände** in **besseren Qualitäten**, welche billig verkauft werden! **Besonderes Angebot in Knaben- und Jünglings-Anzügen** in **besserer Ausrüstung**. **Herren-Sakko-Anzüge, Paletots** und **Ulster** in **modernen Farben** und **neuester Machart** **außerordentlich preiswert.**

### Theater.

Freitag, 10. Januar 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Carmen.

Kgl. Schauspielhaus. Der Kus-

kaufleutnant.

Deutsches. König Heinrich IV.

2. Teil.

Birkus Busch. Gala-Vorstellung.

Birkus Albert Schumann. Gala-

Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Zwischen Kreuz und Halb-

mond.

Neues Opernhaus (Kroll).

Russisches Ballet.

Deutsches Schauspielhaus. Der

gute Ruf.

Lehning. Hofe Bernd.

Stammerspiele. Mein Freund Teddy.

Berliner. Himmelskinder.

Königsgräber Straße. Die fünf

Bräutigame.

Kurürfen-Over. Der Aufrichtige.

Theater am Nollendorfplatz.

Die schöne Helena.

Deutsches Opernhaus. Oberon.

Montis Operetten. Der Frauen-

strolcher.

Aleuco. Professor Bernhardt.

Weißens. Die Frau Präsidentin.

Thalia. Puppen.

Schiller O. Die Schmetterlings-

schlacht.

Schiller - Charlottenburg. Die

Kinder der Exzellenz.

Luisen. Berlin-Hamburg-New York.

Metropol. Chauffeur - ins

Metropol.

Komödienhaus. Die Generalde-

groß-Berlin. Das Fürstentum.

Trianon. Die Götter - Die Besten.

Hofe. Sünden der oberen 10 000.

Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wästen-

moral.

Casino. Am grünen Strand der

Spree.

Wintergarten. Spezialitäten.

Apollo. Brüderlein sein. Spezial-

itäten.

Reichshallen. Bosco.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Publikumhaus. Majolika.

Walhalla. Goldener Lichtsinn.

Palais Caprice. In Sachen Kapri-

zen.

Die Tochter der Braut.

Anfang 10 Uhr.

Neues Volkstheater. Michael

Stramer.

Admiralpalais. Cissabett. Gibt in

St. Moritz.

Sternwarte. Innalbenstr. 57-62.

### Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgräber Straße

8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Residenz-Theater. 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).

Schwank 3 Akt v. Hennequin u. Weber.

Morgen und folgende Tage:

Die Frau Präsidentin.

### Schiller-Theater O. Theater.

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Schmetterlingsschlacht.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Der Tallman.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Das Konzert.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Die Geschwister. Elga.

### Schiller-Theater Charlotten-

burg.

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Kinder der Exzellenz.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Die Schmetterlingsschlacht.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Die Jüdin von Toledo.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Die Schmetterlingsschlacht.

### Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Der gute Ruf.

### Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Nordens 1141.

8 Uhr: Der Frauenstrolcher.

Sonnab., 2. 1. Hofe: Der heil. Antonius.

### Theater am Nollendorfplatz 5.

In allen Tagen der Woche:

Abends 8 Uhr.

### Die schöne Helena.

### Luisen-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: Berlin-

Hamburg-New York. Gr. rom-

tomisch. Ausarbeitung von Ernst

Kittlerfeld. Musik von Georg Bunzly.

Sonnabend u. folg. Tage: Berlin-

Hamburg-New York.

Sonnabendnachm. 4 Uhr: (Kinder-

vorst.) Der Sandmann kommt.

### ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Die Sünden

der oberen Zehntausend.

Anfang 8 Uhr.

Sonnabend 4 Uhr: Schneewittchen.

8 Uhr: Die Sünden der oberen

30-Tausend.

### Metropol-Theater

### Chauffeur - ins Metropol!

Große Jadenrenue mit Gesang und

Tanz in 10 Bildern.

Otto Reutter a. G.

mit gänzlich neuem Repertoire!

Anfang 8 Uhr. Hausen gestaltet.

### Apollo Theater

Abends ab 8 Uhr!

Das grandiose Programm.

8 1/2 Uhr:

Ein beispielloser Erfolg!

„Brüderlein sein“.

Alt-Wiener Singspiel von Jul.

Wilhelm. Musik v. Leo Fall.

Folies Caprice.

Die Novitäten:

In Sachen Kapri-

zen. Die Doppelfirma.

Die Tochter der Braut.

### Deutscher Metallarbeiterverband

Ortsverwaltung Berlin.

Branche der Elektromonteur und Kinooperateur.

Sonntag, 12. Januar 1913, im großen Saal

der Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m

### Lichtbildervortrag des Herrn

Otto Roth

über

### Die deutsche Revolution 1848-49.

Eintritt 20 Pf. Saalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 1/2 Uhr.

Nach dem Vortrage: 110/12

### Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten zu haben

### Neue Welt

Arnold Scholz

Hasenheide 108/114

Täglich

### Bockbierfest

in den bayrischen Alpen

5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.

Wochentags Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Sonntags 4 Uhr. Sonntags 50 Pf.



„Clou“ :: Berliner ::  
Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

### Großes Doppel-Konzert!

Musik. 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baarz

und Zillerthaler und Tegernseer Sänger,

Schuhplattler und Jodler!

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen:

Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

### Brauerei Friedrichshain

am Königstor

Größte Schenswürdigkeit Berlins

Heute, Freitag: Elite-Tag!

Das amüsanteste bayrische Bockbier-Fest

Seppi Weinzierl aus München

3 große Pferderennen, 3 Sieg und 3 Platz

6 Geldpreise — Damen und Herren.

Die Teilnehmer werden aus dem Publikum gelost.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

### Urania

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr:

Baron v. Binder-Kriegelstein:

Zwischen Kreuz und Halb-

mond.

### Zirkus

Albert Schumann.

Heute Freitag, 10. Januar,

abends 7 1/2 Uhr:

Große Gala-Vorstellung.

Neu! Neu!

Mons. Cäsario

mit seiner wilden Raubtier-

gruppe, bestehend aus

Löwen und Tiger.

Das Tagesgespräch v. Berlin.

Zum Schluß:

Das herrliche Ausstattungsglück

Der unsichtbare Mensch.

4 Bilder aus Indien.

### Herrnfeld

Theater

Sämtliche

Herrnfeld - Schlager

übertröfen!

### Wüstenmoral

### Die Alpenbrüder

mit Anton und Donat Herrnfeld

in den Hauptrollen.

Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theater.)

### Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

„Bosco“.

Wesiel und

Wittion.

Anfang

8 Uhr.

Sonntags

7 1/2 Uhr.

### PassageTheater

Lichtspiele

Unter den Linden 22/23.

Liebe u. Recht

Drama aus dem wilden

Wusten

und das große

Programm.

### Zirkus Busch.

Heute Freitag, 10. Januar,

abends 7 1/2 Uhr:

Ganz Berlin spricht nur noch

von Mac Norton,

gen. Das menschliche Aquarium!

Der Acroplan im Zirkus

(Ein Affe als Aviatiker!)

sowie das glänzende Januar-Pragr.

Zum Schluß:

Die große Frank-Pantomime

„Sevilla“

in 6 glänzenden Akten.

Avis! Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:

„Unter Gorillas“.

Jeder Erwachsene ein Kind unter

10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.



# An die werktätige Bevölkerung Berlins!

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.  
Verwaltung: Amt Nordost 1987. Kassierer: Amt Nordost 185. Arbeitsnachweis: Amt Nordost 1339, 9714.

## Sonntag, den 12. Januar 1913, mittags 1 Uhr: Versammlungen

in folgenden Lokalen:

### Berlin:

Bockbrauerei, Tempelhofer Berg  
Fliems Festsäle, Hasenheide 13/15  
Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59  
Drachenburg, Vor dem Schleißchen Tor  
Graumann, Nannysstraße 75  
Boekers Gesellschaftshaus, Weberstraße 17  
Elysum, Landsberger Allee 40  
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 150  
Comeniusäle, Memeler Straße 67  
Borgmann, Andreassstraße 21  
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23  
Prater-Theater, Kastanienallee 7/9  
Kastanienwäldchen (Inhaber Walter), Badstr. 16  
Pharusäle, Müllerstraße 142

Berliner Bockbrauerei (Abt. II), Chausseestr. 64  
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24

### Vororte:

Neukölln: Hoppes Festsäle, Hermannstraße 49  
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3  
Schöneberg: Neue Rathhausäle (Juh. Ebrecht),  
Meininger Straße 8  
Wilmerdorf: Viktoriengarten, Wilhelmsau  
Lichtenberg: Schwarz. Adler, Frankfurter Chaussee 5  
Pankow: „Zum Fürstentum“, Berliner Straße 102  
Reinickendorf-Ost und -West: Schützenhaus,  
Residenzstraße 1/2  
Ober-Schöneweide: Wilhelminenhof  
Weißensee: Schloß Weißensee.

Tagesordnung:

## „Die Fleischteuerung durch den Kommunalfreisinn und den schwarzblauen Block.“

Referenten:

Otto Braun, Eugen Brückner, Dr. Oskar Cohn, Paul Dupont, Wilhelm Düwell, Ferdinand Ewald, Max Grunwald, Theodor Gloche, Karl Hetzschold, Adolf Hoffmann, Marie Juchacz, Dr. Karl Liebkecht, Karl Leid, Wilhelm Pätz, Hugo Poetzsch, Adolf Ritter, Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. R. Silberstein, Heinrich Ströbel, Emanuel Wurm, Mathilde Wurm, Dr. Hermann Weyl, Klara Weyl, Hans Weber, Luise Zietz, Fritz Zubeil.

Wir fordern die gesamte werktätige Bevölkerung, Arbeiter und Handwerker, Gewerbetreibende und Beamte auf, zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen.

Die Einberufer. J. A.: Eugen Ernst, Diefenstr. 16.

**Achtung!**  
Ortskrankenkasse  
der  
Tischler in Spandau.  
Freitag, den 12. Januar 1913,  
abends 8 Uhr,  
bei Dersch, Kurstr. 21:  
General-Versammlung.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes, 2. Dis-  
kussion, 3. Wahl einer Rechnungs-  
prüfungskommission, 4. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
Stark Warzinger, Vorsitzender.

**Arbeiter**  
Gesundheits-Bibliothek  
Jedes Heft 20 Pfg.

**Arbeiter-Radfahrer-  
Bund Solidarität.**  
Ortsgruppe Berlin.  
Der Protestversammlungen  
wegen fallen am Sonntag,  
den 12. Januar, sämtliche  
Touren aus.  
**Inventur-  
Räumungs-Verkauf**  
Ulster-Anzüge, Winterpaletots,  
Fracks, Smoking, Gehr.-Anzüge  
jetzt 20-60 M.  
**Billige Hosenwoche**  
Versandhaus „Germania“,  
Berlin, Unter den Linden 21 II.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.

**Einsetzer.**  
Sonntag, den 12. Januar 1913, vormittags 10 Uhr,  
finden die

**Bezirks-Versammlungen**  
in den bekannten Lokalen statt.  
Im 2. Bezirk bei Dobrohsaw, Schliemannstr. 35.  
Die Kollegen werden ersucht, in den Versammlungen die  
Lohnlisten abzugeben.

**Maschinenarbeiter!**  
Sonntag, 11. Januar 1913, in Voetters Festsälen, Weberstr. 17:  
**Sommerfest im Kurort „Schmulp“.**

Zur Aufführung gelangt:  
„An die Scholle gefesselt“.  
Anfang 9 Uhr. Billets 50 Pf.  
Billets sind im Verkehrslokal bei W. Otto, Markussstraße 47, zu haben.  
Die Kommission.

Sonntag, 25. Januar 1913, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:  
**Operetten-Vorstellung**  
(Leitung Direktor E. Alexander.)  
Erfolgreiche Darstellung. Glänzende Ausstattung.

**Große Rosinen.**  
Große Operette mit Gesang und Tanz in 3 Akten (4 Bilder) von Rud. Bernauer und Rudolf Schanzer. — Musik von Emil Bedtschneider und Walter Kolko. — Die Länge ist nach den Arrangements des Berliner Theaters einstudiert.  
Nach der Vorstellung: Ball bis 6 Uhr morgens.  
Eröffnung 7 Uhr. Beginn 7/9 Uhr. Eintritt 60 Pf.  
Das Rauchen ist während der Vorstellung nicht gestattet. Das Komitee.

77/0  
35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35  
**Sie sparen Geld!** Wenn Sie  
**Möbel** direkt in der Möbelfabrik  
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35  
kein Laden Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene  
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

**Bad Frankfurt**  
Große Frankfurter Straße 136  
**Sämtliche Bäderarten**  
Lieferant für alle Krankenkassen.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine  
**Monats-Garderobe**  
direkt an Private.  
Anzüge und Paletots von 10 M. an.  
Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.  
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieffert, Neukölln. Für den

Sonntag, den 12. Januar 1913,  
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags  
findet die

## Abstimmung über die Hanskassierung in Berlin

in folgenden Lokalen statt:  
Kaczerowskis Restaurant, Ravenestr. 6.  
Schwedlers Restaurant, Ackerstr. 123.  
Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/25.  
Gliesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.  
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder  
Straße 42.  
Voigts Theater, Badstr. 58.  
Frankes Festsäle, Badstr. 19.  
Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.  
Funkes Festsäle, Triftstr. 63.  
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.  
Patzenhofer-Brauerei, Turmstr. 25/26.  
Wiemers Festsäle, Balowstr. 58.  
Gewerkschaftshaus, Engelafer 15.  
Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.  
Eickes Restaurant, Schöneleinstr. 6.  
Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 144.  
Stralau-Rummelsburg, Blume, Alt-Boxhagen 56.  
Lichtenberg, Ertelt, Pfarrstr. 74.  
Comenius-Säle, Memeler Str. 67.  
Boecker, Weberstr. 17.  
Roit, Straßmannstr. 29.  
Neukölln, Barisch, Hermannstr. 49.  
„ Zibell, Elbestr. 8.  
„ Iden, Harzer Str. 88.  
„ Rückheim, Bergstr. 97.

Tempelhof, Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.  
Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.  
Köpenick-Friedrichshagen, Lehmann, Köpenick,  
Bahnhofstr. 14.  
Steglitz, Clement, Düsselstr. 7.  
Ober-Schöneweide, Warnicke, Wilhelminenhof-  
straße 18.  
Adlershof, Restel, Friedenstr. 14.  
Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof.  
Weißensee, Peukert, Berliner Allee 251.  
Tegel, Heinicke, Brunowstr. 23.  
Reinickendorf, Glende, Schillingstraße, Ecke  
Auguste-Victoria-Allee.  
Spandau, Mudetzky, Bismarckstr. 8.  
Pankow, Rozycki, Kreuzstr. 2/4.  
Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.  
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen  
verteilt.  
Wahlleiter ist der Kollege Adolf Cohen, Einlenstr. 83/85.  
110/11 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen**  
Sektion der Lagerhalter  
Sonntag, den 12. Januar, mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelafer 15, Saal 1:  
**Konferenz der Lagerhalter der Provinz Brandenburg.**  
Tagesordnung: 1. Waren- und Nahrungsmittelfälschungen. Referent: Dr. Rodrich, Hamburg. — 2. Diskussion. — 3. Verbandsangelegenheiten. Alle Kollegen, sowie die Verwaltungsmittelglieder der Konsumvereine sind hiermit freundlich eingeladen. Bitte haben Zutritt.  
Die Sektionsleitung.  
J. A.: Aug. Sed. Adlershof.  
281/0

Ziehung unwiderruflich 15. Januar  
**Kösliner Lotterie**  
4171 Gewinne im Gesamtwert von Mark  
**60000**  
**15000**  
**7500**  
Hauptgewinne  
Lose 1 Mark 11 Lose sortiert aus 10 M.  
versch. Taus. Porto und Liste 25 Pf. extra.  
**H. C. Kröger, Berlin W8**  
Friedrichstr. 193 a  
sowie in allen durch Plakate bekannt. Verkaufsstellen.  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW6



Heute abend Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen.

Fürsorgeerziehung und Kinderhortbewegung.

Die Freunde des staatlichen Fürsorgeerziehung haben beson-
ders in neuerer Zeit gewaltige Anstrengungen gemacht, um sich in
möglichst helle Beleuchtung zu stellen und die im Volke so leicht nicht
zu tilgende Schande von Mitleid und anderer Erziehungsstellen
auszutreiben. In Wort und Bild wird es der Welt geflüstertlich
verfunden, wie vorzüglich und vergnüglich es doch unsere Laufende
von Fürsorgeerziehung in ihren Zwangspensionaten haben. Nach
diesen Schilderungen muß es eine wahre Wonne bereiten, der
Zwangsfürsorge überwiegen und für das ganze Leben staatspoli-
zeilich abgejempelt zu werden. Zur rechten Zeit kommt wieder mal
eine warnende Stimme von einer Seite, die gewiß nicht staats-
gegnerischer Tendenzen begehrt werden kann: von der Kinder-
hortbewegung. Der soeben erschienene Jahresbericht des
jeh: 34 Horte umfassender Berliner Hauptver-
ein Kinderhort sagt es runderaus, daß die Not, die auch
die Mutter zwingt, das Haus zum Zwecke des Geldverdienens zu
verlassen, unser Fürsorgeerziehung macht. In der Auflösung der
Familie durch die Umwandlung des Agrarstaates in den Industri-
staat und in der dadurch verminderten Erziehung liegt der Haupt-
grund für die wachsende Kriminalität der Jugendlichen. Hier müßte
der Hebel zuerst angefaßt werden, wenn man eine Verminde-
rung der Fürsorgeerziehung und der Kriminalität im jugendlichen Alter
herbeiführen wollte. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Mutter
ihre Erziehungspflicht ausüben kann. Am wirkungsvollsten wäre es
so, wenn die Familien so unterstützt werden könnten, daß die Mutter
im Hause bleiben kann; aber eine solche Summe würde keine Ge-
meinde für diesen Zweck flüssig machen können, so heißt es im Be-
richt. Darum müßten die Institutionen, die einen Ersatz der
Familierziehung bieten, wie also auch die Kinderhorte, so ver-
mehrt werden, daß alle Kinder, die im Hause keine Aufsicht und Er-
ziehung finden, aufgenommen werden können. Verhältniß sei besser
als Heile, und ohne Frage auch billiger. Die Gesamtkosten der
Fürsorgeerziehung belaufen sich auf über elf Millionen Mark.
Würde davon nur die Hälfte für vorbeugende, die Zwangsfür-
sorge ausschaltende Zwecke verwendet, sagt der Bericht, so könnten
rund 170 000 Kinder in Kinderhorten untergebracht werden. Das
Ministerium des Innern sendet zwar seine Fürsorgezahlen
mahnend in die Welt, aber es hat, wie dem Hauptverein auf ein
Unterstützungsgesuch mitgeteilt wurde, für vorbeugende Maßnahmen,
für die Kinderhorte und ähnliche Einrichtungen, keinen Pfennig
zur Verfügung. Dabei steht es fest, daß 50 Proz. aller Kinder,
über die die Fürsorgeerziehung verhängt werden mußte, ohne
richtige Hauslichter waren. Man suche neuerdings — so betont
der Jahresbericht weiter — in der zu milden Bestrafung von Ver-
gehen durch die Jugendgerichte die Ursache des Anwachsens der
Kriminalität unter den Jugendlichen. Sicherlich ohne Grund. Es
müßte sogar bedauert werden, daß gerade schulpflichtige Kinder in
die höheren Klassen wie im Vorjahre bestrast worden sind. Des-
halb habe der Verein beschlossen, in die Horte auch solche Kinder
aufzunehmen, die schuldig geworden sind, weil der notwendige er-
zieherische Einfluß des Elternhauses fehle, von denen man also nicht
annehmen könne, daß sie die moralisch gesunden Kinder schädigen.
Das ist alles ganz schön und gut, manches sogar sehr richtig,
aber es bringt doch nicht die Tatsache aus der Welt, daß die private
Berliner Kinderhortbewegung so ziemlich am Ende ihrer Leistungsfähigkeit
angelangt ist und daß sie knapp den zehnten Teil dessen leistet,
was sie leisten möchte und müßte. In die 34 Horte wurden
1827 Kinder aufgenommen. Rechnet man die Kinderhorte anderer
Berliner Vereinigungen hinzu, so kommen vielleicht 3000 Kinder
zusammen. In Groß-Berlin haben wir aber nach einer der Wichtig-
keit sicher sehr nahe kommenden Schätzung 25—30 000 auffichtlose
Kinder! Die Einnahme des Hauptvereins Kinderhort betrug nur
32 000 M., wovon allein 18 000 M. auf die Beihilfe der Stadt ent-
fielen. Der Jahresbericht beklagt, daß die Großindustrie, die die
Mutter aus dem Hause nimmt und in erster Linie die Notwendigkeit
zur Einziehung von Horten schafft, also auch zur Verarmung
der Kriminalität unter den Jugendlichen beiträgt, nichts Auser-
gewöhnliches für die Hortbewegung tut. Die Stadt Berlin, der
Staat Preußen müssen erhebliche Mittel aufwenden zu helfen.
Mit Recht sagt der Bericht, daß solche vorbeugende Maßnahmen
die wirkungsvollsten sind. Wichtiger aber als alle solche Hilfe ist
vor allem die Beseitigung der wirtschaftlichen Ursachen, die all die
Not und das Elend zur Folge haben, die zur Vernachlässigung der
Kinder führen müssen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Die Kammerjäte, Zeltower Str. 1—4, Ecke Bellealliancestr.,
sind für organisierte Arbeiter nach wie vor gelberrt.
In Markgraspiecke hat das Lokal „Pagenhofer Bierhollen“ den
Besitzer gewechselt; der neue Inhaber verweigert und sein Lokal.
Dasselbe ist von der Liste zu streichen.
In Groß-Lichterfelde hat der Besitzer des Lokals „Kaiserhof“,
Herr Kaufholz, seine Unterwerfung zurückgezogen. Das Lokal ist
ebenfalls von der Liste zu streichen.

Die Lokalkommission.

Kreuzf. Den Teilnehmern des Kurses „Medellungen“ zur
Kenntnis, daß die erste Stunde nach den Weihnachtsferien am
Sonntag, den 12. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von
Bartzsch, Hermannstr. 49, stattfindet.
Am Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, beginnt im gleichen
Lokal der Vortragskursus (6 Abende) des Genossen Kühle: „Die
Sozialdemokratie, was sie ist und was sie will.“ Karten a 30 Pf.
sind bei Beginn des Kurses am Eingang des Saales zu haben.
Der Bildungsaussch.
Karlshorst. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im „Fürstentab“.
Zah. Partels: Öffentliche Versammlung. 1. Die Verhältnisse beim
Verkauf des russischen Fleisches. Referent: Genosse Paul Berg-
mann u. 2. Diskussion. Die Gemeindevorsteher und die Schlächter-
meister sind brieflich zu dieser Versammlung eingeladen.
Tempelhof. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Wilhelm-
garten, Berliner Str. 9, Kurstagabend: „Die Technik der Landtags-
wahlen“.
Lichtenrade. Der Jahlabend am Sonntag, den 11. Januar,
fällt diesmal besonderer Umstände wegen aus. Dafür findet eine
Mitgliederversammlung am 26. Januar statt.

Wannsee. Morgen Sonntag, den 11. d. M., abends 8 Uhr,
im Restaurant „Fürstentab“ (D. Hermann): Versammlung des
Wahlvereins.

Sohnsdorf und Umgegend. Am Sonntag, 12. Januar, abends
pünktlich 8 Uhr, im Lokale des Herrn Valogser (Villa Kahl):
Wissenschaftlicher Vortrag. Herr Direktor Paul vom Berliner
Feuerbestattungsverein spricht über die Feuerbestattung und Er-
klärung des Modells eines modernen Krematoriums. Außerdem
werden noch andere, die Feuerbestattung betreffende Gegenstände
im Versammlungssaal ausgestellt.

Bernau. Sonntag, den 12. Januar, besichtigt der Wahlverein
die Lichtenberger Konsumwerte. Treffpunkt 8.45 Uhr vormittags am
Bahnhof Bernau. Karte ist zu lösen bis Frankfurter Allee.

Berliner Nachrichten.

Die Stadterordnetenversammlung.

Begann gestern die erste Sitzung des neuen Jahres mit dem
üblichen Kaiserhoch, das dem Berliner Stadtfreiwort als un-
entbehrlich gilt.

Die Wahl des Vorstandes ergab die bisherige Zu-
sammensetzung, weil wieder die freisinnige Mehrheit den von
der sozialdemokratischen Fraktion als der zweitstärksten er-
hobenen Anspruch auf den Posten des Vorsitzendenstellver-
treters nicht anerkannte. Im Vorstand sind, wie bisher, unter
den Beisitzern Genosse Brun, unter den Beisitzerstellver-
tretern Genosse Kankusch.

Das neue Mitglied des Magistratskollegiums, der zum
Stadtrat für Berlin gewählte Kubalstädter Oberbürger-
meister Doflein, wurde gestern eingeführt.

Die Tagesordnung war so reichlich, daß ihr Hauptstück,
der Entwurf einer Steuerordnung zur Besteuerung des
Bieres und der Kinetographen-
stellungen usw., abgesetzt werden mußte.

Der Magistratsantrag, der „Neuen Freien Volks-
bühne“ zum Bau des von ihr im „Scheunenviertel“ ge-
planten Theaters eine Hypothek von zwei Millionen
Mark zu geben, soll in einem Ausschuss vorbereitet werden.
Genosse Wurm begrüßte diesen ersten Schritt auf einem
neuen Wege, den der Magistrat tun will. Er forderte, noch
weiter zu gehen und aus Stadtmitteln ein eigen-
es Theater zu schaffen oder mindestens ein eigenes
Theatergebäude, das dann von Vereinen, z. B. der „Freien
Volksbühne“, gemietet werden könnte. Auf diese Anregung
antwortete Stadtverordneter Cassel, daß sie einige seiner
Freunde stutzig machen könnte. Das ist glaubhaft; denn
wenn der Kommune höhere Aufgaben gestellt werden sollen,
machen die eifrig Freisinnigen nicht gern mit.

Ein heftiger Streit entbrannte wieder um den Ma-
gistratsantrag, einem Frauenverein zur Bekämpfung des Alko-
holismus die Aufstellung eines Milchhäuschens am
Bahnhof „Friedrichstraße“ zu gestatten. Der Ausschuss
empfahl aus Verkehrsrückgründen, die Zustimmung zu verweigern.
Die sozialdemokratische Fraktion riet, den Verein abzuweisen,
weil er, wie Genosse Wengels aufs neue darlegte und auch
Genosse Zubeil bestätigte, seine Angestellten mit unzu-
länglichen Löhnen abweist und ihnen eine über-
mäßige Arbeitszeit aufzwingt. Trotz dieser leider nur
zu begründeten Bedenken fand sich schließlich eine Mehrheit
zusammen, die dem Magistratsantrag zustimmte.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fra-
ktion forderte für die Stadterordneten Legi-
timationen, die bei Recherchen benutzt werden können.
Genosse Hoffmann wies die Notwendigkeit und Unent-
behrlichkeit solcher Legitimationen nach, und Genosse Ewald
unterstützte seine Ausführungen durch Mitteilung eines Er-
lebnisses. Legitimationen auszustellen, sagte der Vorsteher
Michelet zu, so daß der Antrag als erledigt zurückgezogen
werden konnte.

Gegen einen anderen Antrag der sozialdemo-
kratischen Fraktion, der für die Stadter-
ordneten Freifahrkarten der städtischen
Straßenbahnen forderte und vom Genossen Hoff-
mann begründet wurde, äußerte Stadtrat Breuß
juristische Bedenken. Die Beschlussfassung wurde vertagt,
weil erst Klärung abgewartet werden soll.

Wie eine Kommune ihre Aufgaben nicht auffassen soll,
lehrt der Magistratsantrag, für Gasautomaten einen
Mindestverbrauch von 300 Kubikmeter pro
Jahr vorzuschreiben und etwaigen Minderverbrauch mit drei
Pfennig pro Kubikmeter in Rechnung zu stellen. Gegen dieses
Verfahren, das die unbemittelte Bevölkerung wie eine Be-
strafung für zu geringen Gasverbrauch treffen
würde, wandte sich sehr nachdrücklich Genosse Hing. Die
in der Vorlage des Magistrats zum Ausdruck gebrachte An-
sicht, daß es einen „Mißbrauch“ bedeute, Gasautomaten zu be-
nutzen und nur wenig Gas zu verbrennen, wurde von Stadtrat
Benzl verteidigt. Stadtverordneter Jacob behauptete,
die Gaswerke müßten Geld zugeben, wenn sie nicht diesen
Mindestverbrauch forderten. In einem Ausschuss wird der
Magistrat genötigt werden, sich noch näher darüber zu äußern.

Niessstempel.

Niessverträge, in denen die Jahresmiete 360 M. über-
steigt, unterliegen der Stempelspflicht. Auch mündliche Niess-
verträge unterliegen dieser Niesssteuer. Die Behörde zieht
die Niesssteuer vom Vermieter ein; der Mieter hat eine
Ersatzpflicht nur dann, wenn sie mit dem Vermieter vereinbart
ist. Zahlbar ist der Niessstempel im Januar eines Kalender-
jahres für das vorausgegangene Kalenderjahr oder, wenn das
Niessverhältnis noch nicht ein Jahr andauert hat, für den
abgelaufenen Teil des Kalenderjahres.

Die Niesssteuer wird auf 50 Pf. Beträge nach oben ab-
gerundet. Sie beträgt für das Kalenderjahr: Bei einer
Jahresmiete von mehr als 360 bis zu 400 M. 50 Pf., bei
einer Jahresmiete von mehr als 400 bis zu 500 M. 1 M.,
bei einer Jahresmiete von mehr als 500 bis zu 666 2/3 M.
2 M., bei einer Jahresmiete von mehr als 666 2/3 bis 833 1/3 M.
2 50 M., bei einer Jahresmiete von mehr als 833 1/3 M. bis
1000 M. 3 M., bei einer Jahresmiete von mehr als 1000 M.
bis 1125 M. 4 50 M., bei einer Jahresmiete von mehr als

1125 M. bis 1250 M. 5 M., steigend um je 50 Pf. bei 125 M.
höherer Jahresmiete bis 2000 M. Jahresmiete. Bei mehr als
2000 M. bis zu 3000 M. Jahresmiete beträgt der Steuerfuß
5 Proz. usw. Der Steuerfuß ermäßigt sich um die Hälfte,
wenn die Niessräume für gewerbliche oder berufliche Zwecke
bestimmt sind.

Handelt es sich zum Teil um solche, zum andern Teil um
Wohnräume, so muß der Vermieter in dem Verzeichnis,
welches dieser der Zollbehörde einzureichen hat, eine ent-
sprechende Trennung des Niesszinses vornehmen. Unterläßt
er dies, so kann er die infolgedessen zu zahlende erhöhte
Niesssteuer nicht vom Mieter erstattet verlangen.

Auch bei Mietervermietungen — an sogenannte Chamb-
garnisten — ist die Niesssteuer zu zahlen, falls die Jahres-
miete für das Zimmer 360 M. übersteigt. Der Niess-
preis für die im Zimmer befindlichen Möbel kann in Ab-
rechnung gebracht werden. Ist zum Beispiel für ein gut
ausgestattetes Zimmer eine Jahresmiete von 400 M. ver-
einbart, so beträgt der Jahresniesswert für die Einrichtung
mindestens 40 M.; eine Stempelsteuer wäre also in einem
solchen Falle nicht zu zahlen.

Gasfachkunde. Die Deputation für die städtischen Fach- und
Fortbildungsschulen hat in ihrer gestrigen unter Vorsitz des Geheim-
rats Michaels stattgefundenen Sitzung beschloffen, dem Antrag der
Direktion der städtischen Gaswerke auf Einrichtung von Gasfach-
kursen an den Handwerkschulen stattzugeben und vom 1. April d. J.
ab an der 2. Handwerkschule solche Kurse einzurichten. Zu diesen
Kursen sollen nicht nur die Arbeiter der städtischen Gaswerke, sondern
auch die in der einschlägigen Privatindustrie beschäftigten Arbeiter
zugelassen werden.

Eine Familientragödie wird aus der Greifswalder Straße ge-
meldet. Dort wohnte in dem Hause Nr. 138 mit seiner 27 Jahre
alten Frau Beria, geborenen Schulze, und seinem ein Jahr alten
Söhnchen Herbert der Maler Sasse, der schon lange lungenkrank war
und vor drei Wochen starb. Schon bei Lebzeiten ihres kranken Mannes
hatte die Frau wiederholt gelüftet, daß auch sie mit ihrem Kinde
aus dem Leben scheiden werde, wenn ihr Mann sterben sollte. Nach
seinem Tode wiederholte sie diese Selbstmordgedanken. Sie konnte
den Gram über den Verlust des Mannes nicht verwinden. Zu
Ausgang dieses Monats teilte sie dem Hauswirt mit, daß sie ihre
Wohnung aufgeben wollte. Als nun gestern mittag die Verwalter-
frau die aus Stube und Küche bestehende Wohnung im Quer-
gebäude einem Mietslustigen zeigen wollte, fand sie keinen Einlaß.
Nichts Gutes ahnend, ließ sie öffnen und fand nun beide Räume
mit Gas angefüllt. Auf einem Stuhl neben dem Kochherd, dessen
Hahn geöffnet war, sah Frau Sasse. Das Kind lag in seinem
Wagen. Beide waren tot. Ein Arzt, der schleunigst gerufen wurde,
stellte fest, daß beide schon vorgestern gestorben waren. Die Leichen
wurden beklagend.

Hier kommt niemand durch! Die huckstäblich Polizeibeamte
bei Abperrungen ihrer Pflicht gemäßen, niemanden durch die Ab-
sperrungsbänder hindurch zu lassen, beweist ein Vorfall, der sich am
Mittwoch in der Schornhorststraße ereignete. Dort war aus Anlaß
der Verdringung des Grafen Schlieffen die Schornhorststraße bis zur
Kesselfstraße abgesperrt. Während dieser Abperrung wollte eine
ältere Frau durch die Schornhorststraße, um eine Hebamme zu einer
in Kindesnöten befindlichen Frau zu holen. Aber die Schornhorst-
weigeren den Durchlaß mit den Worten, da könnte ja jeder kommen.
Die Frau mußte den Umweg durch die Kesselfstraße, Chausseestraße,
Bogenstraße machen. Die Hebamme mußte sich erst legitimieren.
Durch diese Verzögerung kam die Hebamme zu einer Zeit an, als
das Kind schon da war. Wie leicht hätte die in Kindesnöten be-
findliche Frau durch die Verzögerung ihr Leben verlieren können.

Zu dem Leichensund in Lichtenberg, über den wir gestern be-
richteten, wird uns mitgeteilt, daß es jetzt gelungen ist, die Persön-
lichkeit des Toten festzustellen. Es handelt sich um den 68 Jahre
alten Antscher und Kriegsinvaliden August Schelling aus der Bappel-
allee 82. Der Mann war nach einem Sturz von einem Wagen zuge-
fallen, bei dem er sich ein Bein gebrochen hatte, etwas
geisteskrank war. Während sich seine Frau wegen eines Ober-
schenkelbruchs zurecht im Krankenbause befindet, verließ er
am vergangenen Freitag die Wohnung und kehrte nicht
wieder in diese zurück. Wahrscheinlich ist er seit dieser
Zeit planlos umhergeirrt. Die vorläufige Besichtigung der Leiche
durch den Kreisarzt Dr. Mann hat ergeben, daß Schelling allem
Anschein nach eines natürlichen Todes gestorben ist. Wenigstens
hat er keine Anhaltspunkte vorgefunden, die auf einen gewaltsamen
Tod schließen lassen. Die dreizehliche Stoppwunde hat der Mann sich
wohl beim Fallen zugezogen. Tollisch war sie jedenfalls nicht. Daß
das Messer aufgeklappt und blutbefleckt neben ihm lag, erklärt sich
wohl daraus, daß er sich ein Stück Antabak, das man ebenfalls
unweit der Leiche noch fand, abgucken wollte, als er von einem
Blutsturz befallen wurde, an dessen Folgen er dann starb, weil er
ohne jede Hilfe war. Die Obduktion der Leiche, die wahrscheinlich
eine Bestätigung dieser Feststellungen bringen wird, findet morgen statt.

Selbstmord eines Blinden. Auf der Toilette des Bahnhofs
Börse erschloß sich am Donnerstag nachmittag der 50 jährige Renten-
empfänger Louis Gustin aus der Türkenstr. 24. G., der früher
städtischer Fleischbeschauer war, erkrankte vor längerer Zeit an einem
schweren Augenleiden, das zu seiner völligen Erblindung führte.
Dieses Mißgeschick scheint den Bedauernswerten nun die Waffe in die
Hand gedrückt zu haben.

Vor den Augen seiner Frau erschossen hat sich der 40 Jahre alte
Arbeiter Julius Hensel aus der Vorhiltstr. 25. Der Mann war seit
Jahren schwer krank und verdorrte. Nachdem er zuletzt wieder
acht Wochen im Krankenbause gewesen war, sollte er jetzt in die Geis-
tliche Wache kommen. Er selbst hoffte jedoch auf keine Besserung
mehr, griff in der Verzweiflung zum Revolver und schoß sich im
Bett liegend eine Kugel in den Kopf in dem Augenblick, als seine
Frau von einem Ausgang zurückkehrte und das Zimmer betrat. Die
Frau ließ ihn sofort nach der Klinik bringen. Der Unglückliche er-
lag aber dort gestern seiner Verletzung. Hensel hinterläßt seine Frau
mit zwei Kindern von 11 und 14 Jahren.

Aus dem Untersuchungsgefängnis entwichen ist das Haupt einer
Kollidiebeschwärze, die die Kriminalpolizei vorgestern verhaftet hat.
Der 32 Jahre alte „Arbeiter“ Robert Lange aus der Händelstraße
Straße. In der letzten Zeit wurden viele Gefängnisflucht-
Dampfwärmer von der Straße weg beschloffen, der oft
wertvollen Ladung beraubt und dann irgendwo liegen gelassen. Es
stellte sich heraus, daß Lange mit noch drei Komplizen die Dieb-
stähle ausführte. Als die Verhafteten vorgestern dem Untersuchungs-
richter zu einem Verhör vorgeführt wurden, spielte Lange dreist den
Gefängnisbeamten und brachte es so fertig, ins Freie zu gelangen
und zu entkommen. Bis jetzt ist er noch nicht wieder ergriffen.



Ein dreifach Diebstahlsfall...  
Ein Sechstage-Rennen...  
Am Eröffnungabend...

Ein dreifach Diebstahlsfall...  
Ein Sechstage-Rennen...  
Am Eröffnungabend...

Am Eröffnungabend...  
Der erste Gegenstand...  
Der zweite Gegenstand...

## Vorort - Nachrichten.

### Wilmersdorf-Palastsee.

Die Stadtverordnetenversammlung...  
Der erste Gegenstand...  
Der zweite Gegenstand...

Der erste Gegenstand...  
Der zweite Gegenstand...  
Der dritte Gegenstand...  
Der vierte Gegenstand...

Der dritte Gegenstand...  
Der vierte Gegenstand...  
Der fünfte Gegenstand...

### Neutölln.

Beim Spielen tödlich verunglückt ist...  
Mit der Wechselfalle...  
Friedrichsfelde.

Beim Spielen tödlich verunglückt ist...  
Mit der Wechselfalle...  
Friedrichsfelde.

Friedrichsfelde...  
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Diepold Neutölln.

an der Verkauf des russischen Fleisches...  
Die Gemeindevertretung...  
Pankow.

### Pankow.

Die Gemeindevertretung...  
Pankow-Nieder Schönhausen.

### Pankow-Nieder Schönhausen.

Der Verein Jugendheim...  
Steglich-Friedenau.

### Steglich-Friedenau.

Der Lehrausbildung für Jugendliche...  
Herzfelde.

### Herzfelde.

Spuklos verschwunden ist...  
Eichwalde.

### Eichwalde.

Die Landtags-Urwälerlisten...  
Hohen-Neuendorf.

### Hohen-Neuendorf.

Ans der Gemeindevertretung...  
Schönau (Kreis Niederbarnim).

### Schönau (Kreis Niederbarnim).

Die Gemeindevertretung...  
Eingegangene Druckschriften.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“...  
Die „Neue Zeit“...  
Die „Gleichheit“...

ein Schreiben des Landrats...  
Ezandau.

### Ezandau.

Schwere Beschuldigungen...  
Radowitz.

### Radowitz.

Ein dreifach Diebstahl...  
Bernau.

### Bernau.

Ueber das Thema „Die Sozialisierung...“  
Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Bernau. Schule Freitag...  
Eingegangene Druckschriften.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“...  
Die „Neue Zeit“...  
Die „Gleichheit“...

### Arbeiter-Vereine in Berlin.

Arbeiter-Vereine in Berlin...  
Witterungsübersicht vom 9. Januar 1913.

### Witterungsübersicht vom 9. Januar 1913.

| Stationen   | Barometerstand | Windrichtung | Windstärke | Wetter   | Temperatur | Stationen | Barometerstand | Windrichtung | Windstärke | Wetter   | Temperatur |
|-------------|----------------|--------------|------------|----------|------------|-----------|----------------|--------------|------------|----------|------------|
| Stindefelde | 776,50         | Windstille   | 1          | Sonnig   | 7,7        | Saparanda | 777,50         | Windstille   | 2          | Schlecht | -1         |
| Remding     | 773,00         | Südwest      | 6          | Wolkig   | 6,7        | Beetzburg | 778,50         | Windstille   | 1          | Schnee   | -1         |
| Berlin      | 774,0          | Südwest      | 1          | Wolkig   | 7,0        | Waldow    | 775,00         | Südwest      | 4          | Schnee   | 10         |
| Brandenburg | 770,00         | Südwest      | 1          | Schlecht | 7,0        | Waldow    | 780,00         | Südwest      | 5          | Schlecht | 7          |
| München     | 771,00         | Südwest      | 5          | Schlecht | 6,7        | Paris     | 764,00         | Südwest      | 2          | Schlecht | 6          |
| Bien        | 773,00         | Südwest      | 3          | Schlecht | 6,7        |           |                |              |            |          |            |

### Wetterprognose für Freitag, den 10. Januar 1913.

Trocken und viellicht heiter, etwas kälter bei ziemlich scharfen nördlichen Winden.

### Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

| Stationen        | am 8.1. |      | am 7.1. |      |
|------------------|---------|------|---------|------|
|                  | am      | seit | am      | seit |
| Wasserland       | 8.1.    | 7.1. | 8.1.    | 7.1. |
| Remel, Müll      | 316     | 30   | 316     | 30   |
| Bregel, Anfeburg | 457     | 0    | 457     | 0    |
| Wegelsfel, Horn  | 240     | -11  | 240     | -11  |
| Oder, Arnfor     | 145     | -10  | 145     | -10  |
| Kroffen          | 213     | -8   | 213     | -8   |
| Frankfurt        | 216     | -6   | 216     | -6   |
| Bartde, Schwim   | 124     | -8   | 124     | -8   |
| Landberg         | 114     | -4   | 114     | -4   |
| Rehe, Sorbaum    | 41      | -5   | 41      | -5   |
| Eide, Vilmars    | 55      | -8   | 55      | -8   |
| Dresden          | 62      | -9   | 62      | -9   |
| Barby            | 265     | -16  | 265     | -16  |
| Magdeburg        | 212     | -15  | 212     | -15  |

1) + bedeutet Hoch, - Fall 2) Unterseege 3) Schnelles Grundwasser u. Uebereutung.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW.